



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
4. Sitzung	Mittwoch, 28. und Donnerstag, 29. September 2022 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christoph Villiger, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Ursula Spinnler Esther Reimann
Anwesend	Mittwoch, 28. September 2022 36 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg Donnerstag, 29. September 2022 32 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg
Entschuldigt	Peter Stucki, Gemeinderat (beide Tage) Andreas Baumgartner (beide Tage) Lukas Füglistler (beide Tage) Doruntina Hoxha (beide Tage) Edith Saladin (beide Tage) Daniel Jenni (Donnerstag) Mia Jenni (Donnerstag) Daniel Gadiant (Donnerstag) Kim Grab (Donnerstag)
Ende der Sitzung	Mittwoch, 28. September 2022 22.23 Uhr Donnerstag, 29. September 2022 22.15 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2022/27	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2022/28	Inpflichtnahme von David Wick und Anand Keshava, glp, anstelle Isabelle Dittmann	5
3	2022/29	Wahl Mitglied FIKO (Rücktritt Anton Marjakaj)	5
4	2022/30	Statusbericht 2021 Energiepolitisches Programm, Kenntnisnahme	6
5	2022/31	Legislaturziele 2022-2025, Kenntnisnahme	7
6	2021/32	Verpflichtungskredit Sanierung Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg	10
7	2019/36	Postulat SVP betreffend Bedarfsabklärung Massnahmen gegen Littering an den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde / Beantwortung.	11
8	2022/33	Motion SP betreffend Dokumentation der in Einwohnerratssitzung präsentierten Informationen / Beantwortung	13
9	2016/21	Schild Ost Verkauf Parz. 61, Fristverlängerung	13
10	2022/34	Postulat SVP-Fraktion betreffend Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim Technischen Zentrum Gäsliacker / Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.	16
11	2022/35	Termine 2023	17
12	2022/36	Revision Personalreglement	17
13	2022/37	Vorsorgelösung bei der Aargauischen Pensionskasse für Gemeinde	21
14	2022/38	Erhöhung des Stellenplans Schulverwaltung	22
15	2022/39	Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027	30
16	2022/40	Budget 2023	35
17	2022/41	Umfrage	56

Christoph Villiger, Präsident: Ich eröffne offiziell die 4. Einwohnerratssitzung dieser Legislatur.

1 2022/27 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christoph Villiger: Zum **Formellen:** Wir sind im Moment 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18. Entschuldigt haben sich Andreas Baumgartner, Edith Saladin, Lukas Füglistler und Doruntina Hoxha. Von der Seite des Gemeinderates ist Peter Stucki entschuldigt.

Noch einige Informationen zum heutigen Abend. Es ist eine Doppelsitzung, denn wir haben 17 Traktanden, das ist sehr viel. Wir haben festgelegt, dass wir maximal bis 23:00 Uhr machen, dann ist Schluss. Um 22:30 Uhr machen wir eine Standortbeurteilung, dann sehen wir wo wir sind und ob es sich lohnt ein weiteres Thema aufzugreifen oder nicht. Die Budgetdiskussion wird voraussichtlich, ausser wir sind im Schnellzugstempo unterwegs, dann morgen erfolgen. Es hat Diskussionen gegeben, wieso das Budget morgen traktandiert wurde und nicht heute. Dies hat den Grund, dass einige Traktanden, welche heute besprochen werden, Kosten verursachen können und somit Budgetrelevant sind. Die Pause, mit dem spendierten Kuchen und Kaffee, wird irgendwann nach dem Traktandum 8 oder 9 sein. Wie Ihr ebenfalls gesehen habt, wurde heute kein Treffpunkt organisiert nach der Sitzung. Morgen Donnerstag, freuen wir uns, wenn wir Euch nach der Sitzung im Hirschen in Kirchdorf sehen.

Zum **Protokoll** der Sitzung vom 19. Mai 2022 sind keine Korrekturen eingegangen. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

Nach Ablauf der ungenutzten Referendumsfrist sind am 27. Juni 2022 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 19. Mai 2022 in Rechtskraft erwachsen: Rechnung 2021, Rechenschaftsbericht 2021, Genehmigung zum Beitritt zur Regionalen Asylbetreuung Baden, Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas, Verpflichtungskredit von CHF 455'000 für den Ersatz alter Wasserleitung an der Paradies- und Brühlstrasse.

Dann haben wir eine Rücktrittsmeldung von Nico Lalli.

Der Brief von Nico Lalli wird vorgelesen: Rücktritt aus dem Einwohnerrat und der Finanzkommission. Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, lieber Christoph, sehr geehrte Frau Gemeindeammann, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, seit einigen Jahren darf ich nun schon die Entwicklung der Gemeinde politisch begleiten. Seit knapp fünf Jahren in der Finanzkommission, davon seit Anfangs Jahr als deren Präsident. Nach insgesamt neun Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde Nussbaumen werden wir, meine Familie und ich, die Gemeinde Obersiggenthal und den Kanton Aargau per Ende Februar 2023 verlassen und in meine Heimat den Kanton Schwyz ziehen. Aus diesem Grund muss ich Ihnen hier mit Bedauern meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat und der Finanzkommission per Ende Jahr mitteilen. Während sich ein Auge natürlich auf die alte neue Heimat freut, so bleibt auch ein weinendes Auge zurück. Ich habe immer gerne mitgearbeitet und mich mit Freude für eine erfolgreiche und in allen Belangen nachhaltige Gemeinde eingesetzt. Dieses Ziel ist leider noch nicht erreicht und die Herausforderung gerade auch in finanzieller Natur bleiben gross. Ich hoffe und wünsche mir aber, dass es Euch allen gemeinsam gelingt, Lösungen zu finden und weiter am Diamanten Obersiggenthal zu schleifen, so dass er seinen Glanz entfalten kann. Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Gemeinderat und bei den Ratskolleginnen und Ratskollegen und insbesondere natürlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Partei und der Finanzkommission, teilweise intensiver aber immer spannenden und konstruktiven Diskussionen und wünsche Euch viel Erfolg. Freundliche Grüsse Nico Lalli.

Das heisst, wir dürfen diese Sitzung und die im Dezember mit dir, Nico Lalli, noch geniessen.

Zu den **Neueingängen**: Es gibt keine Neueingänge.

Zu den **Mitteilungen**: **Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann:**

Frau Dr. Bamert

Anlässlich der Einwohnerratssitzung im September vom letzten Jahr, hatte ein Einwohnerrat behauptet, dass die aktuelle und einzige praktizierende Hausärztin in Obersiggenthal, kurz davorstehe ihre Berufslaufbahn zu beenden. Anlässlich von einem Gespräch zwischen Vertretern der Gemeinde und Frau Dr. Bamert, hat sie um eine Richtigstellung gebeten. Sie wurde nämlich nach dieser Einwohnerratssitzung von vielen verunsicherten Patientinnen und Patienten kontaktiert, die wissen wollten, ob sie sich nun einen neuen Hausarzt suchen müssen. Zum Teil wurde nur wegen dieser Frage ein Termin vereinbart. Ich kann Ihnen sagen was Frau Dr. Bamert gesagt hat an unserem Gespräch. Es ist so, dass sie beabsichtigt, ihre Praxis bis zu ihrer ordentlichen Pensionierung im bisherigen Umfang weiterzuführen. Es ist also nicht zutreffend, dass sie kurz davor ist, ihre Praxis aufzugeben. Wir werden auch im Protokoll vom September letzten Jahres eine Anmerkung anbringen. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Einwohnerinnen und Einwohnerräte um Sorgfalt. Bitte versichern Sie sich über die Richtigkeit von Ihren Äusserungen. Wie das Beispiel zeigt, können solche Aussagen im Einwohnerrat nämlich auch weite Kreise ziehen und auch Unbeteiligte betreffen.

Schulhaus Goldiland

Bereits an der letzten Einwohnerratssitzung musste ich darüber informieren, dass das Schulhaus, insbesondere wegen der Teuerung in der Baubranche teurer wird als angenommen. Leider hat sich diese Teuerung weiter akzentuiert. Beim Kreditantrag an den Einwohnerrat, ist der Baupreisindex Nordwestschweiz für Neubauten im Bereich Hochbau, zugrunde gelegt gewesen. Damals hat der Index 100,1 Punkte betragen. Seit der Ausarbeitung der Vorlage hat sich dieser nach oben entwickelt. Die Entwicklung war nicht vorhersehbar, weil er sich in den vergangenen Jahren immer so um 100 Punkte herumbewegt hat. Jetzt sehen wir uns aber seit der Vorlage vom Kredit, mit einer Teuerung von rund 12% konfrontiert. Wir nehmen immer noch Kostenoptimierungen vor. Das Ziel wird sein, maximal eine Kreditüberschreitung von CHF 800'000 einzuhalten. Positiv ist nach wie vor, dass der Terminplan Stand heute eingehalten wird und dass man ab August 2023 den Unterricht im neuen Schulhaus aufnehmen kann.

Mobilitätskonferenz

Am Samstag, 24. September 2022, hat im Trafo Baden die erste Mobilitätskonferenz stattgefunden. Es sind alle elf Vertreterinnen und Vertreter von Obersiggenthal anwesend gewesen. Sie haben sich intensiv für das Interesse von Obersiggenthal eingesetzt. Der Gemeinderat spricht an dieser Stelle seinen herzlichen Dank für das Engagement aus. Es ist nicht selbstverständlich, dass so viele Personen einen freien Tag für solch ein Thema zur Verfügung stellen. Es wurde an 26 Tischen zu verschiedenen Fragen gearbeitet und diskutiert und zwischen den Fragerunden wurden Tische gewechselt, sodass man immer wieder mit neuen Leuten ins Gespräch gekommen ist. Die Unterlagen werden im Internet publiziert und sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Den Link hätte ich jetzt gerne gezeigt aber leider haben wir hier ein Problem, aber Sie werden den Link bei uns auf der Internetseite finden. Am einfachsten ist es auch, wenn man in der Suchmaschine mit dem Stichwort "GVK Raum Baden und Umgebung" sucht, dann kommt man direkt drauf. Nach dieser Mobilitätskonferenz werden jetzt die Rückmeldungen vom Projektteam aufgearbeitet und zwischen dem 3. Oktober 2022 und 16. Oktober 2022 findet eine E-Partizipation statt. Leider kann ich dazu keinen Link angeben, ohnehin nicht, aber sobald wir diesen Link haben, werden wir diesen auf unserer Website publizieren und Sie werden diesen sicher auch unter den gesagten Stichworten im Internet finden.

Strommangellage

Die Gemeinde hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Situation in der Gemeinde auseinandersetzt. Bekanntlich gibt es vier Eskalationsstufen. Die erste Stufe ist das freiwillige Stromsparen, die zweite Stufe ist die Einschränkung von nicht lebensnotwendigen Nutzungen, die dritte Stufe Kontingentierung bei Grossverbrauchern und die vierte Stufe ist die gebietsweise Stromabschaltung zu bestimmten Zeiten. Im Moment sind wir in der Stufe eins, freiwilliges Stromsparen. Die Gemeinde war bisher sparsam unterwegs. Trotzdem prüfen wir

jetzt intensiv, wo es noch weitere Stromsparmöglichkeiten gibt. Ebenfalls im Boot ist auch die Schule. Wir werden zu gegebener Zeit wieder informieren und hoffen einfach, dass wir wegen Covid, nicht wieder in der Schule mit offenen Fenstern unterrichten müssen. An dieser Stelle der Aufruf an alle: Bitte sparen Sie Strom, es ist wichtig!

Untersuchungen vom Kanton betreffend Bodenbelastung in Obersiggenthal
Der Presse konnten Sie entnehmen, dass der Kanton im Zusammenhang mit Bodenuntersuchungen rund um die Kehrrechtverwertungsanlage Turgi eine Bodenprobe gefunden hat, die den Prüfwert für Dioxin leicht überschreitet. Die Bodenprobe stammt von einer Parzelle am Rande vom Siggenthaler Feld. Der Eigentümer ist orientiert. Es handelt sich um eine leichte Überschreitung vom Prüfwert. Die Grenze für eine Sanierung ist bei Weitem nicht erreicht. Als nächsten Schritt unternimmt der Kanton eine Gefährdungsabschätzung und wird dann definieren, ob und allenfalls welche Massnahmen umgesetzt werden müssen. Eine akute Gefährdung liegt nicht vor. Die Gemeinde steht im Kontakt mit dem Kanton.

Christoph Villiger: Ich muss mich noch korrigieren. Wir sind zwar 36 Anwesende, sind aber nur 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 18.

2 2022/28 Inpflichtnahme von David Wick und Anand Keshava, glp, anstelle von Isabelle Dittmann

Christoph Villiger: Darf ich Euch beide bitten nach vorne zu kommen. Ich nehme die Inpflichtnahme gemäss Art. 2, Abs. 1, vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates von Obersiggenthal vor. Es geht darum, dass Ihr nacheinander das nachspricht, was ich jetzt vorlesen werde, mit ich gelobe es am Schluss. " Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

David Wick: Ich gelobe es.

Anand Keshava: Ich gelobe es.

Christoph Villiger: Ich wünsche Euch jetzt schon viel Spass an den Sitzungen. Damit wären wir 36 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 19.

3 2022/29 Wahl Mitglied FIKO (Rücktritt Anton Marjakaj)

Christoph Villiger: Möchte jemand von der GLP- Fraktion noch etwas sagen?

Anand Keshava: Zum beruflichen, ich arbeite bei der UBS im Finanzbereich. Ich kümmere mich da um das Budget von einer grossen Stiftung, die wir haben. Zusätzlich kümmere ich mich um sämtliche Tätigkeiten die wir im Bereich Soziale Kontakte haben. Studiert habe ich Betriebswirtschaft und habe den Master in Controlling. Ich hoffe, dass ich von meinem bisherigen Wissen etwas einbringen kann in der Finanzkommission und natürlich auch etwas daraus lernen.

Christoph Villiger: Wenn es Euch recht ist, würden wir die Wahl öffentlich machen. Anand Keshava, du müsstest damit einverstanden sein, dass wir das öffentlich machen dürfen.

Anand Keshava: Ich bin damit einverstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Anand Keshava wird einstimmig in die Finanzkommission gewählt.

4 2022/30 Statusbericht 2021 Energiepolitisches Programm, Kenntnisnahme

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wie Sie wissen, haben wir im letzten Jahr das neue Energiepolitische Programm verabschiedet im Gemeinderat und dieses anschliessend dem Einwohnerrat zur Kenntnis gegeben. Ein Teil von diesem Energiepolitischen Programm ist, dass wir jährlich ein Reporting dem Einwohnerrat erstatten. Wir werden durch die Energie- und Umweltkommission unterstützt. Der Bericht für das letzte Jahr liegt jetzt vor und ich bitte um Kenntnisnahme.

Tomas Nezel: Wir danken dem Gemeinderat für die Erstellung des Energiepolitischen Programms 2021 und mit dem Vorsatz, die Umsetzung mit dem jährlichen Reporting. Die Erstellung der Photovoltaikanlage auf der Pumpwerk Aesch begrüssen wir sehr und wünschen uns, dass in Zukunft noch weitere Gebäude von der Gemeinde mit der PV-Anlage ausgestattet werden.

Christian Buser: Die Fraktion die Mitte nimmt den Statusbericht sehr positiv zur Kenntnis. Wir sind erfreut zu sehen, wie konkret die Massnahmen von der Initiative wirklich umgesetzt werden. In der Diskussion, im letzten Jahr, als es um den Beitritt für die Energie- und Umweltcharta ging, haben wir betont, dass wir konkrete Massnahmen haben möchten und nicht irgendwie ein externes Reporting an einen Verein und das bestätigt und dass man die Prioritäten richtig setzt. Wir wissen auch, dass sehr viel Engagement von einzelnen Personen der Energie- und Umweltkommission dahintersteckt und das wollen wir an dieser Stelle auch verdanken.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion schätzt es, dass die Gemeinde ein pragmatisches Energiepolitisches Programm unterhält und auf eine kostenpflichtige Zertifizierung verzichtet. Die Strom- und Heizungskosten steigen 2023 deutlich und es ist nicht unwahrscheinlich, dass es für die kommenden Jahre weiter steigt. Zu diesem Hintergrund liegt es nahe, die kurzfristigen Ziele in dem Energiepolitischen Programm zu überarbeiten und die Vorhaben zu priorisieren, die den Energieeinkauf der Gemeinde und die damit verbundenen Kosten senken. Zum einen wird das durch die Energiesparmassnahmen erreicht und dann ist noch das grosse Potential für die Solaranlagen auf den Dächern der öffentlichen Bauten der Gemeinde. Die Beispiele dafür sind, die geplanten Solaranlagen auf dem Schulhaus Goldiland und dem Dach des Pumpwerk Aesch. Solche Vorhaben sind wirtschaftlich sinnvoll und unterstützen die Energiewelle.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Im Namen von der SP-Fraktion bedanke ich mich für den Bericht. Den jährlichen Turnus finden wir durchaus sinnvoll. Wir meinen aber auch, dass jeweils etwas Neues drinstehen sollte. Wenn dann aber immer dasselbe oder fast dasselbe dargelegt wird, finden wir das nicht sehr sinnvoll. Seit Jahren erscheint uns der Bericht ziemlich nutzlos auch auf die neue Ausgangslage. Seit einem Jahr finden wir, bringt der Bericht zu wenig neue und konkrete Aussagen. Unsere Kritik richtet sich aber eigentlich nicht an die Kommission, die jedes Jahr immer wieder hoffnungsvolle Ansätze zeigt, sondern eher an die Politik. Im Laufe der Zeit versandet bei der Politik, halt doch einiges immer wieder, was da Schönes aufblitzt. Unsere vier konkreten Punkte haben wir nach wie vor: Bei der EGS der Normalbezug, nicht der Standardstrom sein sollte, sondern der Siggenthaler Naturstrom basic oder star. Da

meinen wir, müsste sich der Gemeinderat dafür einsetzen. Einerseits in der Gemeinde als Energiebezügerin, andererseits aber auch generell für die Bezügerinnen und Bezüger bei der EGS. Wir finden, dass sich die kritische Personallage in der Gemeindeverwaltung auch im Bericht zeigt. Z.B. beim Punkt 7, dort wird das Fehlen von Verantwortlichen für die kommunalen Gebäude erwähnt. Gerade jetzt mit den Vorgaben vom Bund und dem Kanton, muss der Energieverbrauch bei der kommunalen Gemeinde rasch bei einer verantwortlichen Person festgelegt werden. Wir fragen uns, ob der Rat, die Energiekosten nicht besser überblicken könnte, wenn diese in der Jahresrechnung gebündelt werden. Z.B. bei den Strassenbeleuchtungen, bei der Wasserversorgung oder bei der Abwasserversorgung. Zum Punkt 9, das Pumpwerk Aesch, welches auch schon erwähnt wurde. Wenn dieses aus zeitlichen Gründen weiter nach hinten verschoben werden müsste, fragen wir uns, wie sinnvoll das ist. Die mögliche Photovoltaikanlage könnte vielleicht, dank einem Vorprojekt, durchaus früher realisiert werden, wenn man Etappen hätte, dass die Wirtschaftlichkeit vorher erreichbar ist.

Huber Peter: Die SVP-Fraktion, nehmen das Energiepolitische Programm gerne zur Kenntnis. Unsere Erwartungen gehen doch noch ein wenig weiter. Die Energiestrategie wird vom Bund und den Kantonen aktuell überarbeitet, dies erwarten wir von der Gemeinde auch. Was uns fehlt ist das Thema Strom- und Gasmangellage, dass hier auch ganz sicher einfließen muss und nicht nur der ökologische Teil.

Christian Buser: Mehr aus der Sicht der Wasserkommission, noch was zum Pumpwerk Aesch. Es ist im Energiepolitischen Programm 2024 terminiert. Im Aufgaben- und Finanzplan steht, dass im 2028 die Photovoltaikanlage gemacht werden müsste. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass es noch weiteren Bedarf gibt, der gemacht werden muss. Dies sollte gesamtheitlich geplant werden. Das Zweite ist, die Verantwortung ist gemäss Programm bei der Energie- und Umweltkommission. Es wäre doch schön, wenn die Wasserversorgung und die Wasserkommission auch miteinbezogen werden, denn es gibt noch andere Projekte, die abgestimmt werden müssen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

—
Energiepolitische Programm wird zur Kenntnis genommen.

5 2022/31 Legislaturziele 2022-2025

Eintreten nicht bestritten

—
Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Was hat sich der Gemeinderat vorgenommen für die jetzige Legislatur? Bei meiner Präsentation und bei meinen Ausführungen gehe ich davon aus, dass Sie die Vorlage gelesen haben. Ich werde nicht mehr auf die einzelnen Legislaturmassnahmen zu sprechen kommen. Ich möchte Ihnen viel mehr aufzeigen, wie wir vorgegangen sind. Wir haben uns mehrere Male getroffen. Im März haben wir an einer Klausur eine Auslegeordnung gemacht und strategische Schwerpunkte formuliert. Das waren neun Stück gewesen. Anschliessend haben wir uns zu diesen neun Schwerpunkte, 21 Leitsätze überlegt. An einem weiteren Gemeinderatsentscheid haben wir uns dazu bekennt, dass wir mit diesem Material weiterarbeiten möchten. Wir haben dann an einem Workshop aus 21 Leitsätzen am Schluss 10 gemacht, aus 34 Legislaturzielen dann 16 und aus 54 Legislaturmassnahmen 23. Schliesslich haben wir Ende Mai das Legislaturprogramm verabschiedet.

Wie sind wir konkret vorgegangen? Als erstens waren wir auf einer ganz hohen Flughöhe. Wir

haben uns die Ausgangslage und die grundsätzlichen Zielsetzungen für die Gemeinde vorgenommen und diese diskutiert. Die Bilder, welche hier aufgeschaltet werden, sind Beispiele. Wir haben selbstverständlich noch ganz viel andere Themen diskutiert. Ich möchte Ihnen einfach illustrieren, wie wir vorgegangen sind.

Als erstens haben wir uns die Frage gestellt, wo geht die Reise hin? Wo wollen wir langfristig oder doch ein bisschen kurzfristiger hingehen? Wie stellen wir uns Obersiggenthal vor? Was schwebt uns vor? Wir haben uns auseinander gesetzt mit den Schwachstellen. Dazu muss ich nicht viel sagen. Wir haben auch noch etwas anders diskutiert. Dabei geht es im konkreten nicht um das Schulhaus Unterboden, sondern um die Liegenschaften, die doch schon in einem gewissen Alter sind und früher oder später gewisse Sanierungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Dann haben wir uns auch Gedanken gemacht zu unseren Perlen. Was ist besonders schön in Obersiggenthal? Da haben wir z.B. das national geschützte Dorfbild von Kirchdorf oder wir haben das Bachmattareal, wo jeden Tag immer wieder Leute anzutreffen sind, wo man zusammenkommt und wo man sich austauschen kann. Wir haben weiter noch eine wunderbare Natur um uns herum. Das sind sicher Sachen, die wir stärken wollen, die wir schützen möchten.

Wir haben uns aber auch überlegt, was sind externe Trends und Entwicklungen? Etwas was allen klar ist, Digitalisierung ist in allem Munde. Das ist einerseits der Kontakt zwischen der Verwaltung und den Fragestellenden aber auch innerhalb von der Verwaltung, wie Homeoffice. Das ist sehr aktuell. Die aktuellen Gesetzgebungen und die Veränderungen, die auf uns zukommen werden. Wir haben uns gefragt, wo müssen wir uns verstärken? Was müssen wir ändern? Was müssen wir unbedingt erhalten? Z.B. den Schulstandort für die ganze Volksschule. Das ist so zu sagen die Vorbereitung gewesen auf die Konkretisierung. Das Herausschälen von den gemeinsamen Erwartungen und Zielsetzungen, die Entwicklung von einem gemeinsamen Verständnis über die Zukunft von der Gemeinde. Welche Themen müssen Eingang in die strategischen Schwerpunkte finden? Auf was sollen diese Schwerpunkte abziehen?

Aufgrund von dieser Auslegeordnung, die Sie in der Vorlage finden, ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass die Attraktivität von Obersiggenthal als Wohngemeinde unbedingt erhalten und weiter gefördert werden soll. Wir haben uns darum bei der Formulierung von den strategischen Schwerpunkten leiten lassen, von der Frage, welche Qualitäten für den Entscheid ausschlaggebend sind, dass man hier wohnen bleibt oder dass man hierherzieht. Wir sind auf diese neun Schlagwörter gekommen. Diese sind die strategischen Schwerpunkte, die wir im Weiteren ausfüllen wollten mit Inhalten.

Als nächstes haben wir die Leitsätze zu diesen Themen formuliert. Da ist es darum gegangen, welches Thema innerhalb von diesem riesigen Gebiet wir uns vornehmen möchten. Was wir für Obersiggenthal wirklich erreichen möchten, was besonders wichtig ist. Ausgehend von diesem Leitsatz, wiederum ein Oberthema, haben wir dann formuliert, wie oder wo wir das in der Gemeinde erreichen möchten. Gewisse Sachen ergeben sich von alleine, gewisse müssen genauer definiert werden. Die Legislaturmassnahmen, die wir formulieren wollten, sollten möglichst konkret und auch machbar sein. Wir sind bei der Formulierung der Legislaturmassnahmen vom Breiten immer mehr in das Kleine hinuntergekommen.

Auf die einzelnen Legislaturmassnahmen, die wir auch am Ende der Legislatur messen möchten, möchte ich nicht im Detail eingehen. Sie haben diese alle gelesen. Wir haben uns sehr bemüht diese möglichst konkret auszugestalten. Bei gewissen ist es einfach nicht möglich, weil wir da noch gewisse Vorarbeiten machen müssen. Aber das ist das, an dem wir uns messen möchten.

Volkmar Hauelsen: Wir haben den ganzen Prozess und die Ziele zur Kenntnis genommen. Wir finden es sehr gut, dass sich der Gemeinderat dem Zielsetzungsprozess unterzieht. Wir finden vor allem das Verfahren, wie es gemacht wurde, wie es Bettina Lutz Güttler auch dargelegt hat sehr passend, vom Groben ins Feine. Eine Auslegeordnung, sich überlegen wo sind die Potenziale der Gemeinde, priorisieren, von da Schwerpunkte ableiten, Leitsätze ableiten,

Ziele ableiten, bis auf die Ebene-Massnahmen. Wir halten das für einen sehr guten Prozess um schlussendlich konkret ausführbare Massnahmen zu bekommen, die dann wirklich gezielt und selektiert sind und nicht einfach einen wahllosen Haufen über alle Optionen bieten. Quantitativ eine Reduktion, Bettina Lutz Güttler hat das auch aufgeführt, auch nicht 54 Ziele, sondern eine viel kleinere Anzahl. Somit sind wir der Meinung, dass dieser Prozess qualitativ und quantitativ auf eine umsetzbare Zielrichtung führt, die wir generell für vernünftig halten. Die einzelnen Ziele, für die einen sind einige Ziele unkonkret formuliert, dafür ein anderes Ziel viel zu eng gefasst. Da kann man unendlich diskutieren, das will ich gar nicht ausführen. Generell danken wir dem Gemeinderat für diesen Prozess. Wir denken er hat damit eine vernünftige Richtung für unsere Gemeinde gefunden und wünschen schlussendlich viel Erfolg und auch viel Freude bei der Umsetzung.

Stefan Semela: Die Legislaturziele kommen neu in strukturierter und übersichtlicher Darstellung daher. Es sind Leitsätze formuliert, die mit Zielen und Massnahmen klar verständlich verdeutlicht werden. Die FDP-Fraktion begrüsst die Umgestaltung und vor allem die Reduzierung auf das Wesentliche. Die Zukunft und die Finanzen werden dann zeigen, welche Ziele schlussendlich erreichbar sind. Aber wir danken dem Gemeinderat für seine Ausformulierung seiner Legislaturziele.

Mia Jenni: Auch die SP-Fraktion hat die Legislaturziele im Detail angeschaut. Zuerst einmal möchten wir uns für die Ausarbeitung der Legislaturziele bedanken. Das heisst nämlich, dass sich auch die Exekutive mit der Zukunft der Gemeinde beschäftigt und Visionen spinnt, die Köpfe zusammensteckt und der Prozess, den Bettina Lutz Güttler aufgezeigt hat, zeigt auch, dass man sich lange Zeit genommen hat. Besonders sind wir als SP-Fraktion besonders erfreut natürlich über die Wichtigkeit der familienergänzenden Betreuungsstrukturen und den Willen, dass man das Schulangebot in der Gemeinde erhalten möchte und langfristig die Vision der Tagesschulen, begrüssen wir. Ansonsten hätten wir uns ein wenig mehr Mut gewünscht und teilen die Meinung der anderen Parteien nicht ganz. Der SP-Fraktion ist es bewusst, dass ein solches Papier sehr viel Zeit benötigt. Aber aus unserer Sicht, wurde es extrem zusammengestampft und wir hätten gerne mehr gelesen von den Überlegungen des Gemeinderates. Im Bereich Infrastruktur, Energie und Klima hätten wir uns inhaltlich mehr Mut gewünscht. Marie-Louise Nussbaumer Marty hat es vorhin schon angedeutet, wo man konkreter sein darf und auch mehr verlangen könnte als das Gesetz vorschreibt. Man darf auch über Solarpanelen auf den Dächern diskutieren. Ich finde es übrigens sehr schön, dass von vielen Fraktionen, dieses Thema heute in den Voten vorkommt. Da könnte man über ein Ökostrommix nachdenken.

Die Digitalisierung ist bei der Gemeindeorganisation sicher wichtig, aber auch gute Arbeitsbedingungen sind sehr wichtig etc. Wir möchten als SP-Fraktion besonders Daraufhinweisen, dass es wichtig ist, dass wir als Gemeinde beim regionalen Verkehr Einfluss nehmen und dass das sicher ein Schwerpunkt sein muss für die kommende Legislatur und in dem Sinne nehmen wir auch die Legislaturziele zur Kenntnis.

Sandra Hehli: Unsere Fraktion hat die Legislaturziele studiert und zur Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion begrüsst, dass sich der Gemeinderat die Zeit genommen hat, über die strategische Ausrichtung der Gemeinde und für längerfristige Ziele sich an einem Workshop zu treffen. Im Punkt der Finanzen sehen wir noch keinen Weg oder kein Ziel für einen Schuldenabbau. Auch richtet sich im Moment unser Finanzhaushalt gar nicht nach unseren finanziellen Möglichkeiten. Da sind wir gespannt, wie dass der Gemeinderat lösen möchte. Wir begrüssen es aber sehr, wenn geprüft wird, wie und wo man mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten könnte um Synergien zu nutzen und in welchen Bereichen eventuell eine Fusion geprüft werden kann. Wir hoffen, dass die Legislaturziele erreicht werden können und würden es begrüssen, wenn wir in der Mitte der Legislatur einen Zwischenbericht erhalten würden. Den Bericht nimmt unsere Fraktion zur Kenntnis.

Jacqueline Magni: Wir möchten Ihnen Danke sagen für die Arbeit und für den Einsatz. Wir haben den Eindruck gehabt, dass Ihr um smarte Ziele bemüht seid, deshalb danke.

Tomas Nezel: Wir von der GLP-Fraktion danken dem Gemeinderat für seine Anstrengungen in dem strategische Handlungsfeld für die kommenden vierjährige Legislaturperiode zu bestimmen. Von den Leitsätzen gefällt uns da, derjenige mit dem Verkehr am Meisten. Nämlich, dass dort der mobilisierte Verkehr auf der Landstrasse und Hertensteinstrasse reduziert wird. Wir begrüßen die übersichtliche Auflistung von den Legislaturzielen und die zu ergreifenden Massnahmen. Dass die beschlossenen Massnahmen so gestaltet sind, dass sie möglichst messbar sind, ist für uns auch ein sehr wichtiges Kriterium. Wir nehmen den Bericht dankend an.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Legislaturziele 2022-2025 werden zur Kenntnis genommen.

6 2022/32 Verpflichtungskredit Sanierung Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg

Eintreten nicht bestritten
—

Peter Marten, Gemeinderat: Es hat kein Ressortwechsel gegeben im Gemeinderat. Ich bin als Stellvertreter für Peter Stucki eingesprungen und versuche Ihnen das Geschäft hier kurz darzulegen. Es geht um die Strassen- und Werkleitungssanierung Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg. Das sind zwei Strassen welche in Kirchdorf sind. Man muss dort im Rahmen der Unterhalts- und Werterhaltungsarbeiten und zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit, Sanierungsarbeiten an den Wasser- und Abwasserleitungen durchführen. Gleichzeitig werden bei der Strasse auch die defekten Randabschlüsse, die z.T. nicht mehr gut sind repariert. Die Leitungen sind aus den 60er Jahren. Das führte in der Vergangenheit zu diversen lokalen Schäden. Durch die Behebung dieser Schäden gab es Flickereien an der Strasse, welche langfristig Probleme verursachte. Es wäre jeweils vorgesehen, die Arbeiten mit den anderen Werken zu verbinden. In diesem Fall war es so, dass die EGS infolge Probleme bei der Versorgungssicherheit die Arbeiten bereits im 2021 vorgezogen haben.

Bei uns betrifft es zwei Strassen. Beim Erlenweg haben wir die spezielle Situation, dass die Wasserleitungen im Moment noch durch drei Privatgrundstücke führen. Im Rahmen der Erneuerung würde man dies neu vom Privatengrund entflechten und die Leitungen in den öffentlichen Raum verlegen.

Das zweite Thema ist die Strassenbeleuchtung, welche neu angeschlossen werden sollte. Es werden noch drei Kandelaber ausgetauscht.

Beim Riedweg – das ist vom Schulhaus Kirchdorf Richtung Nussbaumen – betrifft es nur einen Teilabschnitt, dort müssen die Gussleitungen ebenfalls ersetzt werden. Dort gab es vor ein paar Jahren ebenfalls Reparaturarbeiten. Der Hausanschluss beim Schulhaus muss neu gemacht und der bestehende Hydrant sollte saniert werden. Die Kosten konnten Sie alle studieren. Es ist so, dass diese aufgeteilt werden auf die verschiedenen Werke. Ich meinte im Vorfeld gehört zu haben, dass eine Frage aufgetaucht ist, wegen der Kostenverteilung, wie stark die Strasse belastet werden soll? Kann nicht mehr bei den Eigenwirtschaftsbetrieben belastet werden? Es ist so, dass das Verursacherprinzip durchgezogen wird. Ich habe mir das heute nochmals erklären lassen, um sicher zu gehen. Ich hoffe, ich kann es halbwegs wiedergeben. Das heisst, wenn eine Leitung ersetzt wird, sind die Kosten von oben, dort wo man die Strasse öffnen muss, bis nach unten, bis zu den Leitungen herabgebrochen und wird dann den oberen Teil, Strasse, in dem Sinn entlastet. Dort wo man die Strasse aufreisst, das ist wegen den Leitungen unten und nicht wegen der Strasse. Somit fallen Kosten für diesen Teil auf die Werkleitungen. Ich hoffe, ich konnte mein erstes Wasser- und Strassengeschäft einigermaßen erklären. Ich stehe für Fragen zur Verfügung und hoffe gleichzeitig, dass sie nicht zu fachspezifisch sind.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion ist für die Sanierung. Der Bedarf ist ausgewiesen. Wir finden es sinnvoll, dass man es mit anderen Werken zusammen macht.

Christian Buser: Die Fraktion Die Mitte wird dem Kredit auch zustimmen. Der Sanierungsbedarf ist konkret vorhanden, es muss rasch umgesetzt werden und die Massnahmen sind massvoll und zweckmässig.

Erich Schmid: Die Frage wegen den Kosten ist von mir gekommen, aus unserer Fraktion. Mir ist aufgefallen, dass bei der Strasse sämtliche Strassenbauten enthalten sind und beim Wasser- und Abwasser nicht. Also deine Aussage mit dem Schnitt, das wird beim Kredit nicht wieder spiegelt. Ich würde empfehlen, das nochmals zu überprüfen. Mir ist klar, die Strasse müssen gemacht werden, der Kredit ist für mich grundsätzlich gut aber die Verteilung sehe ich anders.

Peter Marten, Gemeinderat: Wie gesagt, ich habe das heute noch mit Kapeeth Selvarajah, angeschaut. Er hat mir gesagt, dass es unter Position Q, Werkleitungen im Kostenvoranschlag, ausgewiesen ist. Ich kläre das gerne noch detaillierter ab und werde es dann aufzeigen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

- a) Der Verpflichtungskredit von CHF 241'000 für die Sanierung des Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg in Kirchdorf wird bewilligt (inkl. MwSt., Preisstand Juni 2022).**
- b) Der Verpflichtungskredit von CHF 367'000 für den Ersatz alter Wasserleitungen im Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg in Kirchdorf wird bewilligt (inkl. MwSt., Preisstand Juni 2022).**
- c) Der Verpflichtungskredit von CHF 20'000 für den Ersatz alter Abwasserleitungen im Erlenweg inkl. Teilabschnitt Riedweg in Kirchdorf wird bewilligt (inkl. MwSt., Preisstand Juni 2022).**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 2019/36 Postulat SVP betreffend Bedarfsabklärung Massnahmen gegen Littering an den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde

Eintreten nicht bestritten
—

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe Ihnen letztes Jahr bereits einen Zwischenbericht erstattet. Der wurde weiter verfeinert, insbesondere hat man einzelne Massnahmen mit einem Preisschild versehen. Die Preisschilder sind dann auch in das Budget eingeflossen. Sie sehen aufgelistete Beträge, was das Ganze ergibt. Was wir hier nicht drin haben, sind z.B. ein Clean-Up-Day für die gesamte Bevölkerung. Das kann man natürlich auch noch vorsehen. Wir sind aber der Meinung gewesen, dass wir im Rahmen vom Schulunterricht anfangen möchten und einmal schauen, was man so erreichen kann. Falls es dann weitere Veranstaltungen geben sollte, kann dies im nächsten Jahr beschlossen werden. Weiter möchte ich nicht viel dazu sagen. Ich bitten Sie den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und somit das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschliessen.

Micha Jetzer: Im Namen der SVP-Fraktion nehmen wir den Antrag vom Gemeinderat so entgegen, möchten aber noch auf zwei Punkte hinweisen. Erstens, im Geschäftsreglement vom Einwohnerrat Art. 34 steht, dass der Gemeinderat innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten hat. Wir haben auch nichts dagegen, wenn es 12 Monate braucht. Nach zwei Jahren, so wie es Bettina Lutz Güttler gesagt hat, haben wir einen Zwischenbericht erhalten. Nach drei Jahren wird es einfach abgeschrieben. Zweitens worauf wir hinweisen möchten, wäre die Möglichkeit gewesen immerhin ein Angebot einzuholen für eine Videoüberwachung. Somit hätte man eine Gegenüberstellung der Kosten zum Reinigungsaufwand machen und hätte die Wirtschaftlichkeit prüfen können.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Betreffend der Videoüberwachung, da haben wir Abklärungen getroffen. Das hätte, wenn ich es richtig im Kopf habe, CHF 100'000 gekostet und hätte laufende Kosten generiert. Das müsste unterhalten und ausgewertet werden. Das ist das erste und das zweite ist, eine solche Videoüberwachung wäre beschränkt auf den öffentlichen Raum. Die Kamera dürfte ganz konkret nur auf die Entsorgungsstelle gerichtet sein. Es dürfte also nichts herum sichtbar sein. Dann ist es leichter die Tasche vielleicht fünf Meter weg abzustellen. Drittens braucht es ein Datenschutzreglement, welches vom Datenschutzbeauftragten beim Kanton genehmigt werden müsste. Dort wäre es so, dass man darlegen müsste, dass nicht nur Übertretungen resultieren –Littering ist eine einfache Übertretung – sondern dass es auch noch um Verbrechen oder Vergehen ginge. Erst wenn so was drohen würde, wäre eine Videoüberwachung zulässig. Das hat uns dann dazu gebracht, von solch einer Videoüberwachung abzusehen.

May Beyli: Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Wie das Fraktionsstatement zum Zwischenbericht im Dezember 2021 bereits festgehalten hat, zeigt der Bericht deutlich, wie schwierig es ist, eine alleinig wirksame Massnahme zu benennen. Die Vorgehensweise des Gemeinderates sich mittels einer Problemanalyse einen Überblick zu verschaffen, den Fokus auf das gesamte Gemeindegebiet zu legen und daraus vielfältige Massnahmen abzuleiten, begrüssen wir sehr. Wir teilen die Ansicht, dass Repression alleine keine Antwort auf die Littering-Problematik darstellen kann und sehen in den 14 getroffenen Massnahmen auch Bemühungen, die präventive Ansätze umzusetzen. Nach wie vor sind wir froh, dass auf die Videoüberwachung, wenn auch aus Kostengründen, verzichtet wird. In Bezug auf die präventiven Ansätze wünschen wir uns, dass die provisorischen und laminierten Hinweistafeln professioneller und ansprechender gestaltet werden, um Anreize zu schaffen, diese auch tatsächlich zu konsultieren. Hier würden wir gerne zu bedenken geben, das Budget nochmals zu überprüfen, ob das wirklich eine realitätsgetreue Abbildung ist. Wir hoffen ferner, dass der Umgang mit Littering weiterhin ein präsent Thema bleibt, das auch mit kreativen Ideen angegangen wird und auch bei anderen Gemeinden erprobte Ansätze und Inspirationen holt.

Anna Katharina Hess: Die Fraktion Die Mitte hat es besprochen und nimmt es zur Kenntnis. Gleichzeitig werden wir es auch verdanken mit den Massnahmen, die gemacht worden sind.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates, womit das Postulat als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8 2022/33 Motion SP betreffend Dokumentation der Einwohnerratssitzungen präsentierten Informationen

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Der Gemeinderat wird künftig Präsentation im Anhang, zum Protokoll publizieren. Wir appellieren an dieser Stelle aber, dass wir froh wären, wenn Sie sorgfältig mit diesen Präsentationen umgehen. Das Thema möglichst integral abbildet und nicht aus dem Themenkontext herausgerissen wird und darauf geachtet wird, dass Sie die aktuellsten Informationen verwenden. Wir werden künftig unsere Präsentationen darum auch mit einem Vermerk versehen, worauf ersichtlich ist, dass es an einer Einwohnerratssitzung so präsentiert worden ist, das Datum und zu welchem Thema. Trotzdem werden wir das öffentlich zugänglich machen. Sie werden zusammen mit dem Protokoll publiziert.

Carol Demarmels: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung von diesem Anliegen und natürlich auch für die Umsetzung. Wir freuen uns schon auf die erste Ausführung, angesichts dieser schönen Bilder von Obersiggenthal, die wir präsentiert bekommen haben.

Esther Reimann: Wir schätzen es sehr, dass der Gemeinderat über die Motion heraus geht. Wir unterstützen das und stimmen zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates, womit das Postulat als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9 2016/21 Schild Ost Verkauf Parz. 61, Fristverlängerung

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Es geht um die Fristverlängerung, Schild Ost. Sie haben die Unterlagen gesehen. Wir haben uns bemüht möglichst umfassend zu informieren. (Anhand einer Folie wird die Situation nochmals aufgezeigt.) Der Einwohnerrat hat an einer Sitzung im Jahr 2016 bereits dem Verkauf von dieser Parzelle zugestimmt und zwar mit drei Bedingungen.

Bedingung 1: Erhalt vom Brunnen

(Anhand von Folien zeigt Bettina Lutz Güttler die Ausschnitte aus dem Sondernutzungsplan). Das ist der Plan, wie er vom Gemeinderat verabschiedet worden ist und wie er jetzt auch angefochten wird. Bei der Markierung A (Kreis), sieht man, dass der Brunnen effektiv immer noch auf der Parzelle 61 geplant ist. Dort ist auch ein kleiner Aufenthaltsbereich mit einer Sitzgelegenheit vorgesehen.

Bedingung 2: Gewinnanteilsrecht beim Verkauf

Das ist dem Gemeinderat sehr unangenehm. Das Gewinnanteilsrecht, das vom Rat verlangt

wurde, ist bis kurz vor der definitiven Fassung von diesem Vorvertrag im Entwurf enthalten gewesen und ist dann im Zuge von den weiteren Verhandlungen rausgefallen. Ein Gewinnanteilsrecht an und für sich, sagt für sich noch nicht viel aus. Es ist auch immer abhängig von den Verhandlungen, wie so etwas aussehen könnte. Insofern ist auch zu Recht, zum Inhalt an der Einwohnerratssitzung nichts genaueres bestimmt worden. Die Höhen von solch einem Gewinnanteilsrecht sind auch immer abhängig von zusätzlichen Rahmenbedingungen, nicht nur einfach vom Preis. Es ist so, dass effektiv alle Planungskosten in diesem Schild Ost, also auch die Planungskosten auf der Parzelle 61, dem künftigen Erwerber von dieser Parzelle auferlegt wurden. Er musste die Erarbeitung von einer Verkehrsstrategie finanzieren. Er musste den Studienauftrag nach SIA 143 finanzieren. Sie haben die Beilagen gesehen, mit wie viel Auslagen der Eigentümer konfrontiert wurde. Er musste schliesslich das Wettbewerbsprojekt in ein Richtprojekt überführen. Er hat den ganzen Gestaltungsplan bestehend aus einem Plan aus diesen Bestimmungen und einem Planungsbericht finanziert. Er hat weitere Gutachten finanziert und er hat auch die Planung von der Erschliessung der Zentrumzone übernommen. Das steht im Raum, es ist passiert. Der Gemeinderat hat es unterlassen, Sie darüber zu informieren. Das tut uns leid.

Bedingung 3: Rechtskräftige Baubewilligung bis am 31. Dezember 2022

Sie erinnern sich, dies wird nicht möglich sein. Wie gesagt, Schild Ost unterliegt dem Gestaltungsplanbericht, d.h. bevor eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt, muss das Gestaltungsplanverfahren abgeschlossen sein. Der Gestaltungsplan muss rechtskräftig sein und erst dann kann die Baubewilligungsphase in Angriff genommen werden. Auch das muss rechtskräftig werden. Ich habe hier aufgeschrieben, wie das aussieht mit dem Gestaltungsplanverfahren. Wie viele Einzelschritte hier absolviert werden mussten. Im Idealfall fallen die in Klammern weg. Nämlich, dass nach dem Mitwirkungsverfahren keine Überarbeitung passieren muss. Das nach dem öffentliche Auflageverfahren keine Einwendungen kommen und keine Einigungsverhandlungen durchgeführt werden. Nichts desto Trotz ist es passiert. Aktuell sind wir beim Kanton. Also die Entscheide vom Gemeinderat über die Einwendungen und die Genehmigung vom Gestaltungsplan, die Sie vorher gesehen haben, wenigstens das Planwerk als solches, das wurde weitergezogen. Wir sind im Moment beim BVU. Auch dort ist es möglich, dass der Entscheid weitergezogen wird zuerst innerhalb vom Kanton an das Verwaltungsgericht und als letzte Instanz an das Bundesverwaltungsgericht. Wenn dann der Gestaltungsplan rechtskräftig ist, dann kommen wir erst zu der eigentlichen Baubewilligung. Sie wissen alle, auch Baubewilligungen können weitergezogen werden, auch da ist die letzte Instanz, das Bundesgericht. Das heisst, es kann noch zeitlich länger gehen. Deswegen sind wir hier und beantragen eine Fristerstreckung bei Ihnen, damit wir das entsprechend im Vorvertrag niederschreiben können. Es ist noch eine Frage gekommen von Seite der SP-Fraktion, weil sie gelesen haben in den Sondernutzungsbestimmungen bzw. im öffentlichen Vertrag, dass es da zu einer weiteren Abtretung, also dass der Streifen vom Trottoir, ins Eigentum von der Gemeinde fallen soll. Ich habe hier ein Ausschnitt aufgeschaltet vom Betriebs- und Gestaltungs-konzept Kirchweg. Jetzt ist es relativ schwierig, die vielen Linien auseinander zu halten. Tatsächlich ist es so, dass der Kirchweg weiter verengt werden soll. Das heisst, es wird im grösseren Bereich in diesem Schild Ost hineinfallen. Um das ungefähr ausgleichen zu können, wird der Teil wo der Fussweg ist bei der Gemeinde bleiben. So sollte es ungefähr aufgehen. Die genaueren Flächen werden dann in einem weiteren Schritt definiert.

Micha Jetzer: Die SVP-Fraktion hat eigentlich einen Rückweisungsantrag vorbereitet und zwar aufgrund dessen, dass wir der Meinung sind, dass ein Vertrag von mind. CHF 1'250 pro Quadratmeter relativ tief angesetzt ist. Wir sehen jetzt ab von diesem Rückweisungsantrag, wir werden dieser Fristverlängerung zustimmen aber wir wollen dem Gemeinderat weitergeben, dass man schaut, was der Verkehrswert ist von diesem Land. Aktuell liegt der Quadratmeterpreis zwischen CHF 2'100 und CHF 2'800. Dies muss sich der Gemeinderat bewusst sein. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass der Preis fast doppelt so hoch ist, wie wir das Land verkaufen würden. Wir werden mehrheitlich der Fristverlängerung zustimmen.

David Wick: Wir haben das sehr kontrovers diskutiert bei uns in der Fraktion. Die Meinungen

sind von Rückweisung bis zu Durchwinken gegangen. Wir schätzen es sehr, dass die Gemeinde sich engagiert bzw. dass das Gebiet entwickelt wird und auch sinnvoll genutzt wird. Wir schätzen es auch, dass die Gemeinde den Fuss zwischen die Türe stellt mit der kleinen Parzelle und das sinnvoll genutzt hat im Sinne vom Verkaufspreis, von einer Gewinnbeteiligung, wo dann aber leider untergegangen ist, bzw. anders abgewickelt wurde. Bei den negativen Punkten, über die wir länger diskutiert haben, ist es darum gegangen, ist es sinnvoll, dass wir den Kirchweg noch stärker belastet quasi durch den Tiefgaragenmechanismus und dass wir es anders lösen. Der Mindestpreis war auch tatsächlich der Verkaufspreis, wo können wir mehr herausholen. Die Hauptfrage war auch, ob man mit dieser Überbauung auch die Bevölkerungsschichten anspricht, welche man längerfristig aufbauen möchte. Wir haben so erste Visualisierungen gesehen. Wir können das leider nicht beurteilen, wie das dann in der Realität aussieht. Wir sind dann aber zum Schluss gekommen, dass wir als GLP-Fraktion seit einem Jahr tätig sind im Einwohnerrat und wohlweislich uns zurückhalten, weil wir schlicht zu wenig dabei gewesen sind. Wir unterstützen den Antrag.

Ulrich Meier: Erstes kommt es anders, als man denkt oder eben plant. Trotzdem besten Dank dem Gemeinderat für den sehr guten Statusbericht. Für uns wurde die Situation klar aufgezeigt. Sie ist auch gut nachvollziehbar. Die Fraktion die Mitte wird der Fristverlängerung zustimmen.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion ist nicht erfreut gewesen, dass unsere Forderung von einem Gewinnanteilsrecht nicht in den Vorvertrag eingeflossen ist. Wir haben das bewusst offengelassen, wie ein allfälliger Gewinn verteilt wird. Das heisst nicht 50% zu 50%. Man hätte das verhandeln können. Offenbar wurde schlecht verhandelt. Für mich ist bis heute nicht klar, wie so was, aus dem Entwurf herausfallen kann, da es doch essenziell ist. Das sollte auffallen. Darum sind wir der Meinung, dass eine Chance verpasst wurde, dort einen fairen Deal zu machen und vor allem die Diskussion jetzt über den angemessenen Landpreis zu verhindern. Wie hoch der ist, das weiss ich nicht. Ich bezweifle, dass es so hoch ist, wie es hier gesagt wurde, aber es ist sicher höher als die CHF 1'250 und man hätte dort einen fairen Deal machen können. Aber offenbar ist dazumal der Gemeinderat nicht in der Lage gewesen, einen fairen Deal auszuhandeln. Diejenigen, die den unterschrieben haben, sind heute nicht mehr da, wie ich gesehen habe, lassen wir das. Der Preis liegt sicher an der unteren Grenze und wir haben uns gefragt, sollen wir den Preis noch thematisieren, sollen wir nachverhandeln, sollen wir mehr fordern und da sind wir einfach zum Schluss gekommen, die Gemeinde ist da Vertragspartner. Die Verträge hat man so abgeschlossen, schlecht abgeschlossen. Vielleicht lag auch nicht mehr drin, wie gesagt, ich war nicht dabei. Aber nur weil es jetzt Verzögerungen gibt, den Vertrag auslaufen lassen und dann sagen, jetzt müsst Ihr neu verhandeln, wir möchten jetzt mehr. Wir sind der Meinung, da würde die Gemeinde schlecht dastehen als Vertragspartner. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass dem Antrag zähneknirschend zugestimmt werden muss.

Marco Erni: Wir haben in der SP-Fraktion das Geschäft relativ kontrovers diskutiert, mit unterschiedlichen Haltungen. Grundsätzlich sind wir von der SP-Fraktion gegen den Landverkauf und auch nur wenn eine klare win-win-Situation besteht. Aus unserer Sicht ist das bei der Parzelle 61 nicht der Fall. Wir sind auch immer vehement gegen die Erschliessung bei dem Projekt Kirchweg. Wir erachten das, als eine verpasste Chance. Auch das Projekt insgesamt betreffend Freiraumgestaltung für die Gemeinde, sehen wir den grossen Mehrwert für die Gemeinde nicht, abgesehen von den Steuerzahlern, die wir erhalten werden, die wir dringend benötigen. Weder finanziell noch gestalterisch einen grossen Vorteil, abgesehen natürlich vom Verkauf. Wir haben das Gefühl, man hätte mehr herausholen können. Die Gemeinde hätte ein stärkerer Verhandlungspartner sein müssen. Das ist aber früher gewesen. Wir anerkennen auch, dass das Projekt sehr weit fortgeschritten ist. Wenn man heute ablehnen würde, bringen wir es zu Fall und vernichten vielleicht auch sehr viel Bemühungen. Was uns ein grosses Anliegen ist, ist der Kirchweg, welcher seit 2-3 Jahren saniert werden sollte. Aus der Parzelle soll das Maximum herausgeholt werden und das Projekt Schild Ost darf dies nicht einschränken. Der Freiraum für eine gute Gestaltung muss für die Gemeinde gegeben sein. Wie gesagt, ein grosser Teil von uns ist dafür, aber eben nicht einstimmig.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich möchte doch zu einigen Punkten Stellung nehmen. Nachverhandeln von Preisen, Stefan Semela hat es gesagt, ist sehr schwierig. Wir sind gebunden über den Vorvertrag. Jetzt kann man sagen, die Frist ist abgelaufen. Man könnte erneut von vorne anfangen. Trotzdem, wenn die Gemeinde mit Parteien einen Vertrag abschliesst und nachher aus einem Anlass darauf zurückkommt, ist ein solches Verhalten nicht unbedingt vertrauensfördernd, wenn man da nochmals von vorne beginnt. Sie haben gesehen, es ist erheblich viel Geld bereits investiert worden. Das ist schwierig, wenn man in dieser Situation erneut verhandeln möchte. Dann ist es ja auch so, dass die Gemeinde über die Grundstückgewinnsteuer auch einen gewissen Anteil von diesem Gewinn über die Steuereinnahmen wieder zurückbekommt.

Zum Votum der SP-Fraktion betreffend BGK. Die BGK ist ausdrücklich erwähnt in den vertraglichen Bestimmungen und insofern ist es gesichert, dass das umgesetzt werden kann. Über die konkrete Planung kann man nicht diskutieren. Das hat seinen Weg genommen. Das ist jetzt in Aarau und liegt nicht mehr in unserer Hand.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Fristerstreckung und Neuformulierung für die Gültigkeit des Vorvertrags und Rückübertragung bezüglich Parzelle Nr. 61 wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

10 2022/34 Postulat SVP-Fraktion betreffend Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungssplatz beim Technischen Zentrum Gässliacker

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Gemeinderat: Wir haben uns mit den Postulanten ausgetauscht und aufgenommen, was die Idee ist, wie eng oder wie weit, dass sie gefasst ist. Wir können mit diesem Postulat sehr gut leben und wollen es darum entgegennehmen.

Christoph Villiger: Eine Diskussion ist zu diesem Thema nicht angedacht.

Ralph Hunziker: Das hatten wir schon einmal gehabt und mussten darüber abstimmen. Eigentlich gibt es eine Diskussion aber wir können es sehr kurzhalten. Aber wir müssten eigentlich trotzdem abstimmen, ob wir das überweisen möchten, gemäss unserem Reglement. Wir hatten es vor zwei Jahre schon einmal.

Christoph Villiger: Wenn Ihr das Geschäftsreglement vom Einwohnerrat hervornimmt, steht im § 34 Abs. 2 "Überweist der Einwohnerrat die Anregung dem Gemeinderat, so hat dieser in der Regel innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Der Gemeinderat kann von sich aus die Entgegennahme erklären". Das hat er ja in diesem konkreten Fall gemacht. Ausser du wärst der Meinung, wir als Rat würden sagen, nein das möchten wir nicht. Ist jemand dagegen das Postulat zu überweisen?

Carol Demarmels: Ich.

Mia Jenni: Ich sehe den Sinn und den Zweck von diesem Postulat ehrlich gesagt nicht. Das

Ziel ist die, die dezentralen Plätze, wo heute Abfall deponiert werden kann an einem zentralen Ort zu bündeln, der 24/7 überwacht wird und wo dann Leute vermehrt mit dem Auto hinfahren würden, was dann die Anwohner stört, etc. Das macht für viele aus der Fraktion keinen Sinn. Nur schon die Überlegung zu machen, dass man die verschiedenen Standorte zu einem zusammenstellt, ist nicht logisch. Das macht eigentlich kein Sinn bei einer Gemeinde mit 8'800 Einwohnern, welche sich dann alle an einem Ort versammeln. Deshalb möchten wir, dass über das Entgegennehmen abgestimmt wird.

Christoph Villiger: Wir haben einen Antrag von Mia Jenni.

Abstimmung

Das Postulat SVP-Fraktion betreffend Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim Technischen Zentrum Gässliacker ist nicht zu überweisen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt. Das Postulat wird überwiesen.

11 2022/35 Termine 2023

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger: Ihr habt die Termine erhalten. Eine kleine Bemerkung im Voraus, ich habe im Vorfeld bei den Fraktionen nachgefragt, ob die fünf Sitzungen komfortabel sind. Es gibt in den Regionen bei den Einwohnerratsgemeinden ganz unterschiedliche Anzahl Sitzungen. Es gibt Gemeinden die praktisch monatlichen Sitzungen machen. Die Rückmeldungen waren aus den Fraktionen einheitlich, dass man bei fünf Sitzungen bleiben möchte. Was mir ein Anliegen ist, dass man die Traktanden bestmöglich verteilt und gleichzeitig ist es auch ein Appell an Euch, dass Ihr Euch entsprechend kurz haltet bei den Voten, so dass wir mit diesen fünf Sitzungen durchkommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Termine 2023 werden einstimmig genehmigt.

12 2022/36 Revision Personalreglement

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben das Personalreglement einer Totalrevision unterzogen. Was ist die Ausgangslage? Die Ausgangslage ist, dass das heutige Personalreglement, aus dem Jahr 2011 datiert und das seit der letzten Revision einige gesetzliche Veränderungen stattgefunden haben. z.B. betreffend dem Vaterschaftsurlaub, betreffend eingetragene Partnerschaft etc. Die Geschäftsleitung wurde eingeführt, das war im 2011 noch nicht der Fall. Und das hat dazu geführt, dass es z.T. Widersprüche gibt zwischen dem Personalreglement und dem Geschäfts- und Kompetenzreglement. Insbesondere in Bezug auf die Füh-

zung vom Personal, von Entscheidungen über das Personal, z.B. Anstellungen. Es hat gesellschaftliche Veränderungen gegeben. Homeoffice ist seit Corona mehr oder weniger selbstverständlich. Konkubinatspartner werden generell in vielen Bereichen ähnlich oder gleichbehandelt, wie Ehepartner. Wir haben die Punkte aufgenommen und diese in der Totalrevision integriert. Wir haben das auch zum Anlass genommen, die Regelungen klarer zu fassen und auch eindeutiger, so dass es weniger Interpretationsspielraum gibt. Das es klarer ist, was wirklich gemeint ist. Ich habe da kurz eine Übersicht, was da im Wesentlichen neu ist. Ich möchte da nicht mehr ins Detail eingehen. Die Zusammenfassung finden Sie auch in der Vorlage. Ein wichtiger Punkt ist, dass die Systematik neu ist. Das ist auch bei der Abbildung in der Synopse natürlich relativ schwierig gewesen, das nachvollziehbar darzulegen. An dieser Stelle herzlichen Dank an Romana Hächler für diese riesige Arbeit. Sie hat da wirklich sehr viel Zeit investiert, auch bei den Vorabklärungen zu diesem Personalreglement. Wir haben dies immer professionell prüfen lassen.

Ich möchte doch auf eine spezielle Konstellation eingehen. Wir haben das zwar versucht in der Vorlage verständlich darzulegen, aber es ist wirklich schwierig. Ich möchte das kurz erläutern. Das Beispiel finden Sie auch in den Vorlagen erklärt. Wir haben die Situation, dass die Überstundenregelungen für Kader anders sind, wie für die Angestellten bis und mit Lohnstufe 6. Ab Lohnstufe 7 gibt es eine spezielle Regelung. Aktuell sieht die so aus, dass bis 80 Stunden als Stock angeschaut wird. Jetzt nehmen wir an, wir haben einen Angestellten, der im ersten Jahr einen Überstundensaldo hat von 90 Stunden. Wenn das der Fall ist, startet er im zweiten Jahr mit 80 Stunden aus dem Vorjahr, das heisst 10 Stunden werden gestrichen. Wir starten bei 80 Stunden. Dann nehmen wir an, er macht im zweiten Jahr wieder 90 Überstunden. Dann startet er im dritten Jahr wieder bei einem Saldo von 80 Stunden und weil er mehr, wie 80 Überstunden gemacht hat werden im fünf Ferientage gutgeschrieben. Das hat die Folge, dass sich sein Ferienguthaben eben um die fünf Tage erhöht. Für diese zusätzlichen Ferientage müssen Rückstellungen gemacht werden. Denn im Extremfall müsste man das ja auszahlen. Jetzt ist es aber leider so, dass die Leute, die regelmässig zu viel arbeiten, kaum dazu kommen fünf Ferientage zusätzlich zu ihren normalen Ferientagen zu beziehen. Das würde bedeuten, dass wenn sie diese fünf Tage bezieht, die Arbeit die in dieser Zeit anfällt die Person diese anschliessend aufarbeiten müsste, was wieder zusätzliche Überstunden generiert oder es müsste eine andere Person diese Arbeiten erledigen, was in der heutigen Zeit illusorisch ist. Das führt dazu und die Erfahrung haben wir gemacht, dass über die Jahre das Feriensaldo steigt und steigt. Denn es ist schon eine Herausforderung die normalen Ferien zu beziehen. Jetzt nehmen wir an, im siebten Jahr entschliesst sich der Mitarbeiter leider zur Kündigung. Dann haben wir die Situation, dass die Kündigungsfrist drei Monate beträgt. Jetzt anfangs Jahr hat er ja wieder 80 Überstunden und jetzt nehmen wir an, er hat 20 weitere Überstunden gemacht bis zum Ende der Kündigungsfrist. Über die 100 Stunden muss er sich mit dem Vorgesetzten einigen, kann es kompensiert werden oder wird es ausbezahlt? Jetzt haben wir aber in dieser Zeit vom Jahr eins bis ins Jahr sieben, die aufgelaufenen zusätzlichen Ferientage. Das hat sich mittlerweile aufsummiert auf 20 Tage. Zusätzlich hat er noch Restferientage die auch bezogen werden müssen.

Bei Ferienguthaben ist es so, dass es freiwillig ist für den Arbeitnehmer, ob er die bezieht, denn das ist Sinn und Zweck von Ferien oder ob er sich diese ausbezahlen lässt. Das führt dazu, dass es gerade im Bereich von Kadermitarbeitern regelmässig so ist, dass sobald eine Kündigung vorliegt, nur noch sehr wenig Zeit vorhanden ist um die anstehenden Pendenzen aufzuarbeiten oder eine Übergabe zu organisieren. Normalerweise muss die Stelle ja zuerst ausgeschrieben werden und der Besetzungsprozess muss anlaufen. Es müssen Vorstellungsgespräche geführt werden und bis dann wieder eine neue Anstellung da ist, geht es in der Regel auch wieder 3 bis 4 Monate. Das ist ein Problem, dass wir haben und beheben wollten mit einer anderen Regelung.

Neu ist es folgendermassen: Wenn jetzt der gleiche Mitarbeiter im ersten Jahr wieder die 90 Stunden hat, dann hat er es wie vorher. Dann startet er mit 80 Stunden und er macht wieder 90 Überstunden. Dann startet er im dritten Jahr wieder mit 80 Stunden, wie im Vorjahr aber die 90 Stunden werden aufgeteilt. Und zwar sagt man, in einer Kaderposition ist es zu erwarten, dass 50 Stunden geleistet wird. Das wird gestrichen. Und die nächsten 40 Stunden werden

dann entschädigt. Damit versuchen wir auch zu erreichen, dass nicht unermesslich viel Überstunden anfallen. Es ist ein Anreiz, dass man möglichst moderat umgeht. Wenn wir jetzt im Jahr sieben sind, wenn jetzt wieder die Kündigung kommt, dann haben wir ja jetzt neu im Personalreglement eine Kündigungsfrist von vier Monaten für das Kader. Dann nehmen wir wieder an, dass zu diesen 80 Stunden vom Vorjahr wieder 20 Überstunden dazugekommen sind. Das ist dann die gleiche Kompensation oder Auszahlung. Dann sind noch die normalen restlichen Ferientage, die bezogen werden oder eine freiwillige Auszahlung passiert. Sie sehen, mit dieser Regelung kommen wir dazu, dass am Ende eines Arbeitsverhältnisses es möglich sein sollte, dass Pendenzen aufgearbeitet werden und dass eine geregelte Übergabe stattfinden kann. Wir gewinnen noch einen Monat zusätzlich um den Rekrutierungsprozess abzuschliessen.

Wie sieht der Arbeitsmarkt aus für die Gemeindeangestellten? Über den Fachkräftemangel muss ich nicht viel erzählen, der ist in aller Munde. Die Gemeinde steht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft oder anderen Gemeinden um die besten Arbeitnehmenden. Wir sind schon froh, wenn wir Fachleute finden. Wenn man herumschaut, sieht man, dass es Angestellte gibt, die von einer Gemeinde zur Nächsten gehen. Es ist so wie die Reise nach Jerusalem, einfach dass es viel mehr Stühle gibt, als Personen. Die Nähe zu Zürich macht die Situation nicht besser. Der Kanton Zürich hat erfahrungsgemäss eher höhere Löhne und wir sehen uns einer demographischen Entwicklung gegenüber. Ich habe an der letzten Baden Regio Sitzung, dort haben wir uns auch zum Fachkräftemangel ausgetauscht, die Folien gesehen, welche ich hier aufschalte. Darauf ist die Demografie der Arbeitskräfte ersichtlich. Es werden jetzt mehr Leute pensioniert als wie nachkommen. Man sieht, der Peak ist noch nicht erreicht. Es wird also noch extremer werden, Fachpersonal zu finden.

Um das Aufzufangen, haben wir verschiedene Möglichkeiten. Die einfachste und die effektivste Möglichkeit Mitarbeitende zu halten, ist die Arbeitgebermarke zu stärken. Neu Deutsch nennt man das Employer Branding. Das passiert in dem man einen Auftritt hat in der Öffentlichkeit. Das man Werbung macht für seine Stellen, die man hat, dass man sich präsentiert, dass man sagt, was für eine gute Umgebung man hat. Die Vorzüge und Benefits und wie gut die Kultur ist, offen ist für Erneuerungen oder innovativ ist. Man kann das interne Potenzial nutzen. Also genau dann, wenn man solche Kaderstellen hat, dass man schaut, gibt es intern jemand, den man nachziehen kann. Das man Weiterbildungen anbietet und man entsprechend Leute auch coacht. Dann gibt es natürlich noch die Möglichkeit der Neubesetzung und dort ist wiederum die Arbeitgebermarke wichtig. Die Vorzüge und Benefits sind wichtig, man muss sich auch auseinandersetzen mit der Erschliessung zusätzlicher Zielgruppen, dass man Leute anspricht, wo auf den ersten Blick nicht super qualifiziert sind und diese dann weiterentwickelt. Einflussmöglichkeiten hat man auch, in dem man eine Personalstelle hat, welche sich auch diesen verschiedenen Themen widmen kann. Im Rahmen der Modellstadt gibt es ein Projekt. Gemeindeammänner setzen sich ein, z.B. dass die Weiterbildungsmöglichkeiten an den Fachhochschulen vereinfacht werden für Leute, die eine Lehre auf der Gemeinde absolvierten.

Markus Renggli: Darf ich etwas fragen zur Präsentation?

Christoph Villiger: Ja.

Markus Renggli: Auf dieser Folie mit der Neuregulierung des Personalreglements mit den Zahlen. Bei der Überzeit Kaderregelung, auf der unteren Zeile lese ich, hat der Mitarbeiter im siebten Jahr nur noch plötzlich 20 Überstunden und vorher hatte er immer 90 Überstunden, ist er jetzt im Burnout oder hat er effizienter gearbeitet plötzlich? Jedes Jahr sind es 90 Überstunden und da sind es plötzlich 20.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich bin davon ausgegangen, dass er nicht am 31. Dezember 2022 kündigt, sondern irgendwo im März. Das ist eine Annahme. Wenn er auf den 31. Dezember gekündigt hätte, dann würde ich hier auch wieder die 90 Überstunden einsetzen. Das ist einfach eine Idee, wie es sein könnte.

Christoph Villiger: Zuerst folgen nun die Fraktionsmeinungen und anschliessend wird die Synopse durchgegangen. Sollten Detailfragen bestehen, dann könnten diese dort gestellt werden.

Daniel Gadiant: Die SVP-Fraktion hat sich über die Revision des Personalreglements unterhalten. Nach über 10 Jahren finden wir es nötig, dass das Personalreglement eine Revision bekommt. Die verlängerte Kündigungsfrist vom Kader finden wir wichtig und richtig. Man hat es in der Vergangenheit gemerkt, dass es einfach zu kurz ist, dass die Leute weg waren, bevor man reagieren konnte. Der volle Lohn vom Vaterschaftsurlaub, sowie die erhöhten Familienzulagen erachten wir als vertretbar, denn wir müssen konkurrenzfähig bleiben mit den anderen Gemeinden, Privatwirtschaft und so weiter. Die neuen Überstundenregelung entspricht der heutigen normalen Bedingungen auf Stufe Kader. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Daniela Graubner: Wir schätzen die Aufarbeitung dieser Synopse. Wir haben die Erneuerungen besprochen und stimmen dem neuen Personalreglement zu.

Tomas Nezel: Die GLP-Fraktion hat beim Vernehmlassungsverfahren mitgemacht. Wir haben das ganze Dokument durchgearbeitet. Haben auch Hinweise und Fragen an den Gemeinderat weitergeleitet und sind mit dem Endergebnis sehr zufrieden. Die GLP-Fraktion stimmt der Totalrevision des Personalreglements zu.

Alois Baumgartner: Durch die vorliegende Totalrevision soll das Personalreglement wieder auf den neusten Stand gebracht werden. All die gemachten Änderungen sind kostenneutral und entsprechen den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Fraktion die Mitte stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu und danken für die geleistete Arbeit.

Nico Lalli: Ich werde es kurz machen. Auch die FDP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Ich glaube es ist unbestritten. Nach über 10 Jahren ist eine Aktualisierung von solch einem Reglement angebracht. Es wurde gesagt und gezeigt, die Konkurrenzfähigkeit für Gemeindeverwaltungen im Arbeitsmarkt ist wichtig und deshalb herzlichen Dank.

Mia Jenni: Auch ich halte mich kurz. Wir sind das Personalreglement im Detail durchgegangen und haben einzelne Fragen zu Lohngleichheit, Sicherheit am Arbeitsplatz durchbesprochen. Herausstreichen möchten wir, dass wir es sehr begrüßen, dass es externe Anlaufstellen gibt bei Frage von Diskriminierung mit Vaterschaftsurlaub, Mutterschaftsurlaub etc. Danke vielmal für die Überarbeitung und danke für den Überblick. Das war wirklich sehr hilfreich. Wir werden dem Antrag auch zustimmen.

Christoph Villiger: Dann würde ich, wie vorgeschlagen, zur Synopse zu gehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Totalrevision des Personalreglements sei zuzustimmen und dieses in der aktuellen Version auf den 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

13 2022/37 Vorsorgelösung bei der Aargauischen Pensionskasse für die Gemeinderäte

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Abgesehen vom Gemeindeammann, sind aktuell die übrigen Mitglieder vom Gemeinderat für ihre Tätigkeit nicht bei einer Pensionskasse versichert. Das möchte der Gemeinderat ändern. Zwei Fälle zur Illustration.

Fall 1

Es gibt Gemeinderäte, die ihren Haupterwerb von 100%, zu Gunsten von einem Gemeinderatsmandat reduzieren z.B. auf 80%. Beim Hauptarbeitgeber kann so ein Nebenerwerb als Gemeinderat in die Pensionskasse miteingeschlossen werden oder eben auch nicht. Selbst wenn das der Fall ist, der Arbeitgeber muss mit der Entrichtung von Arbeitgeberbeiträgen einverstanden sein. Damit sichergestellt ist, dass so Personen, die ihr Haupterwerbseinkommen zu Gunsten von einem Gemeinderatsmandat reduziert, keine Vorsorgelücken haben, wenn sie einmal pensioniert werden, möchten wir gerne eine solche einheitliche Lösung schaffen, dass eben das verhindert werden kann.

Fall 2

Es gibt auch Personen, die mehrere Anstellungen in Form von Teilzeitpensen ausführen. Die sehen sich regelmässig in der Situation, dass sie zwar theoretisch in die Pensionskasse von ihren Arbeitgebern eintreten könnten aber zuerst immer noch den Koordinationsabzug vornehmen um den versicherten Lohn zu bestimmen. Das führt dazu, dass diese Personen keine sinnvolle Altersvorsorge aufbauen. Auch da schafft die neue Lösung der APK Abhilfe und wir würden das gerne beheben. Die Vorteile finden Sie auf der Seite zwei und drei der Vorlage. Ich werde die nicht mehr einzeln vortragen. Zentral ist aber, dass mit solcher Vorsorgelösung die Gleichbehandlung der Gemeinderatsmitglieder Vorschub geleistet wird und das Mandat als Gemeinderat attraktiver wird. Ich bitte Sie dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Roger Rüede: Die Fraktion die Mitte hat die Vorlage studiert und beraten. Wir finden die Möglichkeit, die die APK der Gemeinde bietet, zeitgemäss. Wir folgen der Argumentation vom Gemeinderat und sehen, dass solche eine zukunftsgerichtete Pensionskasse durchaus ein Attraktivitätsmerkmal sein kann um Personen für die Tätigkeiten im Gemeinderat zu gewinnen. Das Geschäft generiert zwar Kosten, ist aber in der Sache ein richtiger Schritt in die Zukunft für eine attraktive Gemeinde. Die Fraktion die Mitte wird den Antrag vom Gemeinderat mehrheitlich unterstützen.

Nico Lalli: Auch die FDP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Ich glaube, die Begründungen sind überzeugend. Wir alle wissen, dass die Arbeit des Gemeinderats, man hat es an der Vorlage mit der Vertragsverhandlung oder auch bei anderen Vorlagen gesehen, immer komplexer wird. Dass es nicht einfach ist, Leute zu motivieren für ein solches Amt, das sieht man bei den Wahlen. Die FDP-Fraktion findet dies ein guter Schritt. Trotz den Mehrkosten ist es sehr wichtig, dass die Gemeinde das Angebot der APK nutzt.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Auch die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage vorbehaltlos. Auch wir wissen, wie schwierig es ist, Leute für Milizämter zu finden. Wir haben das Gefühl, dass das ein Argument sein könnte, mitzumachen. Die Tatsache ist auch, dass das Gemeinderatsmandat wirklich einem Nebenjob entspricht und dass es wirklich oft zusammengeht mit einer Reduktion beim Arbeitspensum. Dass die Entschädigung in der BVG versichert wird, ist nichts als Gut und Recht. Ich habe es aber schon gekannt, als ich Gemeinderätin gewesen bin.

Ivan Füglistner: Wir von der SVP-Fraktion finden die Vorsorgelösungen eine gute Sache. Sie zeigt, dass die Arbeit innerhalb des Gemeinderats auch Wertschätzung findet und wir unterstützen den Antrag.

Jacqueline Magni: Für die EVP-Fraktion ist es klar, dass die Vorsorge wichtig ist, darum ist es gar keine Diskussion, dass wir dem zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Nebenerwerb der Gemeinderatsmitglieder soll ab 1. Januar 2023 bei der Aargauischen Pensionskasse versichert werden.**
- 2. Das Reglement Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates soll angepasst werden.**

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen angenommen.

14 2022/38 Erhöhung des Stellenplans Schulverwaltung

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger: Der Gesamtschulleiter Bruno Glettig nimmt Einsitz, falls noch Fragen auftauchen sollten.

Christian Keller, Gemeinderat: Der Gemeinderat beantragt bei Ihnen eine Erhöhung des Stellenplans bei der Schulverwaltung von aktuell 190% auf 240% Stellenprozente, also um 50%. Die Belastung der Schulverwaltung ist durch die verschiedenen Erneuerungen in den Aargauer Volksschulen in den letzten Jahren sehr stark angestiegen. 2016 wurde die Lehrverwaltungssoftware eingeführt. Das ist eine Arbeit vom Kanton, die er den Gemeinden und den Schulen delegiert hat. Das ist das ALSA. Dann wurde im 2020 die neue Ressourcierung der Schulen eingeführt. Schön für die Schulen, macht aber viel Aufwand. Dann haben wir seit diesem Jahr neue Führungsstrukturen eingeführt und die Abschaffung der Schulpflege. Auch da haben wir in unserer Gemeinde, viele Aufgaben der Schulleitung delegiert, denn die sind näher dran. Die Digitalisierung der Schulen macht ebenfalls viel Aufwand. Dann haben wir den Lehrpersonenmangel, welcher die Schulen belastet. Es ist aufwändig heute qualifiziertes Personal zu finden. Auch das ist etwas, was die Schulverwaltung belastet. Kurz insgesamt ist der administrative Aufwand in der Schulverwaltung stark angestiegen. Die Details über die Aufgaben der Schulverwaltung haben Sie in der Vorlage zur Kenntnis nehmen können.

Kurz die Schulverwaltung ist chronisch überlastet. Das führt dazu, dass sie Überstunden machen müssen und die kaum abbauen können. Wenn sie diese abbauen, dann ist es in der Ferienzeit und dann hat man keine Möglichkeit noch zusammen zu kommen und organisatorisch das Ganze durchzudenken, damit man auch da vom Fleck kommt. Wir sind gezwungen, Aufgaben, die eigentlich zur Schulverwaltung gehören, auszulagern an den Schulleiter, welcher ja selber auch genug unter Druck ist. Es werden sogar z.T. Aufgaben in Schulämtern eingepackt und den Lehrpersonen übergeben oder es werden administrative Aufgaben ganz einfach einer Lehrperson übergeben, wenn die Schulverwaltung nicht nachkommt, diese zu erfüllen. So kommt man gerade noch durch, aber es ist keine gute Situation.

Per Anfang 2022 haben wir einen Stellenpensenerhöhung beantragt um 10%. Wir haben dort schon gewusst, dass man eigentlich mehr benötigt. Es hat aber verschiedene Gründe gegeben, warum man mit dieser Pensenerhöhung zugewartet hat. Ein wesentlicher Grund war die

damalige Teamzusammensetzung gewesen. Es war jemand kurz vor der Pensionierung gestanden. Man hat das gesehen und wollte das zu diesem Zeitpunkt nicht. Man hat das aufgeschoben und ein Teil der Aufgaben hat man der Schulleitung übergeben z.B. die ganze organisatorische Leitung in der Schulverwaltung. Die Verwaltung müsste organisatorisch auch geführt werden und diese Kapazitäten fehlen. Die Pensenerhöhung, die wir jetzt anstreben, beruht sich auf eine begründete Vorlage und der Bedarf ist ausgewiesen. Es kann jetzt gesagt werden, wie die neuen Führungsstrukturen funktionieren und was noch benötigt wird. Wir stehen schon bald vor dem Bezug des neuen Schulhauses. Auch dieser Punkt wurde in die Überlegungen der Aufstockung einbezogen. Die Schule ist stark gefordert und deshalb braucht es eine Entlastung. Heute, ich habe es abgesprochen, ist die Schulverwaltung dem Gesamtschulleiter unterstellt und dies ist für eine Schule in dieser Grössenordnung nicht ideal. Es braucht eine Schulverwaltung, die sich selber organisieren kann und selbständig arbeitet.

In Zukunft möchten wir Schulstufenleitungen und Schulverwaltungsstufen möglichst nahe beieinander haben. Im Idealfall haben wir vier Stufenleitungen und vier Personen in der Schulverwaltung, die jeweils Hand in Hand zusammenarbeiten können. Sie haben in der Vorlage den Vergleich mit anderen Schulen und mit den kantonalen Vorgaben. Sie haben gesehen, dass die Gemeinde Obersiggenthal sich im hinteren Feld bewegt, zusammen mit 2-3 anderen Gemeinden, die auch noch stark abfallen. Jetzt ist es so, dass andere Schulen, gerade die im hinteren Feld, die sind auch dabei, ihre Schulverwaltungen aufzustocken. Vor allem Gemeinden mit Einwohnerrat sind bereits an der Entscheidung betreffend Aufstockung. Die Gemeinden mit Gemeindeversammlungen entscheiden ja jeweils erst zu späteren Zeitpunkten. Aber wir wissen durch unsere Kontakte, dass viele Gemeinden eine Aufstockung der Schulverwaltungen traktandieren werden, da viele die Probleme haben, die wir aktuell haben.

Wenn wir die Zahlen anschauen, müssen wir diese auch richtig interpretieren. In allen Gemeinden sind die Schulen anders aufgestellt. Es wird anders zusammengearbeitet mit der Gemeindeverwaltung. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sind sehr unterschiedlich geregelt. Die Abgrenzung zur Gemeindeverwaltung, zur Schulleitung und allen anderen Stellen, ist ebenfalls unterschiedlich. Durch das sind die Zahlen nicht eins zu eins vergleichbar. Aus diesem Grund ist der Vergleich mit der Vorgabe vom Kanton problematisch, da die Schulverwaltungen unterschiedlich organisiert sind.

Die Empfehlungen vom Departement Bildung, Kultur und Sport sind vom Jahr 2006 und wurden seither nie angepasst. Obwohl, wie ich es am Anfang ausgeführt habe, in der Schulverwaltung ein grosser Modernisierungsprozess vorangegangen ist und viele Aufgaben neu dazugekommen sind. Die Zahlen sind nicht mehr aktuell, das sagt das BKS selber und sie verweisen auf den Verband der Schulverwaltung auf das SCASO. Gemäss Positionspapier der SCASO, bräuchten wir ein 304% Stellenpensum.

Ein weiteres Element sind die Schülerzahlen. Diese sind in den letzten sieben Jahr rund 10% gewachsen. Wir erwarten, dass die Steigerung in den nächsten Jahren so weitergeht. Die Schulleitungspensen sind möglichst angepasst worden vom Kanton, weil eine Modernisierung da ist. Während die Schulverwaltung stehen geblieben ist, da es eine Gemeindeaufgabe ist. In vielen Gemeinden hat sich da wenig getan in den letzten Jahren. Für uns ist es seit langem ein Anliegen und letztes Mal konnten wir 10% aufstocken.

Wenn wir die Pensenerhöhung bekommen, dann könnten wir die Schulverwaltung von ihrer permanenten Überlastung befreien. Es sind die aufgeschobenen Aufgaben, die auch zu erledigen wären, neben dem Tagesgeschäft. Die könnten endlich an die Hand genommen werden. Wir könnten das ganze Team neu strukturieren und die Aufgaben neu organisieren, damit es effizienter wird.

Zu den finanziellen Auswirkungen: Die Lohnkosten zusammen mit dem Einrichten des Arbeitsplatzes, belaufen sich auf CHF 55'000 pro Jahr. Wenn das Modell mit einer Teamleitung eingeführt wird, dann würden sich die Kosten um CHF 5'000 erhöhen (Total CHF 60'000), da bei dieser Person mit höheren Lohnkosten gerechnet wird.

Die Argumente für eine Teamleitung: Eine Teamleitung würde unseren Schulleiter sehr stark entlasten. Es wäre ein zukunftsfähiges Modell, auch mit Blick auf das weitere Wachstum der Schule. Der Gesamtschulleiter könnte sein Pensum dann auch reduzieren, nach diesen Jahren, wo er doch stark belastet war. Der Entscheid, wie er eingeführt wird, hängt davon ab, was für Bewerbungen wir bekommen. Die Person muss geeignet sein, ein Team zu führen. Aus diesem Grund gibt es momentan noch beide Optionen (mit Teamleitung und ohne).

Ein weiterer Punkt, was aus der Vorlage noch nicht hervorgeht, die Stelle soll erst auf den Sommer 2023 besetzt werden, wenn das neue Schulhaus bezogen wird. Dies macht am meisten Sinn.

Damit würden sich die Kosten für das kommende Jahr +/- halbieren. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass unsere Schule grosse Anstrengungen unternimmt, um das Budget möglichst schlank zu halten. So wurde diesen Sommer mit der Schule das Budget nochmals angeschaut, wo Einsparungen möglich sind. Es wurde ein Einsparpotenzial von CHF 5'000 ermittelt.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass unsere Schule die Budgetdisziplin sehr gut einhält. Ich habe es vorhin gesagt, wir haben Aufgaben, welche eigentlich die Schulverwaltung machen müsste. Welche als Schulämter ausgelagert sind. Wir erwarten, wenn es gut läuft, dass solch einzelne Aufgaben wieder längerfristig zurücknehmen werden können. Die Schulämter sind zusätzlich bezahlt von der Gemeinde. Die sind im Schulbudget enthalten und das würde dazu führen, dass auch dort auf lange Sicht, Einsparungen möglich wären. In der Grössenordnung ist das CHF 10'000, das kann man nicht so genau sagen.

Dann ist noch die Fragen aufgetreten, ob nicht einfach das Stellenpensum um 30% erhöht werden kann. Dies wurde ebenfalls angeschaut und besprochen. Aus unserer Sicht, ist es nicht sinnvoll. Einerseits ist es nicht einfach jemanden zu finden, der ein 30%-Pensum sucht. Auf der anderen Seite ist es auch nicht kompatibel mit der angestrebten Organisation, mit diesem Tandem, dass die Schulleitung und Schulverwaltung zusammenarbeiten können. Für den Gemeinderat ist die Überlastung der Schulverwaltung offensichtlich. Darum stehen wir hinter dem Antrag. Wir denken auch, dass es auch aus Gründen vom Gesundheitsschutz wichtig ist, dass die Personen auch wieder zur Ruhe kommen und dass sie unter vernünftigen Bedingungen arbeiten können. Der ständige Anstieg der Überstunden kann kein Zustand sein, dem einfach zugeschaut werden kann. Darum stehen wir hinter dem Antrag und bitten Sie dem zuzustimmen.

Daniel Jenni: Die Fraktion die Mitte hat den Antrag vom Gemeinderat zur Aufstockung vom Stellenplan der Schulverwaltung von 190% auf 240% intensiv und kontrovers diskutiert. Die angeführten Argumente der Schulleitung und vom Gemeinderat sind sehr ausführlich dargelegt. Tatsächlich haben sich im Rahmen der verschiedenen Änderungen im Schulsystem, der Teilstellen und der Schülerzahlen, ganz viel Mehraufgaben für die Schulverwaltung ergeben. Wäre eigentlich alles klar, hätten wir nicht unsere Finanzprobleme. Wir haben auch andere Gemeinden, die mit weniger Personal auskommen. Wir wissen nicht ob die eine Erhöhung beantragen und wie viel sie erhöhen werden. So hat es auch eine Meinung gegeben, dass allenfalls eine Erhöhung noch nicht angebracht ist, sondern erst, wenn man sieht, was dann an Mehrarbeit auf uns zukommt, wegen dem neuen Schulhaus. In der relativ ausführlichen Diskussion hat sich dann aber gezeigt, dass die Mehrheit der Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wird.

Andreas Leupin: Auch die FDP-Fraktion hat den Antrag sehr intensiv diskutiert. Kam aber zur Meinung, dass der Antrag in der jetzigen Form noch abzulehnen sei. Das hat folgende Gründe: Beim Antrag 2021 wurde wie gesagt, der Stellenplan bei der Schulverwaltung bereits um 10% erhöht. Nach meinen Informationen, die ich habe, wurde dort nicht kommuniziert, dass man eine weitere Erhöhung in kurzer Frist ins Auge fasst. Es ist im Gegenteil, nach meinem Wissen – ich war da noch nicht im Einwohnerrat –, gesagt worden, dass es eventuell eine tem-

poräre Massnahme ist, die man ergreifen würde. Wenn wir einen Vergleich machen mit Gemeinden mit mehr als 1'000 Schüler und Schülerinnen, dann kommen wir im Kanton Aargau auf 0.2 Stellenprozent pro Schüler. Das ergibt hochgerechnet, auf die 1'050 Schülerinnen und Schüler, die Obersiggenthal heute hat, eine Zahl von rund 210% Stellenprozent, welche erforderlich wären und im Schnitt liegen würde. Der Gemeinderat beantragt jetzt aber eine Erhöhung auf 240% Stellenpensum und begründet unter anderem auch damit, dass eine Anstellung von 20 -30% einer Person nicht sinnvoll sei. Das ist auch klar, so kleine Anstellungen sind nicht unbedingt sehr effizient. Umgekehrt muss man aber auch sagen, dass es durchaus möglich ist, auch mit 3 oder 4 Personen mit einem Pensum zu arbeiten, die mindestens bei 50%, 60% oder 70% Stellenpensum liegen pro Person. Also wie das auf 3 oder 4 Personen verteilt wird, kommt nicht darauf an. Weiterhin sieht auch die FDP-Fraktion, dass aufgrund des angespannten Budgets eigentlich im Moment eine Erhöhung um 50% nicht unbedingt opportun ist. Bezüglich der Umstellung der Leitung der Schulverwaltung durch den Gesamtschulleiter auf eine Teamleitung bittet die FDP-Fraktion den Gemeinderat zu prüfen, ob das bei der engen Zusammenarbeit, wo nötig ist zwischen der Schulleitung und Schulverwaltung, wirklich optimal ist. Aus diesen genannten Gründen lehnt die FDP-Fraktion den Antrag in der jetzigen Form ab.

Ralph Hunziker: Wenn die Arbeitslast bei den Arbeitnehmenden überhandnimmt, dann sind Anpassungen von Seiten des Arbeitgebers, notwendig. Die Schulleitung, wie auch der Gemeinderat, nimmt mit diesem Stellenantrag, also den Antrag um Erhöhung, die Verantwortung wahr, als Arbeitgeberin und das ist auch richtig so. Die Schulverwaltung Obersiggenthal ist überaus unterdatiert. Sie ist daher auch seit Jahren überlastet. Die Folgen haben wir gehört, dass die Arbeiten nicht mehr bewältigt oder hinausgeschoben werden über mehrere Jahre. Gleichzeitig werden Überstunden geleistet und auch nicht ausbezahlt. Weiter werden von Kantonsseite weitere administrative Aufgaben an die Schulen delegiert. Das Wachstum von den Schülerzahlen in Obersiggenthal ist nicht nur im Bericht ersichtlich, sondern es ist auch real. Vorher wurde die Zahl 1'075 Schüler und Schülerinnen im neuen Schuljahr 2023 genannt. Der Ausgetrocknete Lehrpersonenmarkt und auch die hohe Anzahl von Stellvertretungslösungen, die immer wieder gesucht werden müssen, führen ebenso zu Mehrarbeiten in der Schulverwaltung. Eine sinkende Arbeitslast, ist aus unserer Sicht nicht absehbar. Die 10% Stellenerhöhung vor einem Jahr, scheint im Nachhinein ein wenig unschön. Die von Schulseite her gemachten Arbeitsanalysen oder Prozessoptimierungen, zeigen eigentlich klar auf, dass die Schule intern etwas verbessern möchte. Es hat aber nicht gereicht. Aus unserer Sicht ist die Erhöhung des Stellenplans aus diesen Gründen angebracht, sinnvoll und nötig. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Sandra Hehli: Unsere Fraktion hat dieses Traktandum eingehend diskutiert. Wir sind überrascht, dass schon wieder eine Pensenerhöhung für die Schulverwaltung von 50 Stellenprozent vorliegt, nachdem bereits auf Anfang des Jahres eine Erhöhung von 10 Stellenprozent bewilligt wurde. Die finanzielle Lage unserer Gemeinde, lässt aktuell kein Stellenausbau zu. Die Begründung, dass Schulen mit mehr als 1'000 Schülerinnen und Schüler entsprechende Pensum und Teamleiterstellen benötigen, ist für uns für den Moment nicht relevant, sind wir doch nur knapp über 1'000 Schülern. Sollten die Schülerzahlen in den nächsten Jahren markant steigen, sind wir gerne wieder bereit im Rat über eine Erhöhung zu diskutieren. Die SVP-Fraktion stimmt dem Streichungsantrag der Finanzkommission zu.

Jacqueline Magni: Der Gemeinderat beschreibt in seiner Legislaturziel unter Punkt 2 "Die Gemeinde Obersiggenthal kann aufgrund ihrer Grösse und den aktuell bestehenden Rahmenbedingungen nicht allen Ansprüchen und Wünschen gerecht werden, sondern muss sich auf ihre Qualitäten und Stärken konzentrieren. Darauf ist in den nächsten Jahren der Fokus zu legen. Diese sind als Alleinstellungsmerkmal in der Kommunikation zu nutzen und weiter zu entwickeln". Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass unsere Schule, wo sich unsere Schüler, Lehrpersonen und alle Angestellten sich wohl fühlen, eines von diesen Merkmalen sein sollte. So sind wir überzeugt, dass gerade auch in der schwierigen Zeit von Fachkräftemangel, umso wichtiger ist, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass man gerne zur Schule geht, egal in welcher Funktion. Wir sind überzeugt, dass die Zufriedenheit, die Freude am Lernen fördert. Eine Auslagerung von Aufgaben, die nicht gemacht werden können oder die Lehrpersonen

übernehmen mussten, macht aus unserer Sicht gar keinen Sinn. Es fördert weder die speditive Abwicklung, noch entlastet es das Budget. Im Gegenteil, es verkompliziert die Abläufe und das Miteinander. Aus diesen Gründen steht die EVP-Fraktion für ein klares Ja zu der Erhöhung des Stellenpensums.

Tomas Nezel: Vielleicht hat nicht jeder eine Lehrperson in seinem Bekanntenkreis, aber jeder liest Zeitung. Es gibt zwei Facts, die man aus diesen Zeitungen lesen kann. 1. Lehrpersonen müssen heutzutage immer mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen. Sie haben zusätzliche Büroarbeiten neben der Didaktik, dem eigentlichen Unterricht. Das andere ist, man hat einen massiven Lehrermangel. Es ist wichtig für die Lehrer, dass die Schulverwaltung funktioniert und sie sich auf den Unterricht konzentrieren können und nicht mehr Büroarbeiten machen müssen. Das wäre beim jetzigen aktuellen Stellenmarkt verheerend. Wir von der GLP-Fraktion erachten diese Sache als sehr dringend und wichtig, die unterdatierte Schulleitung, zu unterstützen und stimmen dem Antrag zu.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich danke Ihnen für Ihre engagierten Voten. Vielleicht eine Bemerkung zum Votum der FDP-Fraktion. Ich bin mir nicht mehr ganz sicher, was ich vor einem Jahr gesagt habe, aber dass das als temporäre Stelle angeschaut werde, habe ich nicht gesagt. Vielleicht hat sich da etwas verschoben in der Wahrnehmung. Vielleicht habe ich nur gesagt, das ist etwas worüber wir in einem Jahr wieder sprechen müssen, denn das ist nur der Anfang gewesen. Ich weiss es nicht mehr, man müsste ins Protokoll schauen, was ich wirklich gesagt habe. Aber dass ich gesagt habe, es sei nur temporär und wir benötigen es in einem Jahr nicht mehr, habe ich ganz bestimmt nicht gesagt. Also man hat das vor einem Jahr schon gewusst und ich gehe davon aus, dass ich gesagt habe, dass wir mit einer weiteren Pensenerhöhung kommen werden und dass wir aber nicht genau wissen, wie viel benötigt wird.

Nico Lalli, Präsident Fiko: Wir nehmen jetzt eine Diskussion vorneweg, welche zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag der Fiko ist. Ich rede jetzt als Fikopräsident. Sie haben in der Begründung gesehen, als Sie unseren Bericht erhalten habt, ist die Fiko klar der Ansicht, dass in der jetzigen finanziellen Situation eine Stellenerhöhung in diesem Umfang nicht tragbar ist. Man hat das schon gehört, immer gute Gründe warum man verschiedene Stellen erhöhen muss, aber in diesem Fall sind vor allem die Begründungen nicht ganz nachvollziehbar oder unklar. Wir haben gehört und gelesen, dass wir bei der letzten Erhöhung von 10% unter anderem um die Wünsche vom Personal herumplante und dass das im Nachhinein ein Fehler gewesen ist. Gleichzeitig macht es jetzt stark den Eindruck, dass man den Fehler, den der Gemeinderat selber schreibt, genau nochmals wiederholt. Denn das bestehende Personal ist nicht in der Lage oder nicht willens, ihr Pensum zu erhöhen. Damit auch an einer Neuorganisation von diesen Aufgaben Raum zu geben. Das macht stark den Anschein, dass man wieder versucht um die Lösungen herum zu planen, welches vor allem am bestehenden Personal dienlich ist. Die angesprochene Neustrukturierung wird damit eigentlich schon am Anfang verhindert, wenn man das bestehende Pensum als gegeben nimmt. Dann wird begründet, dass es schwierig ist, dass man eigentlich nur 30% benötigt, bzw. auch reichen würden und dass wir vor allem die 50% machen, weil es schwierig ist jemand zu finden, welcher für 30% eine Stelle übernimmt. Auch das deutet aus Sicht der Fiko darauf hin, dass man eben die bestehenden Optimierungsmöglichkeiten, die sich auch bieten würden mit bestehendem Personal noch nicht vollumfänglich genutzt hat. Und 3. wurde beim Antrag nichts gesagt, über die Arbeitsbelastung der Schulverwaltung und dass diese unter Druck sind und auch sehr viel Überstunden leisten müssen. Und jetzt höre ich vom zuständigen Gemeinderat, dass es vielleicht doch noch nicht so schlimm ist, weil man ja erst im Juni oder August diese Person anstellen würde. Auch das deutet daraufhin, dass zwar Weise vorausgedacht wird, wie man damit umgehen soll, wenn die Schülerzahlen weiter steigen. Da sind wir uns alle einig und da wird sich die Fiko nicht per se dagegen wehren, dass wenn die Schülerzahlen zunehmen und das Verhältnis von Anzahl Schülerinnen und Schüler und Schulverwaltungspersonal in ein starkes Ungleichgewicht kommt und noch tiefer fallen sollte, dass man dann die notwendigen Anpassungen macht. Aber unser Antrag bleibt trotzdem im Moment so stehen. Die finanzielle Lage lässt im Moment für das nächste Jahr eine solche Stellenerhöhung nicht zu. Man sollte zuerst einmal

die bestehenden organisatorischen Möglichkeiten, ganz bewusst auch, unabhängig vom bestehenden Personal prüfen und schauen was man machen kann und wie auch von der SVP-Fraktion gesagt wurde, sollte sich die prognostizierten Schülerzahlen in einem oder zwei Jahren so bewahrheiten, wie prognostiziert, dann kann man nochmals auf einen Antrag zurückkommen und den Antrag erneut stellen. Aus der momentanen Sicht, der finanziellen Lage und weil offenbar noch nicht alle organisatorischen Möglichkeiten genutzt worden sind, stellt die Fiko den Antrag auf Ablehnung.

Esther Reimann: Die Gemeinde möchte ein attraktiver Arbeitgeber sein. Aus meiner Sicht dürfen nicht nur die Finanzen im Vordergrund sein. Wenn man über das Budget spricht, hat es Sachgeschäfte, wo man sparen könnte, anstatt an der Qualität der Arbeit in der Schule. Das haben wir nicht angesprochen. Die Covid-Situation, die ganze Stellvertretungssituation, wenn Leute ausfallen, das ist unglaublich, was auf die Schule zugekommen ist. Ich habe selber damals Unterricht gegeben und habe erlebt, was die Schulverwaltung für uns macht. Ich sehe in viele andere Schulen hinein. Das ist extrem wie unterschiedlich die Schulen handeln, dass sie einigermassen schauen können, dass die Kinder Unterricht haben und dass dann immer Kolleginnen und Kollegen von neben an dazu kommen, aber wenn die Lehrpersonen, wie gesagt, mehr belastet werden, ist das auch nicht attraktiv. Ich finde die Lebensqualität und das Zusammenleben, ist ja auch ein wichtiger Leitsatz. Die Lebensqualität hat eine hohe Bedeutung und da finde ich auf ein CHF 25 Mio. Budget CHF 60'000 auch nicht viel und es sind vor allem Frauen die diese Arbeitsstellen wahrnehmen. Der Fachkräftemangel ist gross. Da bitte ich, die CHF 60'000 zu bewilligen.

Nico Lalli: Einverstanden. Wir werden es aber morgen sehen. Ich möchte die Diskussion über die Finanzen nicht vorneweg nehmen. Es gibt für jede Ausgabe immer einen guten Grund, weshalb genau diese Ausgabe wichtig ist. Es gibt für jeden Betroffenen einen Grund, weshalb man an einem anderen Ort sparen sollte. Aber wir haben es in den letzten Jahren leider genug gesehen, man spart eben doch nicht und das zeigt sich im Budget und beim Finanzplan. Es sieht alles andere als rosig aus. Darum nochmals unser Appell, in der heutigen Finanzsituation muss man wirklich klar überlegen, was eben wünschenswert ist für einen gewissen Bereich und vielleicht sogar eine Verbesserung bringt aber eben nicht zwingend nötig ist. Aus diesem Grund bitte ich Sie nochmals den Antrag abzulehnen.

Ralph Hunziker: Die Zahlen der Schüler sind offensichtlich, sie steigen und diese werden weiter steigen. Wenn man schon nur, von den 1'050 Schülern ausgeht, was nächsten Sommer anscheinend schon nicht mehr stimmt als Basis, ist man immer noch unter den Empfehlungen der SCASO. Wir sind nicht in einem Bereich, wo man Jahre im Voraus plant, sondern sind real schon hinten nach. Wenn Christian Keller sagt, dass man erst auf den Sommer schaut, macht das Sinn, erst dann die Stelle angeht, vielleicht nicht im August. Ich finde das relativ sportlich, sondern eher ein wenig früher. Dann kommt das neue Schulhaus. Wenn wir es dann haben möchten, müssen wir es jetzt ins Budget nehmen bzw. müssen wir es sprechen und nicht erst, wenn es schon zu spät ist. Ich finde die Argumentation, die du, Nico Lalli, uns darlegst nicht ganz sinnvoll, aber ich verstehe die finanziellen Gedanken trotzdem.

Nico Lalli: Bei den Anzahl Schüler sind wir im gebundenen Rahmen, das stimmt. Sind wir jetzt schon und werden es auch sein. Aber dass man genau dann die 50% benötigt, dann bräuchten wir für die 30 Schülerinnen und Schüler heute schon die 50%. Man muss auch wissen, dass die SCOSA die Lobbyorganisation von den Lehrerinnen und Lehrer ist. Die Lehrer wissen sicher, was sie sagen aber sie sind sicher an der oberen Grenze. Jetzt kann man die Berechnung vom Kanton nachschauen, das ist immer noch publiziert, offenbar nicht aktuell aber auch da fehlt mir dann die überzeugende Grundlage, warum jetzt zu diesem Zeitpunkt eine solche hohe Prozentzahl und noch nicht offenbar andere organisatorische Lösungen geprüft wurden sind. Das Schulhaus alleine kann kein Grund sein, dass man eine Person mehr benötigt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man zwingend jemand im Schulhaus haben muss. Vielleicht ist es auch da, nice to have, aber sicher nicht zwingend. Nochmal, wir bleiben bei unserem Antrag.

Erich Schmid: Erstes wegen der Stellenrevision, Ralph Hunziker hat es gesagt, es ist einfach kein Büro vorhanden für diese Person. Das ist eines der Hauptargumente. Ich nehme an, dass die Schulverwaltung die Person auf den 1. Januar nehmen würde. Er hat aber einfach keine Räumlichkeiten und im neuen Schulhaus gibt es dann die Räumlichkeiten. Die finanzielle Lage das ist ein Problem, da sind wir uns alle einig. In 1 bis 5 Jahren haben wir das Problem genau gleich, einfach verschärft. Jetzt haben wir CHF 28 Mio. Schulden und in 4-5 Jahren werden durch das zweite Goldiland Schulhaus diese weiter steigen. Die finanzielle Lage wird in den nächsten 4-5 Jahren ganz sicher nicht anders. Das ist ein Argument, aber man kann nicht sagen, wir schauen es dann in zwei Jahren an. Beschliessen wir jetzt, dass das nötig ist. Ich glaube das Hauptargument schlussendlich ist, ist die Schule funktionsfähig ja oder nein. Vom Kanton bekommen wir Jahr um Jahr, Kosten um Kosten nach unten geschoben und genauso ist es bei den Aufgaben der Schulen. Herr Hürzeler hat es bei einem Vortrag selber gesagt, die Ressourcierung spare 400% Stellenprozent ein. Wenn Ihr das umrechnet auf die Personenzahl der Gemeinde Obersiggenthal vom Kanton hat, dann macht das 6-7% aus, die er einspart, die er einfach den Schulen weitergibt. Und das sind einfach Tatsachen, dort sind Spezialisten. Hier sind es Schulverwalterinnen, die das beiläufig machen. Diese 6-7% reichen nicht. Nur die Ressourcierung, die Alex Hürzeler beim Kanton einspart und den Gemeinden hinschiebt. Das ist die Konsequenz vom Sparen beim Kanton. Es wurden in den Unterlagen andere Sachen aufgeführt, die wirklich nach unten geschoben wird. Das hat echt zur Folge, dass die Stellen nicht mehr reichen. Entweder macht man Überstunden oder man macht die Vorgaben nicht. Ich habe noch ein zweites Beispiel, es ist relativ neu aber Bruno Gletting kann es bestätigen. Wenn ein Lehrer ausfällt, dann muss ein Ersatz hin. Der muss Stunden übernehmen, dann bekommt er einen Vertrag für die Stunden, die er übernehmen muss. Wenn er Lehrer Donnerstag und Freitag krank ist bekommt die Springerperson einen Vertrag. Ist der Lehrer Freitag bis Montag krank, dann bekommt der Springer zwei Verträge, da es nicht die gleiche Woche betrifft. Die Schulverwaltung macht die Verträge, d.h. es gibt Mehraufwand. Solche Vorgaben kommen ziemlich oft vom Kanton. Es ist auch nicht sehr intelligent aus meiner Sicht, aber das ist ja ein anderes Problem. Ich denke man muss sich das bewusst sein, entweder ermöglicht man eine funktionierende Schulverwaltung und sonst leben wir so weiter und werden die Vorgaben nicht einhalten. Ich denke, es ist gut investiertes Geld. Die Schülerzahl wird ändern, die wird dann auch steigen aber es ist so. Von 1'050 auf 1'060 benötigt es nicht 1% mehr Schulverwaltung, nur weil die Schülerzahl um 1% gestiegen ist. Es ist nicht linear. Das Ganze muss bewältigbar sein und dies ist momentan nicht der Fall. Entweder geben wir der Schulverwaltung die Instrumente in die Hand und sonst lassen wir es bleiben.

Sandra Hehli: Ich habe eine Verständnisfrage zu dieser 50% Stellenerhöhung. Ihr habt im Budget ein Jahressalär von CHF 65'000 eingenommen. Jetzt heisst es plötzlich die Person benötigen wir nächstes Schuljahr. Wieso nimmt man denn die CHF 65'000 ins Budget und nicht nur die Hälfte? Oder wird das noch angepasst mit diesem Antrag? Von dem habe ich jetzt eben nichts gehört. Nicht dass man die CHF 65'000 budgetiert und die Person fängt im August an und dann merkt man, es hat noch Geld übrig.

Christian Keller, Gemeinderat: Es ist in der Vorlage so drin, dass die Stelle ab dem 1. Januar 2023 zu besetzen ist. Man merkte, dass es einfach nicht viel Sinn macht die Stelle anfangs Jahr zu besetzen. Selbstverständlich von der Arbeitslast her, wäre es natürlich gut, aber es hat natürlich auch mit dem Neubezug vom Schulhaus Goldiland zu tun und dass wenn man jemand Neues im Team hat, dass es einfach nicht sinnvoll ist das anfangs Jahr zu machen. Dann haben wir darüber geredet, am besten wäre es vor den Ferien, vielleicht im Juni, das dann die Einarbeitung schon stattfindet. Also es kommt auch darauf an, was herauskommt bei der Ausschreibung der Stelle, was für Bewerbungen da eingehen. Wenn man für die Schulverwaltung eine Stelle ausschreibt, da bekommt man Bewerbungen. Offenbar ist das etwas Attraktives. Da bewerben sich Leute. Ob man aber gute Bewerbungen darunter hat, ist etwas Anderes, das ist eben nicht so sicher. Auch deswegen würde man das noch offenlassen, möchte man wirklich eine Teamleitung haben. Es hängt davon ab, was für Personen sich bewerben. Dann ist es auch anders, wenn man Kompromisse eingeht, wenn man jemanden nimmt, den man in das Ganze erst einführen muss. Es sind einfach noch Faktoren, die offen sind. Und ja selbstverständlich, wenn wir jemanden auf den 1. August einstellen, dann kommt es günstiger.

Sandra Hehli: Also dann kann ich davon ausgehen, dass vom Gemeinderat noch ein Kürzungsantrag kommt?

Christian Keller, Gemeinderat: Ich gehe davon aus.

Sandra Hehli: Also du gehst davon aus, Ihr seid Euch also nicht sicher?

Peter Marten, Gemeinderat: Noch schnell zwei Sachen. Wenn das Geld für etwas eingestellt ist, dann muss es auch für das benutzt werden. Wir möchten hier Geld einstellen für die Stellenerhöhung und wenn die Stellenerhöhung nicht passiert, wird das Geld nicht ausgegeben und das wird das nicht benutzt für Bonuszahlungen oder für irgendetwas. Es kann nur für das sein. Vielleicht habe ich das akustisch nicht verstanden, ist es jetzt 30. Juni oder 1. Juni 2023, wenn man das weiss, wird es entsprechend angepasst. Wenn es hilft, kann man das morgen auch kürzen. Wir kürzen das, mit Stellenantritt 1. Juni 2023. Aber auch hier, wenn dann die Person erst am 1. Juli 2023 anfangen würde, dann ist der Monat nicht zweckentfremdet, dass ist dann nicht ausgegebenes Geld.

Jacqueline Magni: Gefühlt an jeder Sitzung seit ich dabei bin, lassen wir eine Strassensanierung bewilligen und niemand fragt, geht es billiger. Man sagt immer es kostet so viel, wir zahlen. Hier geht es um die Qualität der Arbeit, von Menschen, unser Standort, Kinder und um das Wohl der Menschen, die Obersiggenthal ausmachen. Hier sagt man, aha, vielleicht. Mir ist es unklar, warum man nicht zustimmen kann.

Erich Schmid: Bei der Position im Budget, das Budget ist um die CHF 222'000 und der Aufwand ist um die CHF 180'000. Ich bin der Meinung es sind, CHF 42'000 für diese Stelle eingerechnet, dann wäre die Kürzung ja bereits eingerechnet. Ich weiss es nicht, ich habe es so verstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Stellenplan der Schulverwaltung ist von heute 190% auf 240% aufzustocken.**
- 2. Im Schulbudget 2023 werden Zusatzkosten von CHF 60'000 eingeplant.**

Der Antrag wird mit 21 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Teil 2 der 4. Sitzung, Donnerstag, 29. September 2022

Christoph Villiger: Wir haben verschiedene Entschuldigungen. Entschuldigt hat sich Daniel Jenni, Mia Jenni, Kim Grab, Daniel Gadiant, Edith Saladin, Andreas Baumgartner, Doruntina Hoxha und Lukas Füglistler. Das heisst wir sind 32 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohner. Das macht ein Mehr von 17.

15 2022/39 Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Gemeinderat: Es freut mich sehr, dass ich Ihnen den Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 präsentieren darf. Wir haben eine Rechnung gehabt letztes Jahr, welche deutlich besser war, etwas über CHF 800'000. Wir haben ein tiefes Minus prognostiziert gehabt. Wir haben Nettoschulden per Ende letztes Jahr gehabt von CHF 15.5 Mio. Wir haben ein Budget von diesem Jahr von knapp CHF -500'000 im operativen Ergebnis. Stand heute rechnen wir mit einer schwarzen Null für dieses Jahr. Also was grundsätzlich positiv wäre aber immer noch unter den Voraussetzungen, dass nicht noch irgendetwas total aussergewöhnliches passiert bis Ende Jahr. Wir mussten ein paar Parameter anpassen. Das haben glaube ich alle mittlerweile mitbekommen, dass die Zinsen sich Richtung Norden bewegen, also nach oben gehen. Wir haben beim Entgelt gewisse Anpassungen gemacht und die Einwohnerzahl haben wir auch wieder nach oben angepasst. Das Investitionsprogramm habe ich auch angepasst. Die Teuerung Goldiland haben wir miteinbezogen mit rund CHF 0.9 Mio. Der Dachstock Schulhaus Bachmatt haben wir jetzt mit CHF 1.8 Mio. eingesetzt. Das sind einmal die Grundvoraussetzungen, die wir miteinbezogen haben. Wie sieht das aus, wenn man es auf eine längere Frist anschaut. Ich hatte mal in der Schule ein Englischbuch, ich weiss nicht mehr wie es hiess, dort war Adam, er musste rechnen. Seine Rechnung war ganz einfach. Income 200 Pounds, spending 500 Pounds und dann ist gestanden result misery. Das ist eigentlich, wenn man den Schuldenberg anschaut, Nettoschuld ist das, was uns in der Gemeinde überhaupt nicht gefällt. Es läuft in eine Richtung hin, mit welcher wir nicht glücklich sind. Wir laufen in einen Schuldenberg von rund CHF 43 Mio. Das ist nicht überraschend. Das wissen wir alle, dass das passiert aufgrund unseres Investitionsprogramms, welches wir am Umsetzen sind. Das ist aber auch mit ein Resultat, warum unser operatives Ergebnis schwach ist. Wir haben Mühe im operativen Ergebnis ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können, eine Null. Das sind Zahlen, die nicht wahnsinnig erfreulich sind. Man kann über solch einen Schuldenberg verschiedene Ansichten haben. Man kann argumentieren, dass man ein Jahrhundertprojekt oder Generationenprojekt am Laufen, neues Schulhaus sind wir am Bauen oder das Schwimmbad das sanieren wird. Andere Sachen die laufen, dann ist es durchaus legitim, dass man sich einen Schuldenberg anhäuft. Das sind Generationenprojekte, also darf man da auch Schulden haben. Das Problem, dass wir aber haben in dieser ganzen Übung ist, dass das Korsett, worin wir uns bewegen können, wird einfach immer enger und enger. Das ist ein Zustand, den wir als Gemeinderat nicht möchten. Es ist ein Zustand, den wir als nicht erstrebenswert anschauen. Darum wird es eine von den Aufgaben sein, Weichen zu stellen, dass wir die Nettoschulden nach unten holen. Dass das nicht ganz so eine einfache Übung ist, hat dieses Jahr das Budget gezeigt.

Ihr habt es gesehen, wir haben ein Budget von knapp CHF -600'000 im operativen Ergebnis. Das ist sicher nicht berauschend. Das ist auch nicht ganz das, was wir uns erhofft haben. Aber wo wir am Anfang die ersten Zahlen zusammengetragen haben, waren wir deutlich höher mit CHF -1.2 Mio. Wenn man beginnt zu streichen, dann gibt es immer Posten, über die man diskutieren kann, ob man diese streichen soll oder nicht. Aber irgendwann gibt es Posten, die man nicht streichen kann. Also keine erfreuliche Aussicht.

Was will der Gemeinderat machen oder was ist angedacht. Hier ist noch eine Folie für diejenigen, die es lieber graphisch haben statt mit Zahlen. Im Verkauf wäre das nicht sehenswert. Ich möchte es nicht ins lächerliche ziehen. Es zeigt einfach den Ernst der Lage, die wir haben. Die Nettoschulden, das ist einfach ein Level, das geht nicht. Wir müssen einen Weg finden, die Nettoschulden zu verringern. Wir haben es noch nach unten gebrochen auf die Einwohner. Auf dieser Folie sieht Ihr auch, dass unsere Selbstfinanzierung ungenügend ist. Das führt eben dazu, dass man höhere Schulden anhäuft. Eine nicht sehr erfreuliche Aussicht.

Ich habe vorher angekündigt, dass wir Gegensteuer geben. Was machen wir? Es ist immer

noch ein Postulat hängig, dass der Einwohnerrat mal überwiesen hat. Ich habe gesagt, Bumerang Postulat, das kommt wieder zurück. Ich bin auch froh, dass es zurückkommt, weil das eine Frage ist, die wir beantworten müssen. Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, dass man das in der Dezember Sitzung beantworten werden. Der Gemeinderat hat die Massnahmen noch nicht definiert. Aber es ist nicht Raketenphysik, was wir hier brüten müssen, sondern es wird ein Strauss sein von Massnahmen. Die Massnahmen werden wenig angenehm sein. Egal aus welchem Lager man jetzt kommt oder welchen Blickwinkel man jetzt auf das hat. Ich denke es wird darüber hinauslaufen in der Arbeitshypothese, dass man gewisse Projekte streichen müssen. Dass man schaut, dass wir unseren Aufwand reduzieren. Und es wird auch sein müssen, dass wir unsere Erträge steigern können. Erträge steigern gibt es zwei Sachen, die man machen kann. Eines wird sicher sein, können wir Baurechtszinsen irgendwo generieren. Ein anderes Thema wird sein, dass es eine Steuerfusserhöhung für den Schuldenabbau nötig sein wird. In den Worten der Fiko ist das die ultima ratio. Ich bin nicht zwingend aus einer Partei, die eine Steuerfusserhöhungen propagiert, aber ich glaube aus heutiger Sicht geht es nicht ohne eine Erhöhung. Wenn man das in einer Frist erreichen möchte, dass man ein Level hat, dass man uns wieder bewegen können.

Wir haben eine schöne Gemeinde. Wir haben eine Gemeinde mit einer guten Infrastruktur, da sind wir uns alle einig. Die Infrastruktur kostet. Die Infrastruktur muss erneuert werden und für das braucht es Mittel und für das braucht es irgendwo auch ein Verzicht und Erträge, dass man die finanzieren kann.

Also wir haben zusammenfassend eine bessere Ausgangslage, als im 2021. Das Jahr 2022 habe ich schon gesagt. Im 2023 kein ausgeglichenes Budget. Das habt Ihr ja auch schon festgestellt. Das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht, habt Ihr auch schon festgestellt, ist nicht erfüllt. Das hat auch die Fiko korrekt anerkannt und erkannt. Den Aufgaben- und Finanzplan müssen wir überarbeiten. Wir haben bewusst gesagt, wir machen diesen Aufgaben- und Finanzplan, den ich Ihnen hier kurz dargestellt habe, noch nach alter Mythologie, d.h. wir führen fort auf, was wir wissen. Wir haben mit anderen Worten die Projekte einbezogen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, wo man davon ausgehen kann, dass sie kommen. Das heisst aber nicht, dass die in den Aufgaben- und Finanzplan drin sind auch wirklich kommen. Es ist einfach mal aufgeführt. Das war ein Wunsch vom Einwohnerrat vor ein paar Jahren, wo man sich manchmal gewehrt hat, da tauchen Projekte aus dem Nichts auf. Klar in einem Jahr muss man eine grosse Sanierung machen für CHF 1 Mio. Hat man das nicht schon ein Jahr früher gewusst. Darum nimmt man diese. Das wären meine Worte zum Aufgaben- und Finanzplan. Keine super Aussichten. Ich denke Handlungsbedarf ist angezeigt.

Wenn ich noch zu den Spezialfinanzierungen gehe, dort vielleicht auch noch eine Bemerkung oder zwei. Beim Abfall ist es so, dass wir ja gestern das Postulat entgegengenommen haben, für mögliche Anpassungen im Bereich der Entsorgung. Das könnte möglicherweise Investitionen auslösen, wenn das kommen würde. Darum haben wir gesagt, wir lassen den Abfall auf der Ertragsseite, so wie er ist. Dort könnten aber Kosten auf uns zukommen. Beim Wasser und Abwasser haben wir das Thema mit dem Gebührenabtausch, welches um ein Jahr verschoben wurde und sonst haben wir die Gebühren unverändert gelassen. Verschuldungen sind über die Jahre hinweg stabil.

Christoph Villiger: Bernhard Wehrli nimmt Einsitz für allfällige Detailfragen. Nach dem wir nun den Gemeinderat gehört haben zum Aufgaben- und Finanzplan, wird die Fiko, was dazu sagen und dann können noch Fraktionsmeinungen kundgetan werden allgemeiner Art zu dem Aufgaben- und Finanzplan. Wir nehmen den als Einwohnerrat einfach zur Kenntnis. Budgetberatung würden wir dann nachher zusammen machen und wir werden dann nach den Funktionsgliederungen gehen und am Schluss gibt es dann eine Gesamtabstimmung.

Nico Lalli: Danke dem Gemeinderat, Peter Marten für die Ausführungen. Jeweils ganz im Voraus, ich möchte im Namen der Fiko, Bernhard Wehrli und Peter Marten danken und am Schluss auch dem ganzen Gemeinderat, für den guten und konstruktiven Austausch, den wir hatten. Die Diskussionen über das Budget, das könnt Ihr Euch alle vorstellen, die waren nicht

immer einfach, sind immer sehr intensiv gewesen. Auch wenn wir uns nicht überall einig gewesen sind, haben wir einen guten Modus gefunden und es gab die eine oder die andere Optimierungsmöglichkeit. Beim Zeitplan z.B. Bernhard Wehrli, das weisst du aber auch da, dass sind Kleinigkeiten und da werden wir uns finden bzw. meine Nachfolgerin.

Jetzt ein paar Worte zum Aufgaben- und Finanzplan. Da es die Erste und auch die letzte Ehre als Finanzkommissionspräsident sein wird, habe ich mir da erlaubt, noch grundsätzlichere Gedanken zu formulieren. Zuerst auch da, es freut uns zu hören, dass der Gemeinderat die Situation, in welche sich die Gemeinde drin befindet, dass er sich dieser Situation bewusst ist und auch uns angekündigt hat, dass es sich dieser Situation annehmen möchte.

Jetzt zu der Position von der Fiko und meine eigenen Gedanken zu diesem Aufgaben- und Finanzplan. Sie haben es sicher gemerkt, wenn Sie den Bericht gelesen haben, dass die Fiko nicht erfreut und besorgt ist über die Finanzlage unserer Gemeinde. Sie ist besorgt über das operative Defizit das auf lange Frist im negativen Bereich sein wird und sie ist, das hat auch Peter Marten gesagt zusammen mit dem Gemeinderat, natürlich auch besorgt, auf den sich fortsetzende akzentuierten Schuldenanstieg. Jetzt zu den Schulden, das hat auch Peter Marten vorhin gesagt, sind nicht per se etwas Schlechtes. Die Schulden sind ja vor allem Kosten, die man in die nächste Generation überwälzt und das ist manchmal nötig und sinnvoll. Ich denke, das Schulhaus, welches wir beschlossen haben, so kann auch grössere Investitionen entwickeln und das kommt auch der nächsten Generation zu Gute und dann ist es auch wichtig, dass sich die nächsten Generationen sich an diesen Investitionen beteiligt. Schulden sind aber auch gefährlich oder können gefährlich sein. Nämlich dann, das wissen alle, die ein Haus oder eine Hypothek haben, wenn man nicht das entsprechende Einkommen hat, die die Schulden auch tragbar machen und wenn nicht das entsprechende Einkommen oder Vermögen hat, kann man die Schulden nicht über die Dauer abschaffen. Auch die Schulden, das wissen alle, die das schon mal hatten oder immer noch haben, das setzt auch gewisse Sparsamkeit und gewisse Priorisierungen voraus, es sei denn Sie sind Multimillionär und haben Schulden aus steuerlichen Gründen. Aber sonst muss man auch im Privaten sparen und priorisieren, damit man die Schulden tragen kann und das gleiche Prinzip das gilt ja auch für die Gemeinden. Denn nur so und das ist eigentlich mein Hauptpunkt, ist es auch möglich, dass wir der zukünftigen Generationen eine nachhaltige Finanzsituation überlassen können, damit auch die wieder Investitionen tätigen können, die sie benötigen.

Wenn man jetzt im Aufgaben- und Finanzplan auf der Schuldenseite schaut, dann sagt diese ganz klar, dass unsere Gemeinde nicht nur zu wenig Einkommen hat, sondern im Gegenteil. Die Schulden, die wir schon haben, die kommenden Investitionen und sogar das operative Defizit, jedes Jahr noch grösser werden. Dazu kommt noch, was uns auch stark besorgt, ist das im Moment keine Ansätze vorhanden sind, wie sich diese Situation verbessern könnte. Der Gemeinderat hat uns glaubhaft versichert, dass man die Erwartungen im Fikobericht ernstnimmt und sich diesen Problemen stellen möchte. Jetzt bin ich, wie alle hier drin, Realist genug, dass das nicht ein einfaches Unterfangen sein wird. Einfach weil auch die unterschiedlichen Erwartungen von den Parteien, meistens sehr unterschiedlich sind. Und so besteht dann aber auch aus meiner Sicht, die grosse aber auch die realistische Gefahr, dass wir in einem Jahr wieder hier stehen und wieder am gleichen Punkt sind und wieder über die gleichen Herausforderungen diskutieren. Vielleicht mit dem Unterschied, dass die Schulden schon ein bisschen gewachsen sind und deshalb finden wir, dass die Sanierung der Finanzierung noch anspruchsvoller wird.

Und da kommen wir alle ins Spiel. Gemeinderat aber auch der Einwohnerrat und jeder einzelne Bürger dieser Gemeinde. Roman Herzog hat in seiner berühmten Berliner Rede einmal gesagt: "Durch Deutschland muss ein Ruck gehen". Ich sage heute, ich glaube das auch. Durch Obersiggenthal muss auch ein Ruck gehen. Wir müssen, glaube ich, erkennen, dass es finanzpolitisch verantwortungslos ist und es uns langfristig schadet, auch wenn es kurzfristig vielleicht eine attraktive und eine einfachere Lösung ist. Es ist an der Zeit, dass wir die Augen vor der finanzpolitischen Realität nicht mehr verschliessen. Es ist an der Zeit, dass die Politik, dass die gewählten Vertreterinnen im Gemeinderat, dass wir als Einwohnerräte aber, dass

auch die politischen Parteien das Zepter wieder in die Hand nehmen. Wir müssen gemeinsam die Verantwortung gegenüber der nächsten Generation wahrnehmen und denen eine nachhaltige Finanzsituation hinterlassen. Aber auch da bin ich Realist genug, dass ich weiss, das wird kein Spaziergang. Es wird Verzicht benötigt. Es wird Härte und unangenehme Diskussionen benötigen. Das werden wir heute sehen, das haben wir gestern schon gesehen. Es wird Kompromisse benötigen von allen, die hier drin sind. Es wird aber auch viel Überzeugungskraft benötigt, von uns allen aber auch von den Parteien, die am Schluss, die schmerzhaften Massnahmen dem Volk überzeugend verkaufen müssen.

Ich komme zum Schluss. Habe ein Zitat von John F. Kennedy: "Unsere Probleme sind von Menschen gemacht und deshalb können diese Probleme auch von Menschen gelöst werden". Ich glaube und ich bin überzeugt, dass das auch für Obersiggenthal und auch für die Finanzen von Obersiggenthal zutrifft. Und ich glaube an Euch alle, dass wir die Verantwortung wahrnehmen können und damit auch die erwarteten Arbeiten im Namen oder im Sinne von allen Bürgerinnen und Bürger erledigen können. Damit nehmen wir den Finanzplan zur Kenntnis. Wir nehmen ihn mit Sorgfalt zur Kenntnis und wünschen allen, viel Glück und Erfolg. Ich glaube jetzt in der nachfolgenden Budgetdebatte ist das erste Mal die Möglichkeit da, dass man zeigen kann, dass wir eben doch verantwortungsvoll mit den Finanzen der Gemeinde umgehen können.

Mara Jenni: Wir, von der SP-Fraktion, bedanken uns bei der Gemeinde für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans 2023-2027. Es ist gut zu sehen, dass unsere Gemeinde auch im Bereich Finanzen konsequent vorwärts denkt. Wir begrüssen, dass alle möglichen aber nur die notwendigen Investitionen im Aufgaben- und Finanzplan aufgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang muss man sehen, dass die Zahlen, die vor uns liegen, eben nur eine Prognose sind und deshalb der Aufgaben- und Finanzplan mit einer gewissen Ruhe betrachtet werden muss. Unsere Gedanken von der SP-Fraktion zum Aufgaben- und Finanzplan sind folgende: Primär ist mal erfreulich, dass im Vergleich mit den Aufgaben- und Finanzplänen der letzten Jahre, die prognostizierte Verschuldung sinkt. Schaut man die prognostizierten Schulden für das Jahr 2025 aus dem Aufgaben- und Finanzplan vom 2020 an, dann steht dort CHF 48'755'000. In diesem Aufgaben- und Finanzplan steht bereits CHF 37'501'000. Das zeigt 1. das unsere Gemeinde durchaus Fortschritt macht und sinnvoll budgetiert und 2. eben auch der Aufgaben- und Finanzplan ist manchmal schwarzmalersch. Deshalb auch nicht unbedingt tauglich, wilde Streichungsanträge argumentativ zu unterstützen. Wir denken unter anderem deshalb auch das die jetzt prognostizierte pro Kopfverschuldung von CHF 4'800 im Jahr 2027 eher grosszügig berechnet ist. Gleichzeitig ist es extrem wichtig zu betonen, dass beim Betrachten des Aufgaben- und Finanzplans nicht vergessen gehen darf, dass jede Verschuldung auf der anderen Seite eine Investition im Lebensraum in Obersiggenthal darstellt. Ein Schwimmbad, Schulhäuser, trockene Turnhallen, fussgängerfreundliche Quartierstrassen, ein gutes Bildungsangebot etc. Unsere Gemeinde bietet den Einwohner viel und das dürfen wir hochhalten. In dem Sinne werden wir den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen und wir bedanken uns nochmals für die Auflistung.

Peter Huber: Die SVP-Fraktion hält sich kurz. Der Fikopräsident, Nico Lalli, hat eigentlich schon alles gesagt, was wir auch denken und hat uns eigentlich aus dem Herzen gesprochen. Die Ausgangslage sieht ziemlich schwarz aus. Auch für uns. Wir müssen sicher was machen damit. Ich hoffe auch, dass wir den Mut haben zu einer Steuererhöhung im richtigen Moment.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 besorgt zur Kenntnis genommen, wie schon seit Jahren. Zu den Investitionen, so sind seit diesem Jahr Grossprojekte, mit dem Schulhaus Neubau und Sanierung Hallen- und Gartenbad, im Gange und diese erhöhen die Schulden markant. Die Liste für die geplanten Investitionen ist trotz Straffung immer noch sehr hoch. So wartet zusätzlich im 2023 noch CHF 2.7 Mio. Investitionen auf die Bewilligung. Nächstes Jahr überschreiten wir die maximale Nettoschuld pro Einwohner von CHF 2'500 mit CHF 3'100 deutlich und sie wird bis CHF 4'500 ansteigen, gemäss Aufgaben- und Finanzplan. Es sind angehäuften Schulden, die wieder abgebaut werden müssen. Noch immer wissen wir nicht, wie die Schulden wieder abgebaut werden sollen. Ich habe letztes

Jahr bereits gesagt, dass der Horizont nicht ansatzweise erspäht werden kann um die hohe Verschuldung abzubauen. Bis anhin konnten wir von den tiefen Zinsen profitieren. Ich möchte nicht daran denken, wie steigende Zinsen plötzlich aus einem Schuldenhaufen einen Schuldenberg machen und die laufende Rechnung noch stärker belastet. Der Steuerfuss wird mit 110% für alle Planjahre belassen. Das ist ein Zeichen an die Bevölkerung, dass man alles unternimmt, um mit diesen Steuerfuss Einnahmen sowie Ausgaben zu stämmen. Eine weitere Belastung vom Steuerzahler käme in der momentanen Situation nicht in Frage. Trotzdem fällt es schwer zu glauben, dass wir gemäss Plan die Erfolgsrechnung ab 2024 mit je CHF 1.5 Mio. Defizit die finanzielle Situation im Griff hätten. Mir drängt sich die Frage auf, wieso Obersiggenthal bei der Arealentwicklung der Art lange benötigt, wenn da das grösste Potential für neue starke Steuerzahler schlummern. Ich wiederhole mich vom letzten Jahr. Auf den Punkt gebracht kann man sagen, wir haben viele Investitionen. Die Verschuldung nimmt zu. Die Steuerkraft bleibt zu schwach. Es fehlen zahlungskräftige Steuerzahler. Der Steuerfuss von 110% ist auf die Dauer nicht realistisch und uns fehlt der Horizont, wie wir die Schulden wieder abbauen. Ich glaube seit Jahr für Jahr beende ich mit dem gleichen Satz. Was wollen wir uns in Obersiggenthal leisten und was sind wir bereit dafür zu zahlen?

Anand Keshava: Es ist schon seit längerem klar, dass die Gemeinde in einer schwierigen finanziellen Situation ist. Wir finden, dass es dem Finanzplan nicht gelungen ist, nicht einmal ansatzweise einen Ausweg zu zeigen, auf der Kostenseite sehen wir weder Einsparungen, noch auf der Einnahmeseite eine Strategie, wie wir aus dieser Misere herauskommen. Die einzige Lösung ist offenbar eine Steuererhöhung. Wir glauben nicht, dass es das Richtige ist. Das macht es aus finanzieller Sicht für neue Steuerzahler und längerfristig, wird das, aus unserer Sicht, nicht viel bringen. Denn die reichen Gemeinden sind nicht diejenigen mit einem hohen Steuerfuss. Das ist auch unserer Sicht der Grund weshalb wir über kleine Sachen diskutieren müssen, wie WC-Türen und Türschilder. Wir erwarten vom Gemeinderat eigentlich eine Strategie.

Erich Schmid: Wir haben die Sache natürlich auch angeschaut. Ich möchte ein paar Sachen sagen zum Eigenwirtschaftsbetrieb. Im Aufgabenplan sind das mehr oder weniger normale Verschiebungen. Verschiebung von der Gebührenanpassung, das haben wir glaube ich schon zum vierten Mal verschoben. Irgendwann ist es dann notwendig, dass man die wirklich macht. Was man auch gesehen hat, ist das Abwasser und Abfall eigentliche grosses Vermögen haben. Peter Marten hat das aufgeführt. Im Abfall mit dem Postulat, mit dem nach dahinter gehen möchte. Das Abwasser war zwischendrin mal negativ und jetzt hat es aber wieder ein sehr grosses Vermögen. Zur Erinnerung, grundsätzlich sollten die Eigenwirtschaftsbetriebe langfristig eine schwarze Null anstreben. Was ebenfalls aufgefallen ist, dass die Wasserversorgung zwar immer noch eine Verschuldung haben wird aber wesentlich geringer als bislang prognostiziert rund CHF 800'000 ist. Dann zu der Einwohnergemeinde, die markantesten Änderungen sind sicher die Teuerung beim Schulhaus, der im Bau ist und auch der Dachstock im Bachmatt, was zusammen ca. CHF 2,7 Mio. Zusatzkosten ergeben. Beim Finanzplan, welcher jetzt CHF 40 Mio. Schulden ausweist, im Jahr 2027, ein kürzerer Zeitraum ist, wie der Aufgabenplan. Im Aufgabenplan sind dann ab 2033 ganz grosse Brocken enthalten. Die Verschuldung wird ab dann massiv noch einmal zunehmen, sofern, die Sachen, die dort aufgelistet sind, alle kommen. Sie werden sicher teilweise kommen. Gebäudesanierung werden kommen. Vielleicht nicht mit diesen CHF 11 Mio. die eingetragen sind aber die werden irgendwann kommen. Über den zweiten grossen Brocken ab 2033 ist sicher das zweite Schulhaus im Goldiland. Da habe ich aus finanzieller Sicht immer noch die Hoffnung, dass es nicht benötigt wird. Es kommen aber noch zusätzliche Investitionen. Die Korrektur im Prozent von den Entwicklungen, die nach oben korrigiert worden sind, sind vernünftig. Es haben schon verschiedene darauf hingewiesen, dass die zukünftigen Schuldzinsen plötzlich von, ja es ist eine kleine Position im Budget, plötzlich ganz markante Zahlen kommen können. Insbesondere wenn die Schulden so hoch sind. Die Selbstfinanzierung bleibt tief, das operative Ergebnis wird klar schlechter. Peter Marten hat das schon aufgeführt. Zu der Aussage von Mara Jenni, dass die Schulden weniger stark entwickelt sind in den Finanzplänen, das ist so. Das ist immer Schwarzmalerei. Sie werden nie so schnell schlecht aber sie werden schlecht, nämlich zwei Jahre später. Die ganzen weniger stark entwickelten Schulden, die stammt eher von Projektverschie-

bungen als von Projektabsagen. Dass muss man sich einfach bewusst sein. Die ganzen Strassensanierungen, das wird immer vor sich hergeschoben und irgendwann kommt das. Irgendwann kommt der Kirchweg. Wenn man den Aufgabenplan anschaut, dass der Kirchweg immer verschoben worden ist. Die Schulden kommen irgendwann, verschoben aber sie kommen. Wir sind auf jeden Fall gespannt auf die Beantwortung vom Schuldenabbau. Peter Marten hat das angetönt, dass das auf uns zukommt. Wir sind alle der gleichen Meinung, die finanzielle Entwicklung in der Gemeinde ist mehr als angespannt im Moment.

Christian Blum: Ich möchte mich anschliessen. Aus dem Finanzplan sieht man eigentlich, dass die Gemeinde vor einer grossen Herausforderung steht, dass es jetzt zu einer schlimmen Situation kommt, wenn jetzt da nicht schnell Gegenruder gegeben wird. Im Moment fühlt es sich so an, als hätten wir die Ruhe vor dem Sturm. Das Ergebnis 2021 ist unerwartet gut. Das von 2022, haben wir heute gehört, ist eine schwarze Null. Es mag dazu verleiten, dass man auf das Prinzip Hoffnung setzt. Also es wird schon gut. Das wäre mit Sicherheit falsch und dass wir nicht warten, bis uns ein kalter Wind ins Gesicht schlägt. Die FDP-Fraktion teilt daher die Ansicht der Finanzkommission, dass das eine strategische Leistungsanalyse unter konsequenten Verzichtsplanung braucht und dass die bald ausgeführt wird.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Der Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 wurde zur Kenntnis genommen.

16 2022/40 Budget 2023

Eintreten nicht bestritten
—

Peter Marten, Gemeinderat: Meine Ausführungen zum Budget 2023 werde ich anhand von dieser Agenda, mit Ihnen teilen. Ich komme zuerst zur Ausgangsbasis. Die Ausgangsbasis waren die Rechnungen Budget 2021 und 2022. Ertragsüberschuss im Budget 2021 CHF 875'000, Aufwandsüberschuss dieses Jahr prognostiziert CHF 497'000, das operative Ergebnis Null. Mindestens ich ver falle deswegen noch nicht in das Prinzip Hoffnung, dass das auch noch klar formuliert ist. Was haben wir sonst noch drin. Wir haben Lohnanpassungen vorgesehen im Jahr 2023 von +1.4%. Das beinhaltet die strukturelle Lohnanpassung von 0.4%. Ich glaube das haben wir auch schon intensiv erklärt, was eine strukturelle Lohnerhöhung ist. Ich glaube, ich verzichte darauf.

Was ist die Vorgabe gewesen? Sach- und Betriebsaufwand haben wir mal gesagt, wir wollen Budget 2022 erreichen. In der Formulierung von den Zielsetzungen, sind wir von einem operativen Ergebnis Null ausgegangen. Wenn man das Resultat anschaut, möchte nicht wieder mein Englisch zitieren aber ich muss sagen, offensichtlich Ziel verfehlt. Wenn man das genauer anschaut, haben wir ein operatives Ergebnis von CHF -595'000. Ich zeige Ihnen, dass Sie sich gedanklich schon vorbereiten können, die Folie 7. Das ist dann ganz am Schluss. Dort werde ich einfach darauf eingehen, auf die Punkte, bei dem der Gemeinderat gleicher Meinung hat, wie die Fiko. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man die streichen kann. Ich zeige Ihnen gleich, was das bedeutet.

Pumptrack

Der Gemeinderat hat kommuniziert, dass er das Geschäft zurückziehen wird. Da haben wir auch ein Signal vom Verein, dass das so im Moment in Ordnung ist. Der Gemeinderat steht weiterhin hinter dem Pumptrack, aber das seht ihr dann auf der Folie 7.

Ergebnis Investitionsrechnung und Selbstfinanzierung reicht nicht ganz. Finanzierungsfehlbetrag CHF 4 Mio. Jetzt schlagen natürlich all die Kosten ein, für die Projekte, die wir haben, insbesondere auch das Schulhaus.

Wenn wir weitergehen, wie werden unsere Steuergelder ausgegeben? Wir sehen, dass die Bildung einen recht grossen Block ausmacht. Von CHF 100 wird doch CHF 35 für die Bildung ausgegeben. Soziale Sicherheit 20.89%. Dann haben wir noch andere Themen wie Sicherheit, Verkehr und Volkswirtschaft. Das ist in diesem Fall ein Business, das man ausbauen müsste. Da macht es jetzt nicht negativ aus. Das sind aber Spezialeffekte. Also da kann man kein Business Case im Moment daraus machen. Aber das ist einfach die Verteilung, wenn Ihr privat die Steuern bekommt, dann legt der Kanton seinen Anteil auch drauf. Dann könnt Ihr einmal vergleichen, wo die Differenzen sind zwischen dem Kanton und uns. Für die, die das interessiert.

Wenn wir weitergehen, Steuern, das sind aber diejenigen, die für das nächste Jahr prognostiziert haben. Wir haben eine Steuerertrag von rund CHF 1 Mio. über dem Budget vom Jahr 2022. Wir sind der Meinung, dass die Steuerrevision vom Kanton hier mit dabei ist. Wir haben die Sondersteuer 2023 ins Budget genommen, insbesondere wegen den Grundstückgewinnsteuern. Wir sind im Moment in der Situation, dass relativ viel vor allem Gebäude an Hanglage verkauft werden. Neue Sachen werden daraus gebaut und es gibt Grundstückgewinnsteuer die uns helfen. Das ist jetzt ein Trend, den wir noch nicht das Gefühl haben, dass dieser abgeschlossen ist, sondern dass er im Moment anhalten wird. Auch hier könnten wir lange diskutieren, ob die steigenden Zinsen einen negativen Einfluss haben wird auf die baulichen Tätigkeiten. Mindestens diese Woche in der Presse mal gelesen, dass das nicht so sein wird. In aller Bescheidenheit Obersiggenthal ist eine gute Wohnlage.

Wo haben wir die grösseren Abweichungen? Wir haben hier Mal einige Posten aufgeführt. Website Erneuerung, Corporate Design, die kommen noch, in der IT stehen Tests an, Polizeiausgaben für mehr Kontrollen, Betriebsamt, Feuerwehr hat es diverse Anschaffungen gegeben. Kleinvieh, das mit der Zeit ein Häufchen gibt. Grössere Brocken gibt es bei der Bildung. Das sind die Beiträge an den Kanton, die hoch ausfallen mit CHF 278'000. Dann die IT-Kosten, haben wir jedes, ich muss schnell schauen, dass ich es richtig sage, haben wir die iPads, welches die Kinder erhalten, haben wir von den IT-Kosten in das Projekt fliessen lassen. Bis das Projekt abgeschlossen ist, erscheint es auch immer in der Rechnung, das ist auch klar. Dann gibt es Posten die weit besser aussehen z.B. Beitrag Chinderhuus. Im Unterhalt Hochbau haben wir dieses Mal relativ viel eingesetzt im Bereich Sporthalle, die CHF 140'000 höher sind als im Vorjahr. Aber auch das Hallen- und Gartenbaddefizit bleibt höher.

Das sind, wenn wir die vier grössten Positionen anschauen, das wären die roten Positionen. Das macht alleine schon CHF 628'000 aus. Das ist nicht ganz so einfach, wie sollen wir plötzlich CHF 200'000-300'000 aus der Rechnung streichen? Wenn wir weitergehen, wir haben ja noch weitere Abweichungen: Pumptrack; bei der Pflegefinanzierung scheint es eher zu sinken, wird aber direkt wieder kompensiert durch höhere Beiträge an die Kinderkrippen oder an die Restkosten Sonderschulungen mit Mehrkosten von CHF 149'000 gegenüber dem Vorjahr.

Wir versuchen auch unsere Hausaufgaben zu machen und machen sie auch. Wir haben z.B. Verwaltungskosten, angepasst, die wir für die Spezialfinanzierungen abwälzen können. Das machen auch CHF 16'000 aus. Die Finanzausgleichszahlungen, insbesondere dort dürfen wir jetzt mehr erwarten. Im Zinsumfeld ist es so, es wurde noch nicht alles durchgeschlagen. Wenn nicht alles lange Laufzeiten sind, das ist eine Politik, die wir seit Jahren verfolgen, werden die Zinsen bei Neuabschlüssen steigen. Das geht dann in das Thema rein, dass Daniela Graubner gesagt hat. Auch deswegen müssen wir schauen, dass die Schulden kleiner werden. Den Stellenplan haben wir so einberechnet bei der Schulverwaltung. Ich glaube darüber haben wir gestern schon diskutiert. Das müssen wir heute nicht mehr zwingend weiterbehandeln.

Die 30% bei der Abteilung Soziales wurde bereits bewilligt. Bei den Hauswarten soll es eine Erhöhung um 60% geben für das Schulhaus Goldiland. Die Energieproblematik, was heisst das?

Wir haben das versucht, darzustellen, was bedeutet dies, Strommangellage, was kommt da auf uns zu? Da muss ich jetzt spicken. Wir haben im Konto 3120 Ver- und Entsorgung Liegenschaft mit rund CHF 550'000 mit ins Budget einberechnet. Das ist +/- gleich stabil wie in den letzten Jahren. Bei einer Steigerung von 25%. Das wird CHF 135'000 ausmachen. Wir haben dort nicht nur Stromrechnungen drin im Umfang von CHF 250'000, sondern da ist noch Wasser und Abwasser, Holz. Also wir rechnen, wenn man das abzieht auf die reduzierte Summe von CHF 400'000, ergibt das Mehrkosten von etwa CHF 100'000. Es ist im Moment unklar, mit welchen Sparmassnahmen, kann man dem entgegenwirken. Das ist ja schlicht weg weniger verbrauchen, also weniger konsumieren, heisst weniger zahlen. Also da sind wir dran, das konnten Sie ja lesen. Es war in der Presse, Bettina Lutz Güttler hat das gestern skizziert, dass wir da eine Arbeitsgruppe lanciert haben und diese sich mit dem Thema auseinandersetzt. Also auch da ist der Gemeinderat aktiv.

Wenn wir da andere Posten anschauen möchten, was wir haben, ist die ganze Teuerungssituation. Dann das Thema Inflation, über das haben wir jetzt auch noch nicht gross gesprochen, hat das irgendwie Auswirkungen? Ja das hat Auswirkungen. Das hat vor allem einmal Auswirkung gehabt auf den Aufgaben- und Finanzplan. Wenn man in einem Jahr von einer Teuerung ausgehen, heisst das, dass all diese Projekte, die wir in Zukunft eingesetzt haben, mit Tendenz mit einem Faktor von 1.1% wahrscheinlich schon kommen sollte, höher angesetzt, alleine aufgrund der Inflation. Was wir nicht wissen ist, wie das jetzt durchschlagen wird überall im laufenden Betrieb. Verbrauchsmaterialien, Ersatzbeschaffungen, die plötzlich auftauchen also das wird sicherlich noch Auswirkungen haben, mit welcher wir damit auseinandergehen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor, den ich auch noch nicht angesprochen habe, ist der Konflikt in der Ukraine. Da ist es so, dass es für uns auch schwierig abzuschätzen ist, was da jetzt geht. Wir stellen auf der einen Seite fest, dass gewisse Flüchtlinge wieder zurückkehren. Wir haben eher das Szenario, dass die Flüchtlinge eine Zeit lang hierbleiben werden. Das generiert natürlich auch gewisse Mehraufwendungen, die anfallen in den verschiedenen Bereichen. Und Mehraufwendungen haben in der Regel die Tendenz dazu, dass sie zu Mehrkosten führen.

Dann gibt es die Spezialfinanzierungen. Da sehen wir, dass wir beim Wasser und Abwasser Ertragsüberschüsse haben. Beim Abfall haben wir einen Aufwandsüberschuss. Die Gebührenanpassungen hast du schon vorhin skizziert Erich Schmid, wurde ein Jahr nach hinten verschoben. Wir müssen schauen, dass wir das beim Budget vom nächsten Jahr umsetzen können und sagen, so und so ist es. Wasser- und Abwassergebühren müssen nächstes Jahr sicher in die Hand genommen werden.

Der Streichungsantrag der Fiko für Zimmeranmeldestationen, ersetzen durch Anklopfen oder Schildern. Dem ist der Gemeinderat bereit zuzustimmen. Das heisst, wir würden das Konto schon um CHF 3'500 entlasten. Die Kosten waren CHF 4'500 plus CHF 1'000 für den Stromer.

Dann die Garderobengeschichte, die auch skizziert wurde, als nicht so wahnsinnig wichtig, hat der Gemeinderat hier mit CHF 16'400 herausgestrichen.

Die Stellenerhöhung Schulverwaltung haben wir gestern eine Diskussion gehabt, wann beginnt die Person. Wir haben mit 30. Juni gerechnet. Das bringt eine Entlastung von rund CHF 32'500 oder bis die Person beginnt.

Dann die Ersatzduschblöcken, der Kauf von drei Duschblöcken, sind wir mit der Fiko einig, dass wir auch nur zwei Duschblöcke ersetzen. Damit sparen wir uns einen Duschblock mit CHF 20'100. Im Moment ist er raus, das ist wichtig und das ist auch richtig so. Den haben wir zurückgenommen und mit den zwei sollte man hantieren können.

Den Antrag Pumptrack haben wir zurückgestellt. Das haben wir kommuniziert, wir haben auch kommuniziert warum. Es ist noch unklar, wo man diesen machen möchte, wenn den irgendwo macht, fallen Zusatzkosten an und wir wollten nicht mit einem Projekt kommen, das unklar ist, wo es hinkommt und nachher gibt es Zusatzkosten, d.h. es ist Salomitaktik. Einmal kommen wir mit CHF 20'000 und einmal kommen wir noch mit dem. Wir wollen mit offenen

Karten spielen. Wenn der Pumptrack kommt und wir uns als Gemeinde daran beteiligen, wollen wir die Karten auf den Tisch legen und sagen, das ist es. Dann kann man es teilen oder nicht. Aber wie geschrieben, der Gemeinderat steht hinter dem Projekt Pumptrack.

Dann ist noch der Wegfall der Projektierung der Bushaltestelle. Das ist das, was ich an der Fraktionspräsidentenkonferenz gesagt habe und nachher auch geschrieben habe, in dem man dies aus dem nächsten Jahr herausnimmt und in das Gesamtprojekt miteinbeziehen, können wir die Projektierungskosten von insgesamt CHF 42'000 auf das Gesamtprojekt draufnehmen, d.h. nicht, dass wir jetzt CHF 42'000 gespart haben aber buchhalterisch haben wir es nächstes Jahr nicht im Budget drin und können dadurch das Budget entlasten.

Durch die Einsparungen können wir rund CHF 134'000 einsparen. Und sind Stand jetzt bei einem Aufwandsüberschuss von CHF -461'000. Also ich bitte Sie, das ist die neue Ausgangslage, über die man heute Abend diskutieren. Steht noch CHF 595'000, da sind wir einverstanden. Wenn jemand findet, es muss jetzt trotzdem unbedingt kommen, bitte ich einen Antrag zu machen, dann kann der Einwohnerrat darüber abstimmen.

Carol Demarmels: Die SP-Fraktion hat das Budget eingehend geprüft und bedanken uns für die übersichtliche Aufarbeitung und wie alle, sind wir natürlich nicht glücklich über das prognostizierte Defizit, auch wenn es doch noch etwas geschrumpft ist. Pro-Kopf-Verschuldung knackt scheinbar die goldene Grenze von CHF 2'500 jetzt deutlich. Das war aber ohnehin klar. Wir bauen gerade ein Schulhaus und sanieren ein Hallenbad. Man hat das gewusst, dass es einen mittelfristigen Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung geben wird, war somit absehbar. Ebenso kommt das Defizit nicht von ungefähr. Ich erinnere an die Ausfälle, welche die Gemeinde zu tragen hatte, aufgrund der bürgerlichen Steuergesetzrevision. Ohne diese hätten wir jetzt ein Plus, unter der Voraussetzung, dass die Prognosen des Kantons eingetreten sind.

Umso bewusster sind auch wir uns, dass harte finanzielle Zeiten auf die Gemeinde zukommen werden. Nicht zuletzt kommen auch noch eine Energiekrise auf uns zu, man hat es gehört eine Rohstoffknappheit, die Inflation, die Erhöhung des Leitzinses, etc. Und bei all dem bitte ich nicht zu vergessen: es betrifft nicht nur das Gemeindebudget, sondern auch das unserer Bevölkerung. Bei denen kommen noch die steigenden Krankenkassenprämien hinzu. Deshalb ist es richtig zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten.

Nötiges von Wünschbarem zu unterscheiden, scheint die neue angepriesene Zauberformel zu sein. Nur was gilt als nötig und was als wünschbar und da scheinen unsere Meinungen weit auseinander zu gehen.

Eine funktionierender Schulbetrieb und zufriedene Mitarbeitenden, das ist nach unserer Ansicht klar nötig. Die Schule ist die Schmiede unserer Zukunft. Der Ruf der Schule ist mitunter eines der Killerkriterien bei der Wahl vom Wohnort bei den Familien. Diesbezüglich können wir uns dankbar schätzen um unsere Schulen. Andere Parteien scheinen das anders zu sehen. Lieber wird investiert in die Planung einer neuen Sammelstelle, wo dann vollüberwacht wird, obwohl wir funktionierende Sammelstellen haben. Das ist weder nötig, noch wünschbar. Das nennt man Wertvernichtung. Die Prioritätensetzung ist mir schlichtweg unverständlich.

Wir werden heute und auch in Zukunft viele solche Diskussionen führen: was ist wünschbar und was ist nötig. Unser Standpunkt ist klar: es sollten keine Abstriche in der Klimapolitik, keine Abstriche bei der Bildung geben, unsere Gemeinde muss attraktiv bleiben für die Bewohnerinnen aber auch für potenzielle Zuzügerinnen. Dazu gehört auch eine attraktive Präsentation nach aussen, wie z.B. mittels einer ansehnlichen Website. Das ist nicht wünschbar, sondern nötig für Obersiggenthal. Wir dürfen die Gemeinde trotz angespannter finanzieller Lage nicht kaputtsparen, denn so erhöht sich die Steuerkraft ganz sicher nicht. In diesem Sinne, werden wir dann auch den Grossteil der Fikoanträge ablehnen, nachdem wir aber wirklich sauber abgeklärt haben, bei den betroffenen Parteien, was ist wünschbar und was ist es nicht.

Sandra Hehli: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Verwaltungsabteilungen vor allem bei Beni Wehrli und dem Gemeinderat für die Zusammenstellung des Budgets für das Jahr 2023. Ebenso bedanken wir uns bei der Fiko für die aufwändigen Arbeiten und für den kritischen Fiko-Bericht.

Einmal mehr sind wir enttäuscht vom Budget mit einem Defizit von neu CHF 461'000 statt CHF 595'000. Das Ziel, ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen wurde leider wieder einmal nicht erreicht. Klar belasten die Mehrkosten im Bildungsbereich und die IT-Kosten das Budget markant. Da werden nur einmal die grösseren Abweichungen hervorgehoben. Dafür sind wir bei den Pflegefinanzierungen einmal tiefer.

Für die SVP-Fraktion ist es nun nicht mehr fünf nach zwölf, sondern schon zehn nach zwölf. Seit Jahren diskutieren wir hier im Rat, dass durch fehlende Steuereinnahmen auch die Ausgaben gesenkt werden müssen. Nun ist die Zeit gekommen für eine konsequente Verzichtsplanung. Ja, es muss auch einmal weh tun, das muss ich ja eigentlich hier im Rat nicht mehr erwähnen. Einen Leistungsabbau und nicht im Luxus leben, wie wir es im Moment machen. Wir haben alles in unserer Gemeinde. Wenn es so weiter geht, dann sehen wir schwarz für die Gemeinde Obersiggenthal und die nächste Steuererhöhung wird kommen, obwohl ja im Finanzplan keine ausgewiesen ist. Kommt noch dazu, dass die Schuldzinsen auch markant steigen werden.

Ich könnte hier noch viel erzählen aber ich denke, es ist oder es sollte jedem im Rat bewusst sein, dass wir nun auf die Sparsbremse drücken müssen, bevor es zu spät ist für die schöne Gemeinde Obersiggenthal mit Ihren teuren Infrastrukturen. Für die Zukunft erhoffen wir uns und möchten den Gemeinderat auch bitten, dass Projekte in Planung, welche auch schon im Finanzplan ersichtlich sind, nochmals kritisch begutachtet und hinterfragt werden.

Die SVP-Fraktion wird das Budget trotzdem mehrheitlich genehmigen und stimmt den Streichungsanträgen der Fiko zum Budget 2023 einstimmig zu.

Anand Keshava: Wie ist es, können wir zu den Streichungsanträge Stellung nehmen oder nicht?

Christoph Villiger: Die Streichungsanträge kommen im Nachhinein. Wir gehen die einzelnen Konten durch, wenn z.B. die Fiko einen Streichungsantrag hat, wird dieser an der richtigen Stelle nochmals erwähnt und es kann darüber debattiert werden.

Daniel Meier: Ich mach es kurz, ich denke das meiste wurde bereits gesagt und die Situation kennen wir. Ich glaube, wir sehen, dass das Team hart gearbeitet hat um das Budget so hinzubekommen und dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Wir haben es gehört, wir sind wirklich in diesem Dilemma drin, zwischen den Ausgaben, die steigen und den Einnahmen, die nicht kommen, wie wir es erwarten. Es ist extrem schwierig, dass wir da eine Balance findet und mit diesen jetzt CHF 461'000. Das ist das, was man erwarten kann. Wie geht es weiter? Wir haben uns diese Gedanken auch gemacht. Die Wirtschaftssituation, Stromkosten die steigen werden, Inflation, sie steigenden Krankenkassenprämien, etc., macht es Sinn, in dieser Situation eine Steuererhöhung zu machen? Wir, von der Fraktion die Mitte, haben nein gesagt. Das macht heute und jetzt keinen Sinn, da müssen wir schon konkreter werden und gute Begründungen vorlegen können. Den Fiko-Bericht haben wir sehr geschätzt. Der war sehr ausführlich und auch auf den Punkt. Die Sachen sind gekommen. Das haben wir wirklich begrüsst und wir unterstützen auch die Anträge, die von der Fiko gemacht wurden.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Vorlagen des Budget 2023 und bei der Finanzkommission für die sorgfältige Prüfung des Budgets. Angesichts der angespannten Finanzlage, in den kommenden Jahren, wäre ein ausgeglichenes Budget begrüssenswert. Allfällige Überschüsse könnten dann für schönere Zwecke verwendet werden. Die FDP-Fraktion stimmt daher allen vorstehenden Anträgen der Finanzkommission zur Budgetreduzierung zu und lehnt die Erhöhung des Stellenplans der Schulverwaltung ab. Wir tun es

nicht, weil wir kurzsichtig sind, sondern weil wir mit dem Geld wirtschaften müssen, dass wir haben. Wenn wir an einer Stelle mehr ausgeben möchten, dann müssen wir an einer anderen Stelle weniger ausgeben.

Nico Lalli: Peter Marten hat es gesagt, der Gemeinderat hat sich aktiv bemüht, das Budget noch zu entlasten und hat auch die Zielvorgaben gemacht. Und es zeigt sich jetzt auch, dass er offen ist, in dem er einige Vorschläge von der Fiko annimmt und sogar eine Annahme empfiehlt oder zurückzieht. Und das muss man auch mal sagen, wir schätzen diese Anstrengungen und sie sind auch spürbar. Das haben wir auch vorhin gesehen aber trotzdem sind wir immer noch im negativen Bereich. Die Fiko ist mit diesem Budget so immer noch nicht zufrieden.

Ein Verlust von CHF 0.5 Mio., mehr oder weniger, ist mit dem Blick auf den Aufgaben- und Finanzplan und den fehlenden Plan, über den wir vorher diskutiert haben, nicht vertretbar. Die Fiko hat das Budget im Detail besprochen und es wurde sogar das Thema Rückweisung des Budgets angeschaut. Es ist dann aber bei der Diskussion schnell klar geworden, dass eine Rückweisung gar nichts bringt und damit auch nichts gewonnen wird. Denn das muss man auch sagen, die finanziellen Probleme sind langfristig und sollten langfristig auf strategischer und politischer Ebene gelöst werden. So hat sich dann die Fiko entschieden, einige kleine Streichungsanträge zu machen aber das Budget zur Annahme zu empfehlen. Bei diesen Anträgen haben wir uns darauf beschränkt, ich sage es nochmals, für die reibungslose Funktionalisierung der Gemeinde wirklich notwendig sind und dass man auf das, was nicht wirklich notwendig ist, verzichtet. Man hat das Beispiel Pumptrack, den der Gemeinderat selber zurückgezogen hat. Man konnte heute in der Zeitung lesen, dass solch ein Pumptrack in Würenlingen installiert wird ohne staatliche Cash Mittel. Selbstverständlich, da sagt niemand was, soll die Gemeinde solche Initiativen unterstützen. Über die Beratung und Bau und Planung aber man muss nicht zwingend alles mit finanziellen Mittel unterstützen. So schön es auch wäre. Man muss sagen, heute haben wir das Geld einfach nicht und können uns das nicht leisten.

Dann haben wir zum zweiten Punkt noch prinzipielle Streichungsanträge gemacht, wurde vorhin erwähnt. Die CHF 2'000-3'000 für die Zimmeranmeldestationen, da wehren wir uns einfach gegen Strukturverlust. Jeder der schon einmal im Gemeindehaus war, weiss, dass das nicht mehr benutzt wird. Wenn wir diese Taster jetzt ersetzen, dann haben wir diese wieder 20 Jahre. Solche Überlegungen haben wir uns gemacht. Wir haben aber ganz bewusst auf Anträge verzichtet, dass das generelle Leistungsniveau der Gemeinde antasten würden. Es gab verschiedene Diskussionspunkte, grössere Blöcke, worüber wir diskutieren könnten. Wir sind aber klar der Ansicht gewesen alle zusammen, dass die Definition Leistungsniveau, das wurde auch von der SP-Fraktion gesagt, das ist eine politische Aufgabe. Der Gemeinderat muss diese wahrnehmen. Aber das ist nicht die Kernaufgabe der Fiko. Dabei muss der Gemeinderat und der Einwohnerrat sicherstellen, dass die Finanzierung von diesem Niveau, nötige Mittel vorhanden sind und dass der Finanzhaushalt zumindest mittelfristig ausgeglichen ist. Diese Aufgaben, das haben wir vorhin gehört, sind dem Gemeinderat auch dieses Jahr nicht sonderlich gut gelungen. Wir schätzen aber, dass er sich diesem Problem annimmt.

Jetzt, das hat die GLP-Fraktion vorhin gesagt, man könnte den einfachen Weg, auch das haben wir diskutiert natürlich in der Fiko, wählen und Steuern erhöhen. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass das nicht zwingend zum Erfolg führt. Wir mögen uns daran erinnern, als ich vor etwa zehn Jahren hier hinzog, war der Steuerfuss bei 98%. Wenn man jetzt den Steuerfuss mit dem Kanton abtauscht mitzählt, ist der Steuerfuss in den letzten zehn Jahren um 15% gestiegen. Aber wir stehen immer noch da und haben immer die gleichen finanziellen Probleme. Darum ist es für die Fiko klar, das habe ich vorhin gesagt und habt Ihr im Antrag gesehen, es wird ein breites Paket an Massnahmen und die Steuererhöhungen müssen ultima ratio sein. Denn das hat die Vergangenheit bewiesen, mit Steuererhöhungen alleine lösen wir keine Probleme. Darum erwarten wir vom Gemeinderat, dass er die Hausaufgaben, die im Bericht der Fiko mitgegeben werden, dass man die angeht und diese löst und dass es zu einem gesamtheitlichen Paket geschnürt wird. Wir beantragen unter Berücksichtigung von diesen Anträgen auch die Genehmigung des Budgets.

Markus Renggli: Nur eine kurze Entgegnung auf das Votum von der GLP-Fraktion. Ich war dort ein bisschen irritiert. Du hast relativ salopp, den Aufgaben- und Finanzplan, wie ihn der Gemeinderat vorlegt, kritisiert. Ich weiss jetzt nicht mehr ganz genau die Formulierung, auf jeden Fall, die Investitionen und die Aufgaben haben eigentlich wir, alle als Einwohnerräte bewilligt oder auch angeregt. Die Schuldigen sind wir hier im Rat, ausgenommen die GLP-Fraktion, denn Ihr seid jetzt neu dabei. Das heisst, ich bin gespannt, mit welchen kreativen Ideen, dass Ihr kommen werdet und ich bin relativ lange in diesem Einwohnerrat. Ich habe noch die Zeiten von Max Läng erlebt, wo man alles locker durchwinken konnten, weil man einfach genug Geld hatte. Das hat sich wirklich gekehrt. Der Steuerfusserhöhung, das kann ich auch bezeugen, haben wir schon im Einwohnerrat ganz klar gesehen, dass geht nie auf. Man muss höher rein mit dem Steuerfuss aber einmal wurde es abgelehnt vom Volk. Also es hat schon eine gewisse Geschichte dahinter warum wir jetzt hier stehen und ich bitte Euch einfach das vielleicht im Rückblick auch mal anzuschauen, was ist bisher gewesen, nicht hereinkommen und sagen, nichts ist gut. Wenn ich auf die Seite der GLP-Fraktion Siggenthal gehe, ich habe ehrlich gesagt nichts gefunden jetzt in Bezug auf unsere Gemeinde und wie das neue Konzept dann aussieht. Darum bin ich gespannt, was Ihr in Zukunft in diesen Rat einbringen werdet.

Ralph Hunziker: Ich habe vernommen, dass gewisse Anträge der Fiko gar nicht zur Abstimmung kommen, ausser wir würden jetzt einen Gegenantrag stellen. Darum habe ich jetzt noch zwei, drei Sachen, zu denen ich sonst gar nichts sagen kann. Einerseits herzlichen Dank an die Fiko für den Bericht, war zwar sehr ausführlich und wurde lang aber was mir persönlich speziell gefallen hat, ist die gute Auflistung der verschiedenen Kürzungsanträgen und auch die Begründungen. Obwohl ich mit den Begründungen und dem Inhalt nicht wirklich zwingend glücklich war. Aber es ist übersichtlich und klar gewesen und da einen herzlichen Dank an die, die das mitgetragen und verfasst haben.

Weiter möchte ich sagen, dass ich nicht nur als SP-Fraktion Mitglied, sondern auch als Präsident der Sportkommission jetzt hier zwei, drei Worte rasch sage. Zwar ein paar Konti, die hier jetzt gestrichen wurden, betrifft auch direkt den Sport und deshalb möchte ich das noch rasch mitteilen.

Ein Streichungsantrag sind die Türen in der Turnhalle Unterboden. Ich kam mal mit den Hauswarten zusammen und habe es vor Ort angeschaut. Dort ist mir schon aufgefallen, das würde ich mir bei der Fiko bei den Streichungsanträgen, echt wünschen, man würde auch mal vor Ort gehen, dann würde man nicht nur die Zahl sehen, sondern man würde auch direkt die Konsequenz vielleicht mehr fassbar machen und erfahren.

Mir wurde gesagt, dass vier Türen nicht mehr gut schliessen bei den Garderoben. Nebenbei hat es noch zwei WCs. Die Türen sind verzogen, es schliesst nicht mehr ganz und es muss schon auch zu sein. Es hat mit der Lüftungsgeschichte einen Zusammenhang. Wenn das nicht sauber zu ist, zieht die Luft in der Garderobe nicht ganz weg und man Schimmelgefahr.

Das Andere ist noch und das ist vielleicht ein weiterer Punkt in dieser Geschichte, es sind auch Kindergartenkinder, die in diese Turnhallen gehen und die Türen haben automatische Schliesser. Das kennen wir, im Türblatt sind die dran, die Türe schliesst dann automatisch, dass diese zu ist, wegen der Lüftung. Ich habe es schon ausprobiert. Es ist schon eine recht strenge Türe. Die Kindergartenkinder haben Mühe und das wurde auch dem Hauswart gemeldet von Seiten der Kindergartenlehrpersonen, dass das sehr anstrengend bis sehr schwierig ist, dass selber zu machen bei den Kindergartenkindern. Man kann jetzt sagen, dass die Lehrperson jedes Mal beim Turnen die Türe aufmachen muss, wenn jemand rasch aufs WC gehen muss. Irgendwie ist es auch nicht ganz praktisch und darum kommt der Antrag, das ist nicht einfach so, dass die Türe mir nicht mehr gefällt. Man kann aber durchaus der Meinung sein, dass ist nicht nötig aber ich wollte es trotzdem noch sagen, dass das auch ein Klientel ist, dass hier im Rat nicht vertreten ist und auch Zuspruch finden kann. Da kann man relativ schnell und einfach kürzen. Zum einen Punkt sind es die WC-Türen, das mir nicht so gepasst hat, dass die jetzt wegfallen. Aber ich beantrage nichts. Ich glaube das ist hier nicht wirklich erfolgsversprechend.

Zweitens in der Sporthalle, dort sind es die Duschblöcke, die immer wieder in die Jahre kommen. Einfach so als Grobskizze, die Sporthalle ist fast 30-jährig, genau gesagt 27-jährig. Dort ist im Duschbereich, also was die Armaturen betrifft, hat man noch nichts gemacht. Die kommen jetzt. Ich glaube vor zwei Jahren wurde ein Duschblock ersetzt. Es sind fünfer Blöcke. Immer zwei Garderoben, haben zusammen einen Duschbereich. Darin sind zwei Hälften mit jeweils einem Duschblock an fünf Armaturen. In den 27 Jahren wurden die nie ausgetauscht. Man kann das jetzt schon aus dem Budget nehmen und ob es jetzt hier zwei sind und nächstes Jahr drei oder umgekehrt. Die Kosten werden kommen. Bringt eigentlich nichts. Sie werden aufgeschoben und dann kommen sie laufend oder weil die Leitungen durchbrechen. Im Gegensatz, wenn man diese jetzt herausnimmt haben wir nichts gewonnen, denn die werden kommen. Aber wir haben einiges auch verloren. Beispielsweise jetzt gegenüber den Sportvereinen und Veranstaltungen nicht fair, wenn man Miete verlangt auf dem gleichen Niveau, wie vorher. Und es kann durchaus Befürchtung sein, dass z.T. die Garderoben geschlossen sein müssen. Und bei dem einen Fall von diesem Duschblock, dass vor zwei Jahren geschlossen wurde, sie haben dann eine Wasserzuführung miteinander, wo dann eine oder zwei ganze Garderoben geschlossen werden müssen. Das ist dann nicht nur eine Woche, sondern dass sind dann mehrere Monate. Also für einen Anlass von mehreren Leuten, von 100 Kindern, ist es durchaus ein Minderwert und dann sollte man entsprechend halt dann bei den Vermietungen entsprechend anpassen. Das noch so als Hinweis, aus Sicht der Sportkommission und auch persönlich, dass ich nicht ganz verstehe, weshalb man CHF 16'000 oder CHF 20'000 sparen möchte, denn es kommt sowieso.

Die Fiko hat geschrieben, man wäre froh, wenn das in einem Gesamterneuerungszyklus dann gemacht wird und dann ein Renovationsantrag kommt. Ob jetzt einmal CHF 100'000 gesprochen wird oder jetzt halt rasch CHF 40'000 und nächstes Jahr CHF 60'000. Es kommt auf das Gleiche finanziell gesehen. Was die Duschen betrifft, das können wir nicht hinwegschieben. Das finde ich schade, dass man das von Seiten Gemeinderat herausnimmt.

Christoph Villiger: Wir gehen die Funktionsgliederungen durch. Wenn es einen Antrag zum entsprechenden Konto gibt, bitte vorlesen.

0 Allgemeine Verwaltung

Sandra Hehli: Wir haben von der Fiko aus einen Streichungsantrag. Es geht um das Konto 0220.3118.00, Allgemeine Dienste – Anschaffung immaterielle Anlagen. Das Konto möchten wir um CHF 43'700 reduzieren von alt CHF 71'250 auf neu CHF 27'550. Da geht es um die Streichung für eine neue Website für die Gemeinde Obersiggenthal. Wir sind von der Fiko der Meinung, dass aufgrund der angespannten Finanzlage eine solche Investition im Moment keine Priorität hat und es ist keine technische Notwendigkeit, z.B. Auslaufen von Support der bestehenden Lösung oder ähnliches, erkennbar. Die Reduktion beträgt lediglich CHF 43'700 statt CHF 60'000, den bei Verzicht auf eine neue Website, die Betriebskosten von CHF 16'300 für die bestehende Lösung weiterhin fällig werden. Die umliegenden Gemeinden haben diese Website auch und man findet alles, man kann den Shop benutzen, von dem her, denken wir, dass hier noch zugewartet werden kann.

Christoph Villiger: Danke für den Antrag von Seiten der Fiko. Möchte der Gemeinderat dazu Stellung nehmen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es ist richtig. Es handelt sich bei dieser neuen Webseite, die wir gerne erstellen möchte, nicht um eine absolute zwingende Ausgabe oder auch nicht lebensnotwendig. Der Gemeinderat ist aber trotzdem der Meinung, dass die Ausgabe nötig ist. Entsprechend hat er auch die Installation von einem neuen Webauftritt mit Online Service als Legislaturziel und Legislaturmassnahme genommen. Aus folgenden Gründen: Die Webseite, die wir heute haben wurde im Jahr 1999 konzipiert. Zu Grunde liegen heute ein Verbund 17 Gemeinden im Bezirk Baden. Der Zusammenschluss ist damals passiert, weil man dort Kosteneinsparungen erzielen wollte. Heute bewegen wir uns bei der Erstellung der Website

nicht mehr in der gleichen oder in den vergleichbaren Dimensionen, wie damals. Je länger, wie mehr zeigt sich, dass der Zusammenschluss von 17 Gemeinden sehr schwerfällig ist. Dort werden ganz unterschiedliche Meinungen vertreten und progressive Entwicklungsschritte sind ausgesprochen schwierig. Gleichzeitig kommen alle involvierten Gemeinden, mit dem Erscheinungsbild gleich daher und es gibt wenig Möglichkeiten sich in der Präsentation von anderen abzuheben.

Möchte eine Gemeinde eine Änderung am Webdesign vornehmen, so benötigt sie für die Aufgleisung der Arbeiten, die Zustimmung von anderen Gemeinden. Ansonsten muss sie die Arbeiten selber finanzieren und wenn sich dann andere nachher auch dafür entscheiden, können sie relativ günstig raufspringen. Dazu kommt, dass die Webmastersitzungen einmal im Jahr stattfinden. Da treffen sich all diese Gemeinden. Manchmal findet diese nicht im gleichen Jahr statt, sondern erst im neuen Jahr und wir könnten dann relativ spät von so Anpassungen profitieren. Wie Sie gehört haben, ist diese Website seit 1999 existent im Grundsatz und im Aufbau. So ist es weniger erstaunlich, dass zur Programmierung eine alte Technologie verwendet wurde. Und zwar basiert die Webseite auf einer veralteten und unübersichtliche Architektur Namens Typo 3. Ich kann mit dem nichts anfangen, vielleicht hat es bei Ihnen Fachpersonen im Gremium. Das bedeutet, das Aufschalten von neuen Inhalten, viel Zeit benötigt, weil das mit vielen Zwischenschritten verbunden ist. Es ist sehr aufwändig und umständlich. Wenn man jetzt eine neue Webseite machen möchten und Sie diesem dann zustimmen, dann erwarten wir, dass Nutzerinnen und Nutzer Informationen viel einfacher und schneller finden können. Dass es eine intuitive Nutzung vorhanden ist, eine bessere Lesbarkeit und eine flexiblere Weiterentwicklung, sollten wesentliche Faktoren sein. Z.B. streben wir an, dass mit einer neuen Lösung, Suche nach bestehenden Lebensereignissen möglich sein sollte, z.B. zum Thema Umzug oder zum Thema Todesfall. Gegenüber solch einer Lösung ist die jetzige Website eher unübersichtlich. Z.T. sucht man sehr lange nach den benötigten Informationen. Das hat sich gerade an der letzten Fraktionssitzung von der Fraktion die Mitte gezeigt. Man hat mehrfach etwas länger gesucht, bis man was gefunden hat. Die integrierte Suchmaschine ist ebenfalls nicht kundenfreundlich. Vielen Nutzerinnen und Nutzer werfen deshalb genervt die Flinte ins Korn und rufen stattdessen bei der Gemeindeverwaltung an, um die gesuchten Informationen zu erhalten und sich die Unterlagen schicken zu lassen. Die Zahlen können wir Ihnen hier nicht geben, das ist einfach eine Erfahrung. Die Firma, die wir für unsere Richtoferte einbezogen haben, verfügt über eine grosse Erfahrung und bietet, neben der Grundfunktionen insgesamt 84 zusätzliche Module an. Im Wissen um die angespannte Finanzlage, haben wir uns von diesen aber nur neun ausgewählt und die in die Kostenberechnung integriert. Das sind z.B. für uns durchaus nützliche Module, wie z.B. die Integration vom Inhalt von der alten Webseite. Sonst müssten wir das mühsam selber neu schreiben und selber integrieren. Oder einen automatischen Link Checker, d.h. es wird automatisch überprüft, ob die hinterlegten Links auch tatsächlich gültig sind und man nicht irgendwo im Nirvana endet, was ab und zu leider mal vorkommt und dann das per E-Mail oder per Telefon uns mitgeteilt wird.

Ausserdem auch ein Tool zur Gliederung von Datenablage z.B. für eine kommunale Gesetzesammlung. Im Aufsetzer von solch einer neuen Website, handelt es sich selbstverständlich auch um eine Werbemassnahme. Eine Internetseite ist die Visitenkarte der Gemeinde. Die Gemeinde möchte die Attraktivität von ihrem Internetauftritt steigern und zeigen, dass sie und die Verwaltung innovativ sind. Wir sind nicht verstaubt und altmodisch. Besonders geht es auch um das Bild gegenüber den Stellensuchenden, aufzubauen. So ist die Gemeinde attraktiver für Arbeitnehmer, die in einer modernen Verwaltung arbeiten möchten, mit Teilzeitmodell, Homeoffice etc. Stand heute wäre eine neue Website im Unterhalt rund CHF 2'400 günstiger pro Jahr, als die bisherige Lösung. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag des Gemeinderats zu und lehnen Sie den Antrag von der Fiko ab.

Marco Erni: Bettina hat das schon gesagt, was wir auch sagen wollten. Die SP-Fraktion ist klar gegen den Streichungsantrag der Fiko. Wieso? Das Stichwort Visitenkarte, wie sich die Gemeinde präsentiert. Das ist ein Teil vom Standortmarketing der Gemeinde. Es ist attraktiv für die Leute, die sich hier bewerben. Es ist attraktiv für die Leute, die da wohnen. Es spricht nicht

dafür, dass plötzlich neu 100 Leute zuziehen werden aber es ist sicherlich ein Faktor. Wir finden, die Website ist ein wenig verstaubt und klar es gibt keine technische Notwendigkeit. Die gibt es nicht nächstes Jahr aber auch nicht übernächstes Jahr. Das Budget und die finanzielle Lage werden auch nicht besser aussehen. Wenn man schaut, 1999 wurde dies erstellt, da ist gerade mal Google entstanden. Im digitalen Zeitalter ist das eine uralte Webseite vom letzten Jahrhundert. Man kann jetzt sagen, wir kennen den Mehrwert nicht. Dort wo ich arbeite, hat es drei Überarbeitungen gegeben von unserer Website in dieser Zeit. Ich wäre fast nicht gegangen, weil ich gefunden habe, das ist eine verstaubte Website. Jetzt ist es tatsächlich so, wir haben es geschafft und die Leute, die sagen, wir haben uns aufgrund Eurer Website beworben. Der Mehrwert ersichtlich, kann man natürlich nicht gut sagen, weil man das zukünftige Produkt noch nicht gesehen hat. Wir erwarten dann schon, dass die Website gut daherkommt und nicht einfach ein Copypaste ist vom anderen. Aber ich sage, es ist ein Mehrwert möglich. Es ist einfach für die Bevölkerung, um die Sachen zu finden. Viele Sachen, die du gesagt hast Bettina, sind wir einverstanden. Bessere Lesbarkeit, eine Zugänglichkeit, also auch für Jugendliche, digitaler Service. Also es kann sein, dass man gewisse Leistungen nicht erbringen muss, sondern über die Webseite abwickeln können. Kann man möglicherweise Einsparungen erwirken. Darum sind wir eigentlich ganz klar dafür. Wir sind uns schon bewusst, wir möchten sparen aber eben die Überarbeitung ist nötig. Machen wir es doch lieber heute, als in fünf Jahren. In fünf Jahren sieht es bei uns genau gleich schlecht aus. Also machen wir es doch jetzt.

Daniela Graubner: Ich habe eine Frage, könnt Ihr etwas über den Zugriff sagen, wie viel Klicks es hat pro Tag? Also einfach, dass man sieht, hat es zugenommen, hat es abgenommen über die Jahre? Wie viel wird die gebraucht, von der Öffentlichkeit?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Unser Webmaster sagt, dass wir das nicht können.

Daniela Graubner: Also Ihr habt keine Ahnung, wie viel?

Romana Hächler: Ich sehe es nicht. Ich müsste die W4 anfragen, die können es mir sagen.

Jacqueline Magni: Dann wäre meine nächste Frage, was machen die Einwohner von den anderen 16 Gemeinden, die in diesem Verbund drin sind? Ziehen die alle um und geht da niemand arbeiten, wegen der Homepage, gleich aussehen, wie unsere?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es geht eigentlich auch um den Komfort der Menschen, die die Webseite nutzen. Grundsätzlich benötigen wir auch keine Webseite. Also wieso haben wir überhaupt eine Website? Was ist der Hintergrund von einer Webseite. Muss man sich vielleicht auch einmal überlegen. Also grundsätzlich kann ja immer auf die Gemeinde anrufen, man kann bei uns vorbeikommen, wenn der Schalter offen ist. Wieso haben wir eine Webseite? Wir wollen in Erscheinung treten. Wir wollen da sein. Die Leute sollen ihre Informationen auf unsere Website abrufen. Und sie sollen sie möglichst einfach abrufen können. Also natürlich ziehe ich nicht irgendwohin, weil eine lässige Webseite da ist aber für mich gibt es ein Bild, ein Gesamtpaket von einer Gemeinde. Und wenn ich einfacher an Informationen komme, wenn ich herausfinde, was für Mannschaften bietet ein FC an. Ein Chor, kann ich in der Gemeinde singen? Oder dann habe ich einen Todesfall in der Familie. Aber macht es doch möglichst einfach. Das wäre mein Appell an Euch.

Nico Lalli: Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen. Danke für die Frage. Wenn man vorhin über den Mehrwert gesprochen hat, Ihr könnt davon ausgehen, die Streichungsanträge, man hat die besprochen in der Fiko und auch im Gemeinderat. Du hast vorhin selber gesagt, new digitaler services, die vielleicht Entlastungen geben in der Gemeinde, ja unbedingt aber wir haben keine Antwort erhalten, was der konkrete Nutzen ist, bis heute nicht und wir haben keine Antwort erhalten, wie viel Leute die Website effektiv nutzen. Und unter diesen Voraussetzungen, weil sie einfach schöner ist, natürlich wäre das wünschenswert aber eine schöne Website ist halt nicht zwingend. All die Informationen, wenn jemand gestorben ist, wo finde ich welche Leute, das findet man heute schon. Vielleicht ist es ein wenig mühsam. Ich rege

mich auch manchmal auf und muss mich zweimal durchklicken aber es ist alles vorhanden. Und von diesem Hintergrund nochmal, unser Antrag bleibt und danke für die Unterstützung.

David Wick: Ich bin froh, dass ich gestern noch einen ganzen Satz sagen durfte. Es wurde plakativ argumentiert. Die Webseite ist nicht von 1999, sonst wäre sie gar nicht programmiertauglich. Es braucht natürlich eine Webseite, da sind wir uns alle einig. Und vielleicht kommen wir vom Todesfall weg und kommen zu dem, wo findet man die nächste Entsorgungsstelle? Ich habe ein gewisses Flair für Webseiten. Ich bin seit 20 Jahren in diesem Gebiet tätig und es mag jetzt ein wenig paradox scheinen, dass ich Position beziehe, gegen die neue Website. Es hat viele Gründe. Ich weiss ungefähr, was eine gute neue Website kostet. Die CHF 60'000, die hier eingesetzt sind, die wirken relativ komfortabel sind es in der Realität aber eher nicht. Also wenn man dann eine Schulung macht, die ganze Fehlerbehebungen, die sind inklusiv. Dann reduziert sich das alles und am Schluss hat man eben die sieben oder neun Module, die jetzt ausgewählt wurden aus Kostengründen. Das ist dann nicht so, dass man das volle Paket hat, sondern einfach nur einen Teil davon. Da sehe ich schon ein Zeichen, dass das allenfalls ein besseres Transferieren vom alten Content ist. Das ist dann auch ein Thema. Es ist dann nicht ein neuer Inhalt, der ansprechender ist und überzeugender, weiss ich nicht wie modern. Sondern es ist einfach das Alte transferiert, also ist der Mehrwert tatsächlich zu hinterfragen. Aus meiner Sicht, deckt es sich ausnahmsweise mit der Meinung der Fiko.

Ich wage zu hinterfragen was der Mehrwert ist. Das andere ist natürlich, dass wurde auch angesprochen, das eine ist das System, das man hat. Die Struktur, die man hat und das andere ist der Content. Das habe ich vorhin schon angetönt, ich bin der Meinung mit einem neuen Content, könnten wir mehr herausholen und könnten die Ziele eigentlich erreichen, die man möchte. Klar wird der Auftritt nicht hypermodern aber ich glaube, da kann man viel kostengünstiger und vor allem im Rahmen des bisherigen Systems, das die Angestellten schon kennen, mehr herausholen. Ich glaube man müsste mehr beim Thema Inhalt ansetzen und weniger beim System. Dann wird der Mehrwert auch noch fraglich.

Dann das Thema Suche, das aufgetaucht ist. Jetzt Hand aufs Herz, wann habt Ihr das letzte Mal auf einer Suche gesucht von einer spezifischen Webseite und nicht Google? Vielleicht noch ein paar Prozent und die Erfahrung lehrt einem relativ schnell, wenn man auf der spezifischen Website sucht, dann ist es so, dass es so schlecht ist, dass man doch wieder zurückgeht. Das ist jetzt auch plakativ, gebe ich zu. Die Aufgabe von der Suche ist, zu hinterfragen. Die Sachen wie jetzt der Linkcheck und so, das sind aus meiner Sicht keine starken Argumente für ein neues System. Vielleicht noch als Letztes, im Gegensatz zu den anderen organisationalen Sachen, die immer wachsen und dann der Unterhalt und die Kosten steigen, wenn man zuwartet, glaube ich, im Gegenzug zum Votum, dass die Technologie immer besser wird, sie wird tendenziell immer günstiger. Es werden neue und bessere Lösungen auf den Markt kommen auch für die Gemeindefwebseite. Es werden neue E-Systeme entwickelt, die dann den Gemeinden zugänglich gemacht werden über die Website. Also kann man das besser integrieren und ausnahmsweise ist das jetzt glaube ich, meiner aufrichtigen Meinung nach, sinnvoll, wenn diese Kosten zurückgestellt werden.

Stefan Semela: Nur ganz kurz. Danke für das Statement. Ich glaube es ist klar, nur weil es besser aussieht, ist das kein Mehrwert. Die Bewirtschaftung von der Homepage mit dem Content, dort kann man etwas herausholen. Das ist jetzt wirklich eine Position bei der wir mit der heutigen Situation, ein nice to have ist, respektive, das kann man gut streichen. Wenn der Rat diesen Antrag nicht annimmt, dann stelle ich einfach fest, es ist kein Sparwille vorhanden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 0220.3118.00 Abteilung Allgemeinde Dienste – Anschaffung immaterielle Anlagen, das Konto ist um CHF 43'700 zu reduzieren von alt CHF 71'250 auf neu CHF 27'550.

Der Antrag der Fiko wird mit 26 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Volkmar Hauweisen: Ich habe noch eine Bemerkung. Ich muss nicht den ganzen Rat anreden, sondern Stefan Semela. Mit allem Respekt, dem Rat und damit jedem einzelnen bei seinem Abstimmungsverhalten Sparwillen oder nicht Sparwillen zu unterstellen, finde ich respektlos.

Sandra Hehli: Die Fiko hat einen Antrag zum Konto 0220.3130.00, Abteilung Allgemeine Dienste – Dienstleitungen Dritter. Das Konto ist um CHF 24'000 zu reduzieren von alt CHF 27'000 auf neu CHF 3'000. Es geht darum, dass der Gemeinderat das Corporate Design überarbeiten möchte. Es geht in das Gleiche rein, wie beim vorhergehenden Antrag. Es ist schön zu haben, aber die finanzielle Situation von der Gemeinde lässt das momentan nicht zu. Wir sind deshalb der Meinung, der Betrag soll gestrichen werden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Was wir beim Webauftritt vermissen, das haben wir auch in unserer Korrespondenz, nämlich das Alleinstellungsmerkmal welches fehlt. Ich muss den Absender nicht anschauen um zu wissen, wer mir diesen Brief geschickt hat. Die Schriftart habe ich nirgends angetroffen, ausser bei der Gemeinde Obersiggenthal. Es ist so ein Alleinstellungsmerkmal. Es ist an und für sich schon eine Marke, aber wenn das nur die Kopfzeile wäre, wäre das an und für sich positiv. Das Negative ist, es ist auch der ganze Text darunter. Es ist nicht leicht lesbar. Das ist gerade auch in Zeiten, in welcher wir immer von der klaren einfachen Sprache, das Bürgernah sein sollte, wenn man versucht etwas mitzuteilen. Wenn es Leute gibt, die dann Mühe haben, das zu lesen und insbesondere bei den Zahlen ist das zutreffend. Ich muss auch zweimal hinschauen, ist es jetzt eine 0 oder eine 6, dann ist das sehr suboptimal. Jetzt können wir sagen, man kann ja einfach die Schriftart ändern. Aber damit ist es leider nicht getan. Die Fachleute sagen, wir müssten ein solches Erscheinungsbild insgesamt anschauen. Wir müssten uns überlegen, wie das daher kommen soll. Wir müssen auch verschiedene Formulare kreieren. Z.B. habe ich noch nicht herausgefunden, wie ich ein Begleitschreiben bei uns generieren kann, bei dem man einfach ankreuzen kann. Das gibt es in meinen Augen nicht. Auch die Folie, die man sieht, das ist alles selber gemacht. Wir mussten die anpassen auf die Schriftart Century Gothic. Wir halten an unserem Antrag fest und stellen Ihnen den Antrag, dass Sie den Antrag der Fiko ablehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 0220.3130.00 Abteilung Allgemeine Dienste – Dienstleistungen Dritter, das Konto ist um CHF 24'000 zu reduzieren von alt CHF 27'000 auf neu CHF 3'000.

Der Antrag der Fiko wird mit 23 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Walter Vega, Gemeinderat: Beim Konto 5730 habe ich noch was. Ich habe keinen Streichungsantrag, ich wollte nur etwas erklären. Bei der Einwohnerratssitzung vom 19. Mai 2022 im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbetreuung ist eine Frage aufgetaucht. Konkret geht es um das Konto 5730.4611.00. Gemäss Handbuch Soziales Aargau, bekommen die Gemeinden für die Aufwände, Betreuung und Beratung von Flüchtlingen mit Status B und F während der Kostenersatzdauer von 5 respektive 7 Jahren, die sogenannten Verwaltungspauschale von CHF 2'400 pro Person und Jahr. Die Pauschale wird Tag genau ausgerichtet und mit der Quartalsabrechnung geltend gemacht. Im Moment beträgt die Pauschale rund CHF 100'000 pro Jahr. Das ist ein Diskussionspunkt gewesen an der letzten Einwohnerratssitzung. Die Pauschale wird unabhängig davon entrichtet, ob die Betreuung von den Flüchtlingen intern oder extern passiert. Das ist völlig unabhängig davon. Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass wirklich das oberste Ziel der Abteilung Soziales und auch vom Gemeinderat ist, Flüchtlinge auch in Zukunft, mindestens in der gleichen Qualität wie heute zu betreuen. Ich hoffe, dass ich die Fragen aus der letzten Einwohnerratssitzung beantworten konnte.

Carol Demarmels: Ich danke dir für die Ausführungen Walter Vega. Ich bin auch auf das Konto gestossen. Ich habe eigentlich zwei Fragen dazu. Wenn man nur das Konto 5730 anschaut, dann macht es den Eindruck, als ob wir ein Plus machen würden, wenn man nur den Wert anschaut von den Geldern, die wir erhalten und dann ausgeben. Jetzt sind die Stellenprozentage in einem anderen Posten drin. Dort wird ja das Geld ausgegeben. Wie ist es dann überhaupt noch möglich, ob man sieht, dass jeweils das Geld, welches erhalten wird vom Asylwesen dann dort ausgegeben wird. Wenn ja die Ausgaben Stellenprozentage sind ja in einem anderen Konto. Wird dann dort differenziert? Das ist die eine Frage. Ich habe noch eine zweite Frage. Es ging da um eine 30% Stellenprozentenerhöhung jetzt auf den 1. Januar 2023. Ich habe die Stelle nie ausgeschrieben gesehen. Wie sieht es dort aus mit der Besetzung?

Walter Vega, Gemeinderat: Ich nehme an, du sprichst jetzt die CHF 87'600 an, die wir vom Asylverbund Neuenhof erhalten. Der Gegenposten sind die CHF 43'300, die wir mal auf die Seite legen. Es ist relativ schwierig zu budgetieren aber man sagt, das könnte man nutzen für die Integrationsprojekte.

Carol Demarmels: Ich spreche mehr die Summe im Asylwesen an. Wenn man jetzt sagen würde, ich schaue Ertrag Asylwesen an und ich schaue Aufwand Asylwesen an, dann könnten wir sagen, wir machen ein Plus.

Walter Vega, Gemeinderat: Das ist jetzt einfach so. Wir haben das Geld vom Asylverbund, das wir erhalten. Wir haben nicht den ganzen Betrag in den Aufwand genommen, weil wir noch nicht selber einschätzen können. Es ist einfach eine Annahme. Es ist ein leichtes Plus, das wir hier sehen, das ist richtig. Auf der anderen Seite, wie du gesagt hast, ist der Personalaufwand nicht hier drauf, sondern ist auf einem anderen Konto. Wenn das auch dazu gerechnet wird, dann haben wir ein Nullsummenspiel. Vielleicht habe ich deine Frage nicht richtig verstanden.

Carol Demarmels: Nein es ist gut. Ich habe mir das auch überlegt. Mich hat es gestört, dass jetzt die Prozentzahlen nicht hier reinfließen, wo sie sein müsste. Aber es ist gut, meine Frage wurde beantwortet.

Walter Vega: Es ist ein Lohnkonto. Das ist dann unter dem Konto 5790 den dort sind die Leute angestellt.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir konnten jemanden einstellen mit dem 30% Pensum. Es ist eine Person, die auch in diesem Bereich bereits Praktikas gemacht hat und ein Bachelor Studium in Sozialer Arbeit absolviert.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

David Wick: Ich habe einen Antrag der Flko. Wir stellen den Antrag zur Streichung von Honoraren im Umfang von CHF 40'000, zur Erstellung von Zustandsanalysen von Gemeindestrassen. Wir sind aus folgenden Gründen dafür, dass man die Streichung beantragt. Erstens gibt es Daten aus dem Jahr 2015, die man noch verwenden kann. Dort hatte man glaube ich eine solche Erhebung gemacht auf die man zurückgreifen kann. Zweitens haben wir uns belehren lassen, wenn eine solche Zustandserhebung gemacht wird – aber das kann der Stellvertretende Bauminister vielleicht besser erklären – dass so quasi Punktionen gemacht werden, so alle paar hundert Meter. Dann wird geschaut wie der Zustand ist. Wir sind der Meinung, aber wir müssen fairerweise sagen, eine Laienmeinung, dass das statistisch viel Spielraum lässt, ob jetzt die Strasse in einem guten Zustand ist oder nicht. Das man durch das Verfahren jetzt nicht zuverlässig sagen kann, ob es jetzt nötig ist die Strasse zu reparieren. Das letzte Argument was dagegenspricht ist, dass es auch ganz einfache Methoden gibt um herauszufinden in welchem Zustand die Strasse ist. Man sieht, wenn sie sich senkt oder Schlaglöcher hat. Dass die Gemeinde, auch wenn sie weiss, wie der Zustand der Strasse ist, vielleicht im Moment sowieso nicht in der Lage ist, allzu proaktiv vorzugehen und alle Strassen, die nötig sind, zu sanieren, sondern eher, wegen der Budgetsituation gezwungen ist, dass eher reaktiv zu machen und nicht proaktiv.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich nehme den letzten Punkt auf. Das ist in der Argumentationskette der Steilpass gewesen für mich um zu sagen, sorry, das ist eigentlich der falsche Ansatz. Ich denke es ist absolut wichtig, dass wir wissen, welchen Zustand unser Strassennetz jetzt hat. Unabhängig davon, ob man es macht oder nicht macht. Wir müssen den Bestand haben. Wir müssen wissen, wie der Bestand ist. Dann können wir die Planung machen, was wie dringlich ist. Was wie nötig ist. Dann wird anhand der finanziellen Mittel priorisiert. Wenn man das nicht macht und einfach sagt, jetzt machen wir das offensichtlichste, ich weiss nicht, ob das der richtige Ansatz ist. Ich denke, auch wenn man wenig Mittel hat, muss man wissen, was kann anfallen. Sich ein Bild davon machen, bewerten, priorisieren und umsetzen. Wir haben in der Vergangenheit als Gemeinde tendenziell zu viel dazu geneigt, Sachen nach hinten zu schieben. Das holt einen irgendeinmal ein. Ich sage nicht, dass es ein Fehler war. Ich sage tenden-

ziell werden die Sachen immer nach hinten geschoben. Mit einer vernünftigen Strassenplanung, wenn man den Zustand hat, wenn man das Netz, das man hat, bewertet und das periodisch macht und vergleicht, kann man auch sehen, wie sich das Netz entwickelt.

Ich habe eine Aufstellung bekommen von Kapeeth Selvarajah. Er ist auch da, er könnte noch fachmännischer ergänzen. Es geht darum, dass wir im Jahr 2015 eine Zustandsaufnahmen gemacht haben. Das hat den Level von Google Streetview. Man ist da mit dem Fahrzeug durch die Gemeinde gefahren und hat da gewisse Bilder aufgenommen. Diese Fotos reichen in dieser Art und Weise aus unserer Sicht nicht. Es hat sich recht dramatisch angehört, was die Tiefe der Bohrungen anbelangt. Ganz so schlimm ist es nicht. Du hast, glaube ich, Nordpolbohrungen gesagt. Es geht darum, am Belag an den einzelnen Stellen, Bohrungen zu machen. Dort wird man sich ein Bild davon machen, ob der Belag packhaltig ist. Das wird man nicht über das ganze Strassennetz machen, sondern über die Strassen, die wir bald machen möchten oder am nötigsten haben, saniert zu werden. Bei diesen packhaltigen Strassenbelägen, da musste ich auch spicken. Da bin ich auch nicht ganz drin. Polyzyklische, aromatische Kohlenwasserstoffe sind drin und ganz offensichtlich ist das nicht gut für die Leute und die Natur. Das ist giftig. Das ist wichtig, dass man das weiss, ob unser Strassenbelag dies enthält. Wenn der Belag dies enthält, fallen zusätzliche Kosten an für die Entsorgung. Das ist eine Information, die wir benötigen und so erhalten würden. Alles in Allem würde die Massnahme dazu führen, dass wir detaillierter planen und umsetzen können. Man kann bei der Ausschreibung Daraufhinweisen, dass der Baumeister, sich das anschauen sollte. Wir sind überzeugt, dass die Kostenvoranschläge und Kreditanträge dadurch genauer wären. Als Eigentümerin von einem umfangreichen Strassennetz wissen wir so besser Bescheid vom effektiven Zustand von diesen Strassen. Das ist das, was ich dazu sagen kann. Ich hoffe, dass ich es einigermaßen wiedergegeben habe.

Christian Buser: Ich bin mir nicht sicher, ob die Kosten gerechtfertigt sind. So eine Pak-Probe ist Standard. Der Belag ist relativ schnell herausgespitzt und kann im Labor untersucht werden, Programm 17, Kosten CHF 450 und das Resultat liegt vor. Wenn es noch schneller gehen muss, gibt es einen Spray, welcher die Baumeister haben um den Inhalt des Belags zu bestimmen. Dieser Spray hat gewisse Unsicherheiten. Also aus meiner Sicht benötigt es kein spezielles Prüfungsprogramm wie mit dem Dioxin im Siggenthaler Feld.

Daniela Graubner: Mich nimmt es wunder, du hast gesagt, man sei mal mit dem Auto gefahren und machte Aufnahmen. Sind das die Grundlagen aus dem 2015, die wir haben? Dann kann man sagen, dies ist eigentlich Makulatur?

Peter Marten, Gemeinderat: Makulatur würde ich jetzt sagen, ist ein hartes Wort. Es ist eine Grundlage, die nicht ausreichend ist. Das ist vielleicht besser. Nur Makulatur nicht. Ich habe heute auch mit Kapeeth Selvarajah telefoniert. Es reicht aus unserer Sicht im Moment so nicht. Es ist auch so, dass der neue Leiter Tiefbau seine Arbeit aufgenommen hat und ich finde, dass man ihm die Instrumente in die Hand geben sollte, damit er erfolgreich sein kann. Das ist ein weiterer Aspekt. Ich glaube das, was man hat, reicht so in dieser Form nicht. Das mit dem Spray habe ich nicht gewusst aber eben das sind die fehlenden Feldtage draussen.

Markus Renggli: Ich erinnere, wir haben die Zustandsbeurteilung und Priorisierung als laufende Plan vom damaligen Leiter verlangt. Auf was hat denn das basiert? Ist es rein chronologisch, die Strasse ist so alt oder so viel befahren, darum? Weisst du das vielleicht noch? Wir haben uns immer auf das verlassen. Wir haben uns nicht immer an das gehalten, was er wollte. Wir haben immer geschoben und dann hat es mal geklopft und dann ist etwas anderes gekommen.

Erich Schmid: Grundsätzlich hat der Vorgänger immer mit den Werkeigentümern die ganze Sanierungsgeschichte aufgegleist, wann etwa was kommen sollte. Die Strassensanierungen sind getrieben bei uns durch Werkleitungen. Sie sind nicht durch den Strassenbelag oder den Strassenkörper getrieben, sondern sie sind durch die Werkleitungen getrieben. Wenn man die Werkleitungen verlegen muss, sei es unsere, sei es die der EGS, sei es die Gasleitung, dann

schaut man die sehr oft an. Es gibt Strassen, die einen schlechten Zustand haben vom Belag her, dort muss man keine Untersuchungen machen. Denn die sieht jeder hier drin ob die gut ist oder nicht. Da muss man keinen Ingenieurtitel haben oder eine Bauverwalterausbildung. Ich persönlich werde der Fiko zustimmen. Mein Arbeitgeber hat wahrscheinlich mehr Strassen als Obersiggenthal insgesamt. Wir haben eine Landfläche in der Grösse des Kanton Zugs. Einfach dass man die Grössenordnung in etwa hat und dort hat es ein paar Strassen. Ich war zuständig für 40 Kraftwerke und den Strassenunterhalt. Ich habe das noch nie gemacht, muss ich ehrlich sagen. Ich bin jetzt auch 18 Jahre in dieser Firma mit diesen Strassen. Wir haben noch nie eine Erdbohrung gemacht. Es ist so, wie es Christian Buser gesagt hat, wenn eine Strasse ansteht zum Sanieren, dann werden Pak-Untersuchungen gemacht. Wir machen das nicht vorher, weil es uns interessiert, sondern man macht das, wenn die Strasse berührt wird. Was wir standartmässig machen ist, wenn wir es nicht wissen, wenn wir das nicht vorinvestieren möchten, dass wir einen Zuschlag budgetieren, dass wenn es Pak drin hat, was dann die Entsorgung kostet und offerieren lässt und dann gibt man den Kredit an inkl. allem. Wir machen es übrigens bei allen Schadstoffen, vorsorglich devisieren und hat dann den Preis fest. Ich habe ein solche Strassenuntersuchung noch nie veranlasst. Wir machen eine visuelle Inspektion. Wenn es notwendig ist, wenn man Hinweise hat von irgendwelchen Schadstoffen, dann geht man hin und macht eine Bohrung, sei es auf der Strasse, im Beton, sei es für den Korrosionsschutz am Stahl. Aber nicht generell über ein Leitungsnetz wie Obersiggenthal. Ich werde dem Antrag der Fiko zustimmen.

Daniela Graubner: Wir haben mal eine Präsentation erhalten, in dieser sah man, wie viel man machen musste, so und so viel sind wir hinten nach oder sind wir auf Kurs. Die hätte ich gerne noch gesehen. Das ist bis anhin wie unser Mittel gewesen. Plus wir wissen auch, was haben wir schon gemacht. Also eigentlich eine solche Grundlage sollten wir haben. Und die Präsentation hätte ich gerne nochmals gesehen, denn das ist, von mir ausgesehen, wie ein Bestandteil dieser Vorlage, dass wir wissen, was haben wir gehabt, was müssen wir noch.

Erich Schmid: Im Rechenschaftsbericht steht, was wir in den letzten zehn Jahren investiert haben in Leitungen. 48.2 km Leitungen, wenn ich es richtig im Kopf habe. Das heisst, wenn man eine Lebensdauer hat von 50 Jahre, dann muss man einen Kilometer pro Jahr machen. Wenn man eine Lebensdauer annimmt von 80 Jahren, dann muss man weniger machen. Dann muss man 600 Laufmeter sanieren. Die Strasse wird abgeschrieben nach Vorgabe der 50 Jahre, wenn ich das richtig im Kopf habe. Es ist nicht der Treiber. Die Werkleitungen sind der Treiber. Die Strassen werden überholt von den Werkleitungen im Normalfall. Es gibt Ausnahmen, das ist klar. Man versucht die hinauszuzögern, wenn es geht. Aber wenn das Wasser jetzt kommt und sagt ich brauche eine 500er Leitung, wenn es eine grosse ist, dann wird die Strasse im Normalfall saniert inkl. Belag. Das Hauptproblem ist, dass wir Strassen haben, die keinen Strassenkörper darunter haben. Das ist wahrscheinlich der Treiber für diese Untersuchung, nicht der Pak. Wo haben wir unten eine Kofferung nach Norm. Zur History, wir haben mal die Rainstrasse saniert vor 10-12 Jahren. Die ist 40 Jahre lang dort gestanden. Nachher hat man massive Mehrkosten gehabt, weil man gemerkt hat nach den Jahren, dass der Teerbelag auf der Strasse ohne Kofferung war. Nicht Normgerecht aber sie hat gehalten. Dann muss ich als Ingenieur mich fragen, ob die Normen gut sind, wenn man so was sieht. Die Normen im Strassenbau sind aus meiner persönlichen Sicht massiv übertrieben. Man kann mit dem Panzer darüberfahren bei der Rainstrasse. Dann muss ich mich wirklich fragen, ob die Normen richtig sind.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Es wurde jetzt eine richtige Fachdiskussion. Ich habe auch mit Fachleuten gesprochen und dort sind wir schon zum Schluss gekommen, dass im Gegensatz zur Fiko-Aussage, tatsächlich sein könnte, dass diese Ausgabe eine Reduktion zur Folge haben könnte. Aber ich kann das auch nicht beweisen und ich muss mich darauf verlassen, was mir gesagt wurde. Aber mir wurde auch gesagt, dass die Fotos von 2015, nicht viel nützen. Mit dem jetzigen Budget von den CHF 40'000 werden Belagsproben entnommen und dann anschliessend im Labor untersucht und dann sieht man daraus, Belagsaufbau, Belagsstärke und Beschaffenheit vom Strassenbelag. Wie gesagt, ich kenne mich nicht aus. Aber dann kommt dort noch die Frage von der Entsorgung von diesem Pakhaltigen Strassenbelag.

Man sagt, nach solchen Laboruntersuchungen sei eine solche Entsorgungsgebühr massiv, wenn sie nötig ist, auch separat ausschreibbar. Ein anderes Beispiel, das ich gehört habe, bei einer Strasse, wo lediglich nur der Strassenbelag defekt und sanierungsbedürftig ist, kann den Deckbelag abfräsen und neu einbauen. Für das muss man wissen, wie die Tragschicht in welcher Stärke und Beschaffenheit sei. Bei einer einfachen Belagssanierung kann man sicher mindestens Ingenieurkosten minimaler halten. Zu guter Letzt noch das als Argument, das ist vielleicht für den Einwohnerrat nicht wirklich wichtig, Kostenvoranschläge und Kreditanträge könnten dann genauer sein.

Erich Schmid: Gewisse Sachen stimmen von deinen Aussagen, aber es stimmt nicht alles. Also das möchte ich einfach betont haben. Die Ingenieurkosten, die kann man reduzieren im Kredit. Wie die Ingenieurleistungen jetzt bezahlt sind, oder vorgezogen worden sind. Wir ziehen es jetzt vor, damit es nachher günstiger ist. Ich weiss nicht, ob das geschickt ist.

Christian Buser: Als Hinweis, die letzten 10 Anträge bezüglich Strassensanierungen, die waren immer getrieben von Werkleitungen. Dort ist der Sanierungsbedarf. Über die Werkleitungen sieht man dann nichts, wenn man es macht. Denn bei den Werkleitungen darf man nach dem Prinzip Duschblock, wie wir heute entschieden haben, wir warten mal und wenn die ersten Leitungen kaputt gehen, dann wissen wir jetzt müssen wir reagieren, sonst haben wir mehr Schaden. Die Strasse ist der Mitnahmeeffekt. Man kann bohren, aber dann haben wir ein Loch und können direkt sanieren.

Esther Reimann: Ich möchte gerne ein Beispiel machen von Sedrun, wir haben das noch nahe erlebt, ich finde wir reden von einem Niveau von Strassen, das ist wahnsinnig. In Sedrun z.B. fällst du in alle Löcher und die bringen das Geld nicht zusammen und am Schluss zahlst du mit. Ich finde, wir reden von einem unglaublich hohen Niveau. Wenn man jetzt schaut in einem Berg-Kanton, dann finde ich es aber schon verrückt. Dann möchte ich das Geld lieber an einer Stelle ausgeben, das wir gestern beschlossen haben und sogar Fachleute hier sagen, dass es nicht nötig ist.

Marco Erni: Ich glaube es kommt ein wenig darauf an, wo man sich befindet. Erich Schmid, du hast gesagt, du hast es noch nie erlebt, dass man Kernbohrungen macht. Ich habe das schon mehrmals erlebt. Bei den Grossprojekten, die der Kanton baut, wenn man grosse Arbeiten hat, wenn man eine Planungssicherheit haben möchte, dann macht man so etwas. Wir machen das Nötigste. Wenn die Leitung kaputt geht, dann machen wir die Strasse. Ich finde das eigentlich eine sehr pragmatische Haltung. Entsprechend kann man auch leben ohne die Zustandsaufnahmen. Man hat einfach weniger Sicherheit und das heisst in der Planung kann es dann sein, dass wir dann den Kostenvoranschlag nicht die gleiche Abrechnung haben. Einfach dass wir das mal haben und wenn die Kreditabrechnung haben eventuell das Pak kommt, dass wir dann vielleicht nicht gerade auf die Gemeinde schiessen. Dass wir dann vielleicht so innerhalb von 3% abrechnen.

Jacqueline Magni: Ich habe eine Verständigungsfrage. Gibt es von den Wasserleitungen einen Plan, wann was nötig ist zu sanieren?

Peter Marten, Gemeinderat: Mein Wissensstand ist, der ist aber schon älter von der Fiko her, dass es einen solchen Zustandsplan, gibt. Dann gibt es entsprechende Priorisierungen und was ich auch weiss ist, dass, was Christian Buser gesagt hat, der Priorisierungsplan wird manchmal über den Haufen geworfen, wenn es Leitungsbrüche gibt, wenn das Versicherungsamt kommt. Es wird manchmal über den Haufen geworfen, wenn ein anderes Werk kommt, z.B. die EGS sagt, wir haben hier ein superdringendes Problem, die Versorgungssicherheit ist nicht sichergestellt, wir müssen aufmachen. Dann kann es sein, dass man das Projekt vorzieht. Die Planung, also die Bewertungsraster, diese gibt es.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 6150.3132 Honorare externe Berater, Streichen von Honoraren im Umfang von CHF 40'000 zur Erstellung von Zustandsaufnahmen aller Gemeindestrasse; Reduktion des Budgetposten auf neu CHF 8'000.

Der Antrag der Fiko wird mit 25 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Ich habe viel Aufwand getrieben um das hier zu sagen, was ich sagen möchte. Es geht um das Konto 6290 öffentlicher Verkehr. Darin sind die Tageskarten der SBB. Ich möchte da einen Antrag stellen, sage aber gerade am Anfang, dass Ihr nicht Kopscheu werdet. Es soll ein Antrag sein, der im Aufwand und im Ertrag denselben Posten bringt. Von dem her ändert sich im Grossen und Ganzen für die Gemeinde nichts.

Leider stellt die SBB den Verkauf der Tageskarten, die man in der Gemeinde beziehen kann, per Ende Januar 2024 und nicht im 2023, wie im Bericht der Gemeinde steht, ein. Das heutige Abonnement von den vier Obersiggenthaler Tageskarten läuft noch bis im März 2023. Im Jahr 2023 können Gemeinde erneut Tageskarten kaufen für die Zeit bis im Januar 2024. Ich habe die Struktur immer noch nicht ganz durchgeschaut. Es ist der Schweizerische Städte- und Gemeindeverband, welche das ausgehandelt hat mit irgendeiner Organisation öffentlicher Verkehr. Es soll später ab Januar 2024 eine Anschlusslösung geben, die auch die Gemeinden erneut involviert sein können und das sei eine Anschlusslösung ohne finanzielles Risiko für die Gemeinden. Aber das ist noch nicht bekannt. Wir sollten im Februar vom nächsten Jahr hören, wie die Anschlusslösung aussehen soll. Im Moment stellen wir Ihnen aber den Antrag, dass unsere Gemeinde im Jahr 2023 die Tageskarten nochmals zur Verfügung stellt. Es gibt einen Teil der Bevölkerung, die mit viel Goodwill über die Gemeinde reden unter anderem wegen diesen Tageskarten. Es sind Leute, die gerne hie und da Ausflüge machen und so einen finanziellen Rahmen haben, dass es einigermaßen tragbar ist. Eine Tageskarte der Gemeinde kostet CHF 14'000. Unsere Gemeinde hat vier, also geht es darum, dass wir im Budget im Konto 6290.3634.03 und im 6290.4240.00 je CHF 56'000 einstellen, in der Annahme, dass das funktioniert. Wir hoffen, dass alle bezogen werden und ein Nullsummenspiel daraus ergibt. Ich weiss, dass die Gemeindeganzlei findet, es ist mit Aufwand verbunden und man müsste auch eigentlich das miteinberechnen aber ein paar wenige Franken gibt es dort. Darum bitten wir Sie, den Antrag zu unterstützen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Punkt ist der, wir haben die E-Mail von Marie-Louise Nussbaumer Marty heute um 18.00 Uhr erhalten. Es ist nicht besonders viel Vorlaufzeit. Es ist so, wir haben noch vier Tageskarten bis und mit Mitte März 2023. Das heisst, es gäbe eine Überlappung vom Januar bis März, wo wir 8 hätten. Insofern wissen wir jetzt nicht, was wir mit diesem Antrag anfangen sollen. Wir verschliessen uns dem grundsätzlich nicht. In der Vergangenheit haben wir eigentlich alle rausbekommen ausser in der Corona Zeit aber wie das mit der Überlappung aussehen würde, wissen wir nicht wirklich. Denn die Erfahrungswerte sind auch, dass im Januar und im Februar tendenziell eher weniger verkauft wird. Also von dem her haben wir hier keine vertieften Untersuchungen machen können. Wir sind offen.

Daniela Graubner: Ganz spontan. Ich finde das eine super Sache. Ich benutze das oft und bin oft auch angelaufen, weil alle Karten ausgebucht sind. Ich sage jetzt nicht, dass ich auf die Nachbargemeinde ausweiche und so versuche noch dranzukommen, weil wir zu wenig haben. Ich finde sie werden super verwendet aber in den Ferien bekommt man fast keine mehr. Mich würde es wundernehmen, wie viel bleiben übrig? Was ist so der Wert? Was ist so der Bedarf? Sind wir eigentlich rausgekommen mit den Karten oder machen wir jedes Jahr ein Defizit durch den Kauf?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe, wie schon gesagt, den Antrag erst um 18.00 Uhr erhalten. Eine vertiefte Analyse konnten wir nicht machen. Trotzdem +/-, einmal war es mehr einmal weniger.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Zu den Kosten kann ich was dazu sagen. Wenn man das anschaut, seit der Einführung HRM 2, 2014-2021 dann müssten wir sagen, sind wir nicht herausgekommen von den Einnahmen her. Wir müssen aber auch sagen, dass wir zwei Jahre Corona drin haben. Das sind eigentlich genau die, dies ausmachen, dass wir nicht rausgekommen sind. Wenn man die zwei Jahre rauslässt, dann ist es über alle Jahre flach. Effektiv Einnahmen decken die Ausgaben. Aber wie gesagt, nicht mitberücksichtigt ist der Aufwand der Kanzlei. Also Lohnkosten etc. die werden nicht umgelagert. Und wie das aussieht mit einer Doppelbelastung, wir wissen auch Januar, Februar und März sind die Monate, die wirklich am wenigsten gut ausgelastet sind, also das gemäss Statistik.

Christoph Villiger: Ich habe eine Verständigungsfrage. Im Jahr 2021 steht in der Rechnung, dass wir CHF 56'000 Aufwand und CHF 53'605 Ertrag hatten.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Ja genau.

Carol Demarmels: Ich möchte mich auch für den Erhalt der Tageskarten aussprechen. Wir haben es gehört, etwa CHF 45 kosten die in der Gemeinde. Wenn man eine Tageskarte bei der SBB kauft, dann kostet sie CHF 75 nur mit dem Halbtax. Jetzt sind diese Tageskarten nicht mit dem Halbtax verknüpft. Das ist jetzt für die Leute, die vielleicht zweimal im Jahr einen grösseren Ausflug machen möchten und durch die Schweiz reisen. Ich spreche jetzt vor allem die Senioren und Seniorinnen an, die die Tageskarten benutzen und profitieren können. Von dem her würde ich mich sehr dafür aussprechen, dass wir sie beibehalten.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag SP-Fraktion: Im Budget 2023 seien im Konto 6290 öffentlicher Verkehr je CHF 56'000 an Aufwand und Ertrag einzustellen.

Der Antrag der SP wird mit 21 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

David Wick: Ich habe einen Antrag der Fiko. Ein Thema, in dem ich kein Experte bin. Es geht um den Friedhof. Direkt in die Fiko als Einstieg in den Einwohnerrat ist nicht ganz einfach, aber ich hätte es wissen müssen. Es geht um das Konto 7710.3132 Honorare externe Berater. Wir beantragen die Streichung für den Waldfriedhof im Umfang von CHF 22'000. Es wurde mal erwähnt, dass die Fiko, die Themen, die wir kritisieren, bei denen wir einen Antrag stellen, selber vor Ort anschauen sollen. Das habe ich gemacht, ich bin beim Friedhof gewesen. Es ist wunderbar grün. Das hat mein Herz und den Namen in der Partei, das Grüne bestens abgedeckt. Das Liberale eher wenig. Doch beim genauen Hinschauen, war es zu grün. Der Kiesweg war überwachsen, die Wände waren zum Teil mit Moos behaftet. Die Informationstafeln sind nicht mehr gut lesbar. Es ist ein Zustand, bei dem ich auch als nicht Experte sagen musste, dass es so kein gutes Bild von der Gemeinde gibt. Ich glaube da sind wir uns alle einig oder alle, die kürzlich mal dort gewesen sind. So geht das nicht. Die Fiko war auch dieser Meinung. Die Frage ist jetzt, was man dagegen macht und wie man da vorgehen möchte. Nichts zu machen, ist keine Option. Wir von der Fiko haben besprochen, dass es allenfalls eine Option

wäre, dass man mit dem bestehenden Gärtner Kontakt aufnimmt und versucht die Situation dort zu klären. Schlussendlich wurde der Friedhof nicht grösser. Es sind immer noch die gleichen Bäume, diese wachsen. Vielleicht ist es anspruchsvoller geworden aber grundsätzlich ist der Umfang immer noch gleich. Wir sind der Meinung, dass man da nachfragen kann, wieso ist der Unterhalt nicht gewährleistet, wie das wahrscheinlich bei der Ausschreibung erwartet wurde.

Wenn man dort nicht weiterkommt, gibt es die Option, dass man sagt, man schreibt es nochmals neu aus, also ohne Veränderungen also ohne neue Konzeptionen. Dann haben wir gehört, dass es allenfalls dann teurer kommt, weil es jetzt neu beurteilt wird. Aber man hat dort die Chance mit der Konkurrenzsituation zu arbeiten und so im Idealfall die gleichen Preise zu verhandeln, wie bis anhin aber mit einem sauberen Unterhalt.

Die dritte Option und das ist diejenige, die vorgeschlagen wurde vom Gemeinderat, dass ein neues Konzept erarbeitet wird für den Friedhof, dass neben gewissen planerischen Sachen, auch Themen angeschaut werden, welche Bäume und welche Gebüsche werden tatsächlich benötigt. Kann dies vereinfacht werden, damit der Unterhalt auch einfacher wird? Das Konzept wird erst realisiert und dann ausgeschrieben. Das sind so die drei Optionen. Wir von der Fiko unterstützen die ersten beiden. Versuchen bestehende Verträge besser durchzusetzen. Zu beharren, was ursprünglich mal vereinbart wurde oder halt die neue Ausschreibung ohne konzeptionelle Anpassungen. Jetzt muss ich aber auch fairerweise sagen, dass wir natürlich immer eine beschränkte Informationstiefe haben und auch abhängig sind von den Informationen, die der Gemeinderat uns liefert. Wir können uns sonst noch schlau machen, in der Gemeinde herumfragen. Ich habe jetzt einige Stimmen gehört, dass mit dem neuen Konzept würde der Unterhalt insgesamt günstiger. Die Möglichkeit besteht und wenn man das mal grob überschlägt. Beim Konto Unterhaltskosten hat es einen Posten von CHF 200'000, davon sind CHF 100'000 effektive Unterhaltskosten im Gärtnerbereich. Wenn man da pro Jahr schon ein paar Tausend Franken einsparen kann, dann hat man das Konzept schon in drei, vier oder fünf Jahren amortisiert. Von dem her lohnt es sich. Wäre das der Fall, wäre das in der Art kommuniziert worden, dann hätte die Fiko das definitiv nochmals hinterfragt und wahrscheinlich auch anders beurteilt.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich wende mich an Sie in Vertretung von Peter Stucki. Es ist so, wie David Wick gesagt hat. Der Friedhof Kirchdorf ist sehr grün und zum Teil zu grün. Der Gärtner, den wir haben, mit dem haben wir einen Vertrag abgeschlossen im Jahr 2007. Dann macht er so viel er kann, aber zu diesen Konditionen, kann er nicht alles machen. Beim Budgetposten geht es nicht nur um eine Neuausschreibung und Planung vom Friedhofsunterhalt. Es geht um eine Entwicklung von einem übergeordneten Konzept, wie sich der Friedhof in den nächsten Jahrzehnten entwickeln sollte, mit der Absicht damit den Unterhalt längerfristig günstiger zu machen. Es ist so, dass am Anfang vom letzten Jahrhundert, die ursprüngliche Idee war, den Friedhof als Waldfriedhof zu entwickeln. Das ist auch zum Ausdruck gekommen in den Erläuterungen, dies hat zu Verwirrung geführt. Es geht also effektiv um den Friedhof in Kirchdorf, dieser war einmal als Waldfriedhof angedacht. Die Idee wurde über Jahrzehnte vergessen. Der Friedhof wurde auch mehrfach erweitert und umgebaut. Heute ist es nicht wirklich ein einheitliches Konzept. Sondern es ist zum Teil auch eine rein zufällige Bepflanzung. Da hat es Bäume, die sich versamen und um einen solchen Waldfriedhof längerfristig zu entwickeln, benötigt es eine längerfristige Planung. Man muss klären welche Bäume dürfen gross werden und welche Bäume sollen entfernt werden und welches Gebüsch braucht es nicht. Es geht auch darum, dass man sich grundsätzliche Überlegungen macht, wie z.B. beim neuen Gemeinschaftsgrab, wo man gesagt hat, man möchte eine Blumenwiese machen, dass man definiert, wo soll das überall sein. Um das Ziel zu erreichen, reicht es eben nicht nur den Unterhalt neu auszuschreiben. Denn wenn man das macht, dann kommen die Dienstleistungserbringer schauen, was ist da und dann planen, was denn der Zustand für eine Pflege benötigt. Es wurde auch die Beschilderung erwähnt. Die Beschilderung ist zum Teil überwachsen. Aber zum Teil stimmt sie auch nicht mehr mit den tatsächlichen Gegebenheiten überein. Auch das muss geklärt werden. Was ich Ihnen auch noch ans Herz legen möchte ist, dass der Friedhof regelmässig Gegenstand von Bürgerreaktionen ist auf der

Gemeinde. Wir haben pro Jahr 30-40 Anfragen oder Rückmeldung und es ist auch ein Gegenstand, wenn wir Geburtstagsbesuche machen bei älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es wird immer wieder angesprochen, man soll doch schauen, dass es endlich in Ordnung kommt. Ich bitte Sie, dem Antrag der Fiko nicht zu folgen.

Marco Erni: Wir sind von der SP-Fraktion gegen den Streichungsantrag, eigentlich aus den genannten Gründen. Wir sind der Meinung, die Kosten sind gut investiert. Wenn man den Entwicklungsplan in die Richtung macht mit dem Ziel von einem vereinfachten Unterhalt, bei dem man längerfristig sparen kann. Es macht wenig Sinn, die Leistungen auszusprechen, wenn man nicht weiss was man möchte. Der Bestand zu pflegen ist aufwändig. Das hat man jetzt gemerkt. Es wird immer aufwändiger. Der Gärtner macht mal da etwas, mal dort. Wenn man jetzt z.B. nicht mehr mähen muss und eine Blumenwiese macht, kann dort etwas gespart werden oder wenn man ein Gebüsch entfernt, muss man das nicht mehr zurückschneiden. Geldsparend schafft man es, den Friedhof vielleicht nicht heute und auch nicht übermorgen aber vielleicht in einem oder zwei Jahrzehnten, in Ordnung zu bringen. Und darum sage ich, es ist eine win-win-Situation. Es belastet vielleicht das Budget von diesem Jahr mehr aber wir profitieren davon und insgesamt sparen wir.

Nico Lalli: Seitdem ich politisch aktiv bin in dieser Gemeinde, war der Friedhof immer wieder ein Thema. Gefühlt jedes Jahr redet man über ein neues Konzept vom Friedhof es kostet mal CHF 45'000 und dann kostet es mal CHF 42'000. Es wurde auch mindestens zweimal vom Einwohnerrat abgelehnt. Es wurde aber immer gesagt, pflegt doch den Friedhof, schreibt die Gärtnerarbeiten neu aus und nehmt das in die Hand. Aber für das braucht es kein neues Konzept, dass quasi ein neuer Friedhof beinhaltet. Offenbar macht man ja, das ist auch zu unterstützen, man definiert die einzelnen Grabfelder neu. Man hat ein neues Gemeinschaftsgrab gemacht. In diesem Antrag geht es unter anderem, dass man die Grabfelder für Erdbestattungen neu definiert. Das muss man alles machen. Das ist alles gut. Warum es jetzt beim dritten Anlauf nochmals ein neues Konzept für den Friedhof braucht um in längerfristig zu planen, das ist für uns nicht verständlich. Darum nochmals zum Unterstreichen bei diesem Antrag. Ja bitte, pflegt diesen Friedhof und ich glaube das ist auch das, was den Leuten die euch anrufen, ein Herzensanliegen ist. Sie wollen einen gepflegten Friedhof. Der eine möchte vielleicht in den Waldfriedhof, der andere einen anderen Friedhof aber am Schluss geht es darum, dass die Leute einen gepflegten Friedhof möchten und darum unser Anliegen, pflegt das. Wir sind aber nicht der Meinung, dass es dafür eine neue Ausschreibung von solch einem Konzept braucht.

Anand Keshava: Wir sind der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Es sind CHF 22'000 gegenüber von CHF 10'000. Der Streichungsantrag betrifft nur CHF 12'000, wenn ich es richtig verstanden habe. Und wenn man die CHF 12'000 ins Verhältnis setzt, zu diesen CHF 200'000 oder CHF 100'000, finden wir, ist das kein grosser Betrag. Wenn wir nichts machen, glauben wir, könnten noch höhere Kosten auf uns zukommen. Wir finden, dass dieser Betrag gut investiert wäre.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 7710.3132 Honorare externe Berater - Streichen Entwicklungsplan für Waldfriedhof im Umfang von CHF 22'000, Einstellen CHF 10'000 zur Neuausschreibung und Planung Friedhofunterhalt.

Der Antrag der Fiko wird mit 15 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldungen.

Christoph Villiger: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat das Budget 2023 inkl. Spezialfinanzierung Wasser, Abwasser, Abfall mit einem unverändertem Steuerfuss von 110% und die Summe Stellenprozentos gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Spezialfinanzierung die Beibehaltung der Verbrauchsgebühr und Wasser die Beibehaltung der Benützungsgebühr Wasser und Abwasser und der Beibehaltung der Kehrrichtgebühren zuzustimmen.

Das Budget 2023 wird einstimmig genehmigt.

17 2022/41 Umfrage

Carol Demarmels: Bettina Lutz Güttler, du hast gestern kurz informiert, dass Ihr eine Gruppe gebildet habt betreffend Energieknappheit und das wir auf Stufe 1 sind, wenn ich das richtig verstanden habe, das freiwillige sparen. Ich habe dazu zwei Fragen. Finden da in Form von Sensibilisierung der Bevölkerung jetzt noch gezielt auf die Gemeinde Informationen statt wie z.B. Baden das gemacht hat? Im worst case Szenario würden unsere Brunnen noch funktionieren, wenn man kein Strom mehr hat? Das ist eine Frage aus der Bevölkerung. Ich weiss nicht ob Ihr die beantworten könnt. Aber ich glaube, sie zeigt vor allem auf die Frage, dass die Bevölkerung beunruhigt ist und dass man sich so Gedanken macht und beruhigend wäre, wenn man gewisse Informationen hätte.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich weiss nicht was Baden für eine spezielle Sensibilisierung macht. Wir haben bereits kommuniziert, dass wir die Gruppe gebildet haben. Ich habe hier bereits gebeten, Strom zu sparen. Ich habe unter den Mitarbeitenden einen Aufruf gemacht. Wir sind in Kontakt mit der Schule. Wir werden sicher auch in den Gemeindenach-

richten Informationen publizieren. Es wird etwas auf unserer super Webseite publiziert. Wir müssen das Wasser vor allem raufpumpen. Wir haben nicht so viel Quellwasser. Bei einem Stromausfall hätten wir noch 24 Stunden lang Wasser aus dem Hahnen. Die Brunnen sind nicht oberste Priorität. Das Löschwasser wird nicht angerührt aus feuerpolizeilichen Gründen. Das ist das, was ich dazu sagen kann. Ich hoffe, dass die Pumpen vom Grundwasserpumpwerk nicht primär eingestellt werden. Vielleicht kannst du, Christian Buser, noch etwas dazu sagen.

Christian Buser: Wir haben das in der Wasserkommission angeschaut. Wie das mit der Versorgung ist. Dazu steht man auch in Kontakt mit der EGS. Die nächste Stufe ist nicht so, dass der Strom per se weg ist. Es gibt dann so Abschaltfenster von vier Stunden. Die vier Stunden reichen eigentlich um die Reservoirs wieder zu füllen. Es gibt eher Herausforderungen bei den Steuerungen, dass wenn die dauernd ausfallen, dass man dort im System dann Probleme bekommt. Aber auch dort ist man am Schauen mit der EGS wie kann man das stabilisieren. Dann ist es so, es hat gewisse Auswirkungen auf den Personalbedarf, d.h. das Personal muss dann mehr arbeiten, das gewisse Sachen, die sonst gesteuert sind, halt manuell sichergestellt werden. Bei den Brunnen ist es so, dort wo die Quelle höher ist als der Brunnen läuft es, dort ist es kein Thema. Es ist ein Thema, möchte ich das Wasser trinken oder nicht. Hochzone müsste man anschauen die nächste Stufe um Wasser hinauf zu pumpen, dort benötigt es noch Aggregate. Diese Szenarien sind wir jetzt am Planen und man kann sagen, die Wasserversorgung hat eine gewisse regionale Wichtigkeit. Also gehen wir davon aus, dass diese relativ schnell wieder Strom erhält oder ein Aggregat gestellt wird.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also, wenn niemand mehr was zu sagen hat, dann habe ich noch was. Sie wissen alle, dass Walter Vega leider seinen Rücktritt eingereicht hat. Dieser wurde auch bewilligt. Er ist noch bis Ende Oktober im Amt. Darum lieber Walter zum Schluss von dieser anstrengenden Sitzung, bleibt mir noch eine schmerzliche Pflicht, denn eine Freude ist es wirklich nicht. Ich komme zu deiner Verabschiedung. Du hast viele Jahre für die Gemeinde gearbeitet. Angefangen hat das im Jahr 2006 als Mitglied der IT-Kommission, was ein Vorteil gewesen ist, weil du von Beruf aus Informatiker bist. Du wurdest dann nachher am 14. Juli 2015 mit einem Glanzresultat in den Gemeinderat Obersiggenthal gewählt. Bereits am nächsten Tag bist du ins Ressort mit den Aufgaben: Sozialdienst, Familienergänzende Kinderbetreuung, Beratungsstelle, Gesundheitswesen, Spitex, Jugendarbeit, Altersfragen und Freiwilligenarbeit gestartet. Du hast auch Einsitz genommen in der Kommission für Altersfragen und Freiwilligenarbeit. Dein Gemeinderatsmandat ist zusammen gegangen mit Tätigkeiten in verschiedenen Vorständen. So wurdest du im Jahr 2018 auch Mitglied in der Jugendkommission und du bist Mitglied im Stiftungsrat Gässliacker. Du bist im Steuerungsausschuss vom Krippenpool und im Vorstand der KESD. Neben diesen Ämtern als Gemeindevertreter hast du mehrere private Engagements in verschiedenen Organisationen. In diesem Zusammenhang hast du immer darauf geschaut, dass du nicht in die Situation kommst, dass es zu Interessenkonflikten kommt und du hast dich bei Diskussionen, welche sich im Gemeinderat um private Engagements handelten immer in den Ausstand begeben. In deiner Amtszeit wurde auch die Reorganisation der Abteilung Soziales gefallen indem die Beistandschaften an die KESD Baden ausgelagert wurden. Heute ist die Abteilung gut aufgestellt und sie leistet hervorragende Arbeit. Zu Letzt haben wir dich im Rat erlebt, die im Zusammenhang gestanden sind mit Flüchtlings- und Asylbetreuung. Auch hast du den Prozess der Umstellung auf das Geschäftsleitungsmodell miterlebt. Du kennst also die Unterschiede zwischen dem vor und dem danach und hast uns etwas voraus. Mit dir verlieren wir den Dienstältesten Gemeinderat in unserem Gremium. Wir werden dich vermissen und das hat nicht nur damit zu tun, dass du ein profunder Kenner von deinem Ressort bist, sondern konnten auch immer profitieren von deinen beruflichen Kenntnissen in der IT. Auch dein feiner Humor, wie du dich manchmal selber auf die Schippe genommen hast und die konstruktive und kollegiale Unterstützung im Gemeinderat werden uns sehr fehlen. Wir werden uns immer wieder freuen, wenn wir dich antreffen. Zumindest auf deinem Marsch entlang der Landstrasse und über die Siggenthalerbrücke nach Baden und von Baden wieder nach Hause, besteht fast jeden Tag die Gelegenheit dazu. Wir haben uns lange überlegt, was wir dir zum Abschied übergeben könnten. Dann hat uns ein Vogel zu gewitschert, dass du gerne Ferien am Meer machst, dass du gerne in die Weite

schaust und die Gedanken wandern lässt, da ist uns die Idee gekommen. Aber eben für Ferien auf den Seychellen oder auf Hawaii am Meer hat es nicht ganz gereicht aber ein Gut-schein für ein Hotel am schwäbischen Meer, also am Bodensee, konnten wir doch noch organisieren. Walter wir wünschen dir alles Gute und hoffen, dass du deine Freizeit, die du jetzt dazu gewinnst, auch richtig geniessen kannst.

Walter Vega, Gemeinderat: Herzlichen Dank Bettina, für die lieben Worte. Vor ziemlich genau sieben Jahren durfte ich als Gemeinderat meine erste Einwohnerratssitzung besuchen. Ich kann mich noch sehr gut an die Einwohnerratssitzung erinnern, es ist nämlich so gewesen, auf dem nach Hause Weg, war es dunkel. Nicht weil es einen Stromausfall gegeben hat, sondern weil die Sitzung bis um 1 Uhr in der Nacht gedauert hat. Die erste Einwohnerratssitzung, die ich hatte. Dachte nur oh, oh, was steht mir da bevor. Es ist übrigens auch die Budgetsitzung gewesen. Ich weiss aber auch noch, dass für mich sehr vieles, sehr neu gewesen ist. Ich habe viele neue Leute getroffen, neue Organisationen, neue Prozesse usw. Und dann, wie du das gesagt hast, habe ich das Ressort Soziales, Gesellschaft und Gesundheit erhalten und das im ersten Blick nicht viel mit meiner täglichen Arbeit als Informatiker zu tun hat. Im Verlauf der letzten Jahren, habe ich dank der Unterstützung aus der Verwaltung und auch vom Gemeinderat, die heutigen Gemeinderäte aber auch die Vorgängigen, konnte ich mein Wissen aufbauen und je mehr ich von diesem Ressort gelernt habe, desto grösser wurde auch die Neugier beim Ressort noch besser kennen zu lernen. Wie funktioniert eine ambulante und stationäre Pflegefinanzierung? Ich hatte keine Ahnung zu diesem Thema. Wie erfolgen Subventionen bei den familienergänzenden Kinderbetreuung? Was ist das SKOS? Was steht im SPV und SPG? Was bedeutet Subsidiarität? Was sind Beistandschaften? Was ist das KESD und was ist denn das KESB in Baden usw.? Fragen um Fragen. Was aber ganz schön ist an diesem Ressort, deshalb habe ich es auch gewählt in der nächsten Legislatur, ich hätte auch ein anderes Ressort wählen können, ich habe das aber wirklich gerne genommen, denn es stecken Menschen dahinter. Ich hatte Kontakt mit Sozialhilfebezügern, mit Flüchtlingen. Ich sehe die Menschen dahinter und das ist wirklich etwas ganz Spezielles, was ich immer sehr genossen habe. Denn ich habe immer die Schicksale dahinter gesehen und nicht nur einfach die Zahlen. Mein Ziel war es immer mich auf Augenhöhe mit den Ansprechpersonen in der Verwaltung austauschen zu können. Wenn immer möglich, die Fragen vom Einwohnerrat möglichst selber direkt zu beantworten. Das ist für mich ziemlich unbefriedigend gewesen, zu sagen, ich muss es zuerst abklären. Das war mein Ziel, dass ich es da direkt beantworten kann. Rückblickend kann ich sagen, dass es eine äusserst bereichernde Zeit war. Ich habe innerhalb aber auch ausserhalb der Gemeinde viele Personen kennengelernt und ich durfte unzählige interessante Gespräche führen. An dieser Stelle möchte ich mich bedanken, als erstens beim Obersigenthaler Volk für das entgegengebrachte Vertrauen, dann beim ganzen Einwonerrat in dieser Besetzung und die Besetzung, die wir vorher hatten. Sind alle gut gewesen. Auch bei meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen. Auch bei den ehemaligen Gemeinderatskollegen, bei allen Kommissionen, die mich immer sehr unterstützt haben. Dazu zähle ich auch die Dame, die jeden Monat das Essen für Seniorinnen und Senioren durchführt. Das geht immer vergessen. Ich schätze das immer, wie sie das mit Herzensblut macht, darum möchte ich das hier erwähnen. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen von den anderen Gemeinden. Ich durfte auch mit ihnen sehr eng zusammenarbeiten. Das war auch sehr interessant. Zu sehen, wie das in anderen Gemeinen läuft, wie die das sehen. Also der Austausch über unsere Grenze hinaus, der war sehr wertvoll. Natürlich möchte ich mich bei der Presse bedanken. Ich hoffe, dass ich niemanden vergessen habe. Es ist sicher nicht mit Absicht passiert. Ich wünsche allen alles Gute und viel Freude und Ausdauer für die Zukunft und zwar sowohl im Privaten, wie auch im politischen Umfeld. Vielen Dank für Alles.

Christoph Villiger: Schwierig noch ein Schlusswort zu finden. Aber auch ich möchte dir Walter als Vertreter vom Einwohnerrat ganz herzlich danken. Du warst immer ein äussert kompetenter Gemeinderat, so habe ich es zumindest erlebt. Gleichzeitig bist du ein äussert angenehmer Mensch. Ich glaube die Kombination ist toll, du bist einzigartig und zumindest ich, von meiner Person aus, kann sagen, dass ich dich sicher vermissen werde als Gemeinderat und wünsche dir im Namen von Allen gleichzeitig alles Gute für deine Zukunft.

Ich wünsche euch einen schönen Abend und merci für das konstruktive Mitarbeiten. Ich freue mich, möglichst viele von Euch im Hirschen zu sehen und sonst sehen wir uns an der nächsten Sitzung im Dezember.

Der Präsident:

Christoph Villiger

Die Protokollführerin:

Romana Hächler